Heft 9 September 1994 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Kleine Sockenlehre: PDS ist gleich SED minus Sozialismus
- Koalitionen: Schwarz-rot-grün ist die Haselnuß
- Schwarze Antisemiten: Rhythm & Jews
- Deutsche Juristen: Den Führer schützt das Recht
- Sexismus ohne Sex?

in konkret September 1994

von konkret

an konkret

PDS ist gleich SED minus Sozialismus von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Lauter Ausreißer von Otto Köhler
Was haben die Urteile im Fall Deckert und im Fall Keßler/Streletz gemeinsam? Die Gesinnung, aus der sie stammen

Parteigänger des Krieges von Günter Kolodziej
Die Reaktionen auf das Karlsruher Urteil zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr zeigen die Sozialdemokratie an der Seite der Regierung

Bill, Bonn und die Bombe von Matthias Küntzel
Die Bundesrepublik versucht hartnäckig, den Atomwaffensperrvertrag zu unterhöhlen. Die Vereinigten Staaten bleiben gegenüber den Plutoniumplänen der Deutschen mißtrauisch

Schwarz-Rot-Grün ist die Haselnuß von Heiner Möller
Kleine Regierungsfarbenlehre vor der Bundestagswahl – grüne Ausfertigung

Tigersprung
Karl KrausHüben und Drüben

Buch des Monats: Nation Europa von Jürgen Trittin
Wolfgang Schäuble: »Und der Zukunft zugewandt«. Siedler Verlag, Berlin 1994, 256 S., 39.80 Mark

Geruchsprobe von Wolfgang Schneider
Unter deutschen Neonazis hat die PDS mittlerweile einen guten Ruf. Aus nachvollziehbaren Gründen

Total normal von Boris Gröndahl

Betriebsprüfung von Chris Toffel

Schnäppchen für Springer von Otto Köhler
Wie die SPD auf ihr Presseimperium in Ostdeutschland verzichtete

Jeder ist uns der nächste 30 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Auf Hochtouren von Gaby Hommel
Seit der Revolte algerischer Gefangener im Kasseler Knast werden Forderungen nach »Humanisierung« und Verkürzung der Abschiebehaft laut. Als könnten besser ausgestattete Zellen und Maßnahmen zum schnelleren Abtransport von Flüchtlingen über die mörderischen Konsequenzen der Abschiebepraxis hinwegtäuschen

Der Rechtsstaat und die Juden von Joachim Bruhn
Über den aktuellen Zustand eines paradoxen Verhältnisses – nach den Bombenanschlägen von Buenos Aires und London

Rhythmand Jews I von Michael Hahn, Günther Jacob

Die Zeiten, in denen die »Rassenfrage« in den USA im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stand, sind vorbei. Wo alle nur noch »minorities« sind, ist an die Stelle einer materialistischen Kritik der Rassifizierungspraxis eine konformistische Selbstbezüglichkeit getreten. Erster Teil eines Beitrags über die innere Segmentierung der Gesellschaft und über die Rolle des Antisemitismus im »Patchwork der Minderheiten«

Überleben exklusive von Ludger Weß

Wie westliche Konzerne sich die Grundlagen der Welternährung aneignen

Kunst & Gewerbe von Gerhard Henschel

Sexismus ohne Sex? von Sabine Grimm

Die moderne Theorie des Rassismus hat die Erkenntnis populär gemacht, daß biologische Rassen nicht existieren. Dagegen ruft die Behauptung Irritation hervor, daß dem Sexismus nicht wirklich zwei verschiedene Geschlechter zugrundeliegen. In einem Beitrag zum Kongreß der Wohlfahrtsausschüsse im Juni letzten Jahres ist unsere Autorin dem Phänomen nachgegangen

Neutrinos in der Krise von Klaus Bittermann

Wie die Identität unter die Deutschen kam – ein Beitrag über die Linke als Geburtshelfer nationaler Gefühle

Who's left

Reformisten aller SchattierungenDas Sozialistische Büro

Die Macht der Zeilen von Jürgen Schild

»Jung und zeitgemäß« will er sein, der neue 24bändige Brockhaus. Unser Autor hat sich in ihm umgetan

Gewalt,Lügen & Videotapes von Franziska Roller, Klaus Schönberger, Michael Zaiser

Während die Aufrüstung und Militarisierung der bundesdeutschen Politik weiter vorangetrieben wird, häufen sich die Forderungen nach einer Abrüstung auf den Bildschirmen

Sarajevo as usual von Stefan Ripplinger

Hat Zlata Filipovic, die »Anne Frank von Sarajevo«, ihr Tagebuch selbst geschrieben? Eigentlich ganz egal – Kriegshetze ist es sowieso

Breitreifenbremsstreifen von Wiglaf Droste

Die Heckspoilersorte Mensch hat ein neues Idol: den Rennfahrer Michael Schumacher

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/94, S. 4

von konkret

Der Streit über das Verhältnis der Linken zur Nation und zum Nationalismus geht in die nächste Runde. Die bisher geführten Diskussionen haben in der Sache wenig geklärt, aber doch deutlich gemacht, zwischen wem ein vernünftiges Gespräch zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt noch möglich ist. Selbst innerhalb dieser Gruppe gibt es ja immer noch genug zu klären. Gemeinsam mit den Redaktionen des kommunistischen Zirkulars »Bahamas«, der »17 C – Zeitschrift für den Rest«, der Vierteljahresschrift »Die Beute« und der Tageszeitung »junge Welt« veranstaltet KONKRET darum am 12. November in Dresden eine theoretische Konferenz zum Thema Nationalismus und Antinationalismus. Motto: »Links ist da, wo keine Heimat ist.«

Die Veranstaltung wird aus vier thematischen Blöcken bestehen: am Vormittag das zentrale Forum zur Theorie der Nation und des Nationalismus; am frühen Nachmittag parallel ein Forum »Nation und Nationalismus in der Geschichte der Arbeiterbewegung« und ein Forum, in dem anhand konkreter Beispiele genauer diskutiert werden soll, was im ersten Forum theoretisch untersucht wurde: der Befreiungsnationalismus. Im letzten Forum wird die Frage, warum sich Linke immer wieder für die nationale Sache haben einspannen lassen, verallgemeinert problematisiert. Unter dem Titel »Identitätspolitik« wollen wir der Frage nachgehen, was an der »Identität« (bedeutet sie nun Nation, Volk, Ethnie, Region, Kiez, Viertel, Geschlecht oder Arbeiterklasse) dran ist, daß die Linke immer wieder versucht, sie für ihre Massenpolitik einzusetzen.

Anmeldungen zu dieser Konferenz werden ab sofort entgegengenommen. Da die Tagung, wie immer, eine Menge Geld kosten wird, auch Spenden: auf das Sonderkonto H. Möller bei der Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, No. 1257/47 99 21. Stichwort: »Heimatkonferenz«.

Eine in vielen Fällen berechtigte Kritik an der Berichterstattung über den Antisemitismus unter schwarzen Aktivisten in den USA ist auf KONKRET nicht anwendbar: daß nämlich zunächst vor der eigenen Türe zu kehren sei. KONKRET behandelt kontinuierlich den staatlichen, weißen Antisemitismus, der verglichen mit dem der Nation of Islam das größere Problem darstellt. Anlaß für den Artikel von Michael Hahn und Günther Jacob (»Rhythm and Jews«, S. 36) ist auch nicht so sehr der Hype um eine antisemitische Rede irgendeines Black muslim, sondern der relativ wenig beachtete Umstand, daß NOI-Chef Louis Farrakhan Ende Juni zum ersten Mal als gleichberechtigtes Mitglied am »African American Leadership Summit« der Bürgerrechtsbewegung NAACP teilnehmen durfte.

Durchaus unterschiedlichen Gebrauch machen Angehörige der BRD-Nachrichtendienste von der Lektüre dieser Zeitschrift und dem Besuch ihrer Veranstaltungen. So sind im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1993 die Erfahrungen des Teams nachzulesen, das zur Teilnahme am KONKRET-Kongreß abgestellt war: Im Kapitel »Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten« heißt es dort:

Eine Verständigung über gemeinsame strategische Konzepte und Ziele gelang jedoch nicht. Dies zeigte sich u.a. im Juni in Hamburg bei einem Kongreß über »Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik«, zu dem die linksextremistische Monatsschrift KONKRET etwa 1.500 Personen – von Mitgliedern der ›Partei des Demokratischen Sozialismus‹ (PDS) bis hin zu Angehörigen des terroristischen Umfeldes – versammeln konnte. Einzelne der Teilnehmer beschimpften sich gegenseitig als Rassisten und Faschisten.

Auch der Berliner Polizeihauptmeister A. Manthey liest KONKRET. In einem Bericht über ein »Dienstagsgespräch«, eine informelle Gesprächsrunde, zu der sich auf Einladung des Republikaners Hans-Ulrich Pieper in Berlin regelmäßig eine Art Harzburger Front trifft, heißt es unter dem Briefkopf »Dir VB EuS I 8 (PMS 5)«:

Am Mittwoch, den 16.02.94, wurde durch POK Paul und Unterzeichner das »Dienstagsgespräch« im Hotel »Hilton-Berlin« besucht. Als Gastredner trat MdB Herr LUMMER, ehem. Sen. In. Berlin, auf. Der vorgesehene Gastredner, Herr Dr. Michael WOLFFSOHN hatte kurzfristig abgesagt. Herr LUMMER referierte über die innere Sicherheit und Ausländerkriminalität ... Unter den Gästen befanden sich folgende Persönlichkeiten:

1) Hr. Bonferts (gemeint ist Hans-Ulrich Bonfert, der Pressesprecher des Berliner Innensenators; Red.) *... 3) Hr. Happel (Treuhandanstalt Berlin) ... 5) Hr. Dr. Alexander von Stahl* (der ehemalige Generalbundesanwalt; Red.) *... 9) Angehörige der Zeitung »Junge Freiheit« ...*

Mit den Mitarbeitern der »Jungen Freiheit« wurde ein kurzes Gespräch geführt, in dem ich sie auf die Zeitung »Conkret Extra« (gemeint ist KONKRET EXTRA; Red.) *hinwies. In dieser Ausgabe wird umfangreich über die »Junge Freiheit«*

berichtet.

Der KONKRET-Redakteur Boris Gröndahl fungiert seit 1. August 1994 als Verlagsleiter der Tageszeitung »junge Welt« und wird auf eigenen Wunsch zum 1. Oktober ganz nach Berlin wechseln. Vom 1. Oktober bis 31. Dezember wird der KONKRET-Autor Gunter Blank, der bereits die diesjährige Ausgabe von LITERATUR KONKRET konzipiert hat, als Autorenredakteur den Kulturteil von KONKRET betreuen. Ansonsten bleibt alles beim alten: Hermann L. Gremliza bleibt Herausgeber und Wolfgang Schneider verantwortlicher Redakteur von KONKRET, das weiterhin in Hamburg erscheint.

Ernst Kahl amüsiert und irritiert uns, unsere Leserinnen und unsere Leser allmonatlich auf Seite 3. Jetzt gibt sich das Wilhelm Busch-Museum zu Hannover die Ehre, den Künstler mit einer Einzelausstellung zu würdigen: vom 4. September bis 23. Oktober.

Konkret 09/94, S. 6

an konkret

Kadannikov lebt!

KONKRET 8/94: »Mafia bolsche njet« von Werner Pirker

Die russische Wirklichkeit ist bereits so brutal, daß die Übertreibungen und Ungenauigkeiten in Werner Pirkers Beitrag nicht nötig gewesen wären, um den Lesern einen Eindruck vom Zusammenwachsen von Staat und Mafia zu vermitteln.

Der angeblich von einer Autobombe zerfetzte Direktor des Lada-Konzerns etwa heißt Kadannikov und erfreut sich bester Gesundheit; von Attentaten auf ihn ist nichts bekannt. Der Autor meint wahrscheinlich den Anschlag gegen Beresovski, den Direktor der vor kurzem gegründeten Firma AVA (an welcher Lada eine Minderheitsbeteiligung hält). Dabei waren sein Fahrer und sein Leibwächter ums Leben gekommen, nicht jedoch Beresovski selbst.

Das anschauliche Bild von »Dutzenden von Bankiers, die Woche für Woche ins Gras beißen«, verrät mehr über die Phantasie des Autors als über das heutige Rußland. In der Geschäftswelt des Macht- und Kriminalitätszentrums Moskau ereignet sich etwa jeden Tag ein Mord. Die Opfer stammen aus den unterschiedlichsten Branchen (beispielsweise Niederlassungsleiter von Automobilvertretungen, die Schutzgeldzahlungen verweigern); Bankiers jedoch waren die wenigsten von ihnen.

Christian Ruhsert

Gangelt

Im eigenen Interesse

KONKRET 8/94: »Operativer Vorgang _Schwamm drüber « von Boris Gröndahl

Hätte es den »Fall Stolpe« nicht gegeben, man hätte ihn erfinden müssen, um in so trefflicher Weise das politische Kalkül und die Heuchelei der Hexenjagd auf die inoffiziellen Mitarbeiter des MfS zu entlarven.

DDR-Bürger sind es gewohnt, zwischen den Zeilen zu lesen und auf Nebeneffekte zu achten, und registrierten auf diese Weise sehr genau, was im Untersuchungsausschuß nicht gesagt bzw. geklärt wurde. Ihnen war schon fast eingeredet worden, daß das Gemeinste, Unwürdigste, Verbrecherischste, zu dem ein Mensch überhaupt fähig sein konnte, eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS war. Nun erschien jemand auf der Anklagebank, der den meisten Menschen als politisch kompetent, sympathisch und vertrauenerweckend entgegentrat. Die Frage nach der Schuld des Konsistorialpräsidenten stellte sich also in besonders spannender Art. War er nun schuldig, weil er einen Posten besetzt hatte, der eigentlich einem abgehalfterten Politiker aus den alten Bundesländern zugestanden hätte, oder weil er sich der SPD und nicht der CDU angeschlossen hatte?

Das MfS hat ihm keineswegs blind vertraut, allgemein wurde immer vom Schlitzohr Stolpe gesprochen. Er hat manches zum Vorteil der Kirche ausgehandelt und manches faule politische Ei ins Nest der DDR-Politik geschmuggelt. Die Opposition soll er verraten haben – das war aber wirklich nicht nötig. Immerhin hatte das MfS unter den 15 Mitgliedern der aggressivsten und im Westen am meisten beachteten sog. Bürgerrechtsgruppe, der »Initiative für Frieden und Menschenrechte« in Berlin, 7 IM. Nicht eine einzige geplante Aktion von Bedeutung (der sog. Bürgerrechtler) blieb dem MfS unbekannt. Wenn Stolpe die Gruppen in der Kirche zügelte, dann in deren eigenem Interesse, um das der DDR-Staatsmacht abgehandelte Stück Souveränität, den Schutzraum der Kirche, nicht zu riskieren; wenn er über geplante Aktivitäten informierte, dann vor allem, um staatliche Reaktionen abzuklären, das Risiko für die Kirche und die Gruppen zu vermindern. Eifernde Fundamentalisten glaubten nun ernsthaft, einen solchen Mann mit einer Verdienstmedaille der DDR oder einer geschenkten Bibel abschießen zu können – sie haben sich dabei selbst in ihrer ganzen Beschränktheit präsentiert.

Die eigentliche Sensation der Arbeit des Untersuchungsausschusses war übrigens dessen Brüskierung durch geladene sog. Bürgerrechtler, die dazu noch ungestraft blieb. Einige von ihnen hatten tatsächlich unangenehme Fragen im Untersuchungsausschuß zu fürchten, doch niemand wollte die Helden der »friedlichen Revolution« vom Sockel stoßen, obwohl dazu nur 1 Prozent der Anstrengungen gereicht hätte, wie man sie gegen Stolpe aufgebracht hat.

Wolfgang Schmidt

ehem. Oberstleutnant des MfS

Berlin

Mehrerlei Topfen

KONKRET 8/94: »Ein Aufatmen geht durch mich« von Michael Scharang

Jeder, der mich kennt, weiß, wie sehr ich mich errege, wenn ein Österreicher seine Heimat verläßt, sich in die Vereinigten Staaten begibt, dort einen langen Artikel verfaßt, der viel Honorar bringt, und dabei auch noch Karl Kraus bemüht.

Ich muß nun etwas über den Begriff »Topfen« schreiben, der laut Wiener Dialekt-Lexikon Blödsinn und Mumpitz ist und in Deutschland in fast allen Lebensmittelgeschäften in den verschiedensten Fettstufen als Quark verkauft wird. Ich könnte ja nun Herrn Scharang, als einer der im ersten Hieb wohnte, zurufen: »red kan dopfn«, und alles wäre paletti. Aber dem ist nicht so. Einer, der den Karl Kraus zitiert, sollte zumindest ein wenig mehr darauf achten, wem er seine Arbeitskraft verkauft, sonst ist das nicht nur Quark, den er als Gesinnung ausgeben muß, sondern Opportunismus.

Es gab einmal die »Neue Freie Presse«, sie war Karl Kraus ein ganzes Leben lang Begleiter, schwieg ihn tot, während er sie las und in der »Fackel« genügend Gelegenheit fand, sich mit ihr und damit auch seine Leser zu unterhalten.

Auch heute noch erscheint als Organ des braven österr. Bürgers die Tageszeitung »Die Presse« und fühlt sich als Nachfolgerin jener »Neuen Freien Presse«. Weil mir im Tröpferlbad langweilig war und die »Volksstimme« auch nur einmal in der Woche erscheint, habe ich mir die Ausgabe der Zeitung »Die Presse«, Ausgabe vom 23./24. Juli 1994, gekauft. Da fand ich auf Seite V, fortgesetzt Seite VI der Beilage »Spectrum« einen Artikel mit dem Titel: »Ich atme auf«, Untertitel: »Eine Geschichte aus New York über zwei Weltereignisse: über Schuberts Neunte und Österreichs Referendum«.

Als ich dann KONKRET, Heft 8, August 1994, erhielt und aus Scharangs Aufatmen ein »Ein Aufatmen geht durch mich« geworden war, bin ich böse geworden und hab mir gedacht, »der schreibt einen Topfen« und ist in der Lage, ihn den zwei politisch wirklich absolut unterschiedlichsten Blättern im deutschen Sprachraum unterzujubeln. Das ist ja fast schon so genial, daß man dem Scharang gratulieren muß. Weil das ist, als würde KONKRET einen Artikel aus der »FAZ« nachdrucken und dem Autor Honorar dafür bezahlen.

Dieter Braeg

Mönchengladbach

Scharang begrüßt den Anschluß Österreichs an die EU. Die Bauern und Stahlarbeiter Österreichs wird das sicher freuen, zunächst Verlust des Jobs, dann Drecksmaloche unter jeden Bedingungen. Wer in der EU den Ton angibt, die Hegemonie anstrebt, vielleicht im Tandem mit anderen (Mitterand), wird auch nicht gesagt. Scharangs Argumentation erinnert an Wochenschauen aus Vichy-Frankreich, wo vier Jahre lang die Notwendigkeit und Richtigkeit von »Zusammenarbeit« mit den Besatzern gepredigt wurde.

Ein Platz auf der Tribüne bei der nächsten Parade des Eurochors sei ihm sicher.

Bernd Kevesligeti

Köln

Konkret 09/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

PDS ist gleich SED minus Sozialismus

Wenn auch der nächste Bundeskanzler heißen wird wie der letzte, und Wahlen, so sie etwas änderten, längst verboten wären, bleibt doch ein Rest. Wenden wir uns also dem Fall zu, Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift könnten erwägen, am 16. Oktober zur Wahl zu gehen und ihre Stimme der PDS zu geben. Ob sie es tun oder lassen, ist keinen Streit wert, ihn anzufangen hieße, aus einer Mücke einen Elefanten machen (oder aus einem Winnie Wolf einen Heiner Geißler). Hingegen könnte es nicht schaden, wenn sie wüßten, was da gewählt werden will.

Nicht zur Wahl steht, was die Konkurrenz behauptet, nämlich weder »die Nachfolgeorganisation der SED«, noch eine »verfassungsfeindliche« oder »kommunistische« Partei. Da die SED nicht aufgelöst und die PDS nicht gegründet wurde, ist die PDS rechtlich nicht die Nachfolgerin, sondern das Original. Raider heißt jetzt Twix, die SED heißt jetzt PDS. Was aber den Inhalt angeht, könnte *Mars Germany,* hätte die Keksfabrik es mit den Aromen von Raider getrieben wie die PDS mit den Maximen der SED, die Berliner Mauer aus liegengebliebenen *candy bars* nachbauen.

Als PDS hat die Partei aufgegeben, was sie als SED einst aller Sympathie wert gemacht hatte: die Spaltung Deutschlands, die Enteignung der Bourgeoisie und der Junker, den verordneten und darum real existierenden Antifaschismus, die internationale Solidarität. Worüber diese Leistungen immer wieder hatten hinwegtrösten müssen: das kulturelle Erbe der Nation; das Nationalkomitee und den Nationalrat der Nationalen Front; das Maulheldentum der Arbeit; Funktionäre, denkfaul und theoriefeindlich, prinzipienfeste Opportunisten, die sich vom Tritt jedes Mächtigen geadelt fühlten und, ihre Selbsterniedrigung rächend, jeden Tritt verdreifacht an den Ohnmächtigsten unter ihren Kritikern weitergaben – als Idealtypus vollendet im Offizier der Nationalen Volksarmee, der sich für seine Siege im Kampf um die sozialistische Heimat wie ein Pfingstochse dekoriert hatte und in Tränen ausbrach, als der Feind, die Bundeswehr, ihn nicht in seinen Reihen exerzieren und schießen lassen wollte; schließlich das Kleinbürgeridyll und sein Kitsch auf allen Gebieten des Lebens, der Kunst, der Gesellschaft, der Politik und, schrecklichster seiner Schrecken, in den musischen Hervorbringungen der Opposition – all das hat die PDS bewahrt und ausgebaut. Stefan Krawczyk war der Sänger gegen die SED, jetzt ist er der Sänger für die PDS, und konnte sich ganz treu bleiben, mit schlechten Texten zu schlechter Musik.

An die Stelle des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats hat die PDS Deutschland einig Vaterland gesetzt, sie gibt der Marktwirtschaft, vulgo: dem Kapitalismus, den Vorzug, statt des verordneten Antifaschismus pflegt sie eine noch diffuse Neigung, in Tätern auch Opfer zu sehen und mit neuen Nazis »ins Gespräch zu kommen«, während ihr zur Solidarität mit Kuba, wenn nicht schon der Wille, gewiß die Mittel fehlen. Das Programm zwar raunt, die Partei wende sich »gegen die Unterordnung des geistig-kulturellen Lebens unter die Verwertungsinteressen des Kapitals« (und strebt mehr eine Beiordnung an?), weshalb in ihr »sowohl Menschen Platz haben, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden«, oder was man halt so sagt, wenn man jeden irgendwie linken Haderlumpen einsammeln will. Schritt für Schritt geht es sodann voran, paßgenau in den Fußstapfen, die die Grünen ausgetreten haben: für Auflösung der Geheimdienste und der Nato, für die 30-Stunden-Woche, für offene Grenzen, für das Gute, gegen das Schlechte.

Programm ist Papier. Politik ist, wenn die Parteiführung spricht. Im Interview mit dem Deutschland-Magazin »Spiegel«, das nach der großen vaterländischen Bulle des Parteivorstands zugunsten eines deutschnationalen Grafen seine Hetzkampagne gegen die PDS ein- und seine antisemitischen Vorbehalte gegen den »roten Winkeladvokaten« Gysi zurückgestellt hat, bringt dieser das Wort Sozialismus, das seine Partei im Namen führt, nicht ein einziges Mal über die Lippen. Begriffe wie Kapital, Arbeit, Profit oder Klasse meidet er so sorgfältig, als hätte sie ein ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda auf die schwarze Liste gesetzt. Der demokratische Sozialist, zu fein, sich beim Namen zu nennen, ist nichts als Arzt am Krankenbett der Nation. Die PDS zeige »das psychologische Problem der Menschen auf«, sie sei »für die Ängste der Menschen da« und »für die Überwindung von Lethargie und Ohnmachtsgefühlen«. Damit sie aber sehen, daß er nicht nur die Nation integrieren und psychotherapieren, sondern auch ihre Feinde denunzieren kann, zieht Gysi über »bestimmte Linke« her, die wollten, daß »ich mit permanent verkniffenem Gesicht durch die Welt laufe« und die »mich einen Verräter nennen, weil ich vehement für die Integration eintrete«, und was für Demagogentricks man halt so braucht, um bei Augsteins als roter Winkeladvokat dennoch ein wenig Sympathie zu schinden. Aber die »kommunistische Plattform« der PDS? Die werde »künstlich aufgewertet«, es gebe da »Mitglieder zwischen fünfzig und sechzig Jahren, die völlig chancenlos sind«.

Sozialfälle die »Menschen« mit den »Ängsten«, Sozialfälle die »Chancenlosen« mit ihrem Kommunismus. Sozialhelfer beider: Gysis PDS. Und das hat Chancen – zur Überraschung jener, die ihr Bild des anderen deutschen Staates aus den interessierten Erzählungen der Eppelmänner und Birthlermatronen bezogen haben. Was die DDR real gewesen ist und

weshalb die PDS dort so viel Erfolg hat, mußte Frau Noelle-Neumann unter dem Titel »Eine Nation zu werden ist schwer« am 10. August in der »Frankfurter Allgemeinen« berichten:

»Wenn jemand über die DDR sagt: Wir waren alle gleich, und wir hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit. Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?« Nur jeder vierte Ostdeutsche stimmt dieser Behauptung nicht zu (28 Prozent), jeder zweite (48 Prozent) stimmt zu, ein Viertel bleibt unentschieden...

Bei der Suche nach der verlorenen schönen Zeit hilft den in stalinistischer Knechtschaft um vierzig Jahre ihres Lebens betrogenen Brüdern und Schwestern die PDS. Sie »macht aus eigenem Antrieb die Kleingärtner im Bezirk darauf aufmerksam, welche Schreber-Kolonien nach dem neuen Berliner Flächennutzungsplan nicht dauerhaft in ihrer Existenz gesichert sind. Im Ortsteil Karow informiert sie die Einwohner, daß der Berliner Senat womöglich bald von Haus- und Grundstückseigentümern eine Wertsteigerungsabgabe verlangen werde.« Die PDS, sagt der Reporter der »FAZ«, »hält sich dicht an der Seite der Bekümmerten und Sorgenvollen, darauf achtend, den Vorwurf zu vermeiden, sie benutze deren Nöte für die eigenen Zwecke«, etwa, gottseibeiuns, für sozialistische.

Nach 1945, als sich Millionen aus den ehemals deutschen Ostgebieten in die BRD geflüchtet hatten, hatte es schon einmal Schwierigkeiten gegeben, »eine Nation zu werden«, nämlich: zu machen. Damit zusammenwachse, was zusammengehört, wurde damals die Partei »Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten« gegründet. Sie sollte den Flüchtlingen Ausgleichszahlungen und allerlei Starthilfen erstreiten und war dabei so erfolgreich, daß man sich erzählte, gemessen an den zum Lastenausgleich angemeldeten und berücksichtigten Musikinstrumenten hätte ein ostpreußischer Vorkriegshaushalt auf durchschnittlich drei Pianofortes klimpern können. Einen Gesamtdeutschen Block / Bund der Bekümmerten und Sorgenvollen bildet heute die PDS. Mit dem Unterschied, daß ihre Klientel nicht aus Nissenhütten am Stadtrand in die Mitte der Gesellschaft drängt, sondern ihre Lebensweise als reale und ideelle Kleingärtner »gegen Verwestlichung« (PDS-Programm) verteidigt.

Aus materieller Schwäche und geistiger Trägheit hat der sozialistische Staat das Idyll geduldet, je gehegt. Das Kapital wird dies nicht tun. Wer sich, wie in ihrem Programm die PDS, dessen Verwertungsinteressen nicht unterordnen mag, muß Revolution machen. Wer keine Revolution machen will oder kann, muß sich zum Streit um die Verteilung der Beute zusammenschließen. So haben’s die SPD und die Grünen getan. Der Revolutionär setzt auf das Bewußtsein der Klasse, der bürgerliche Demokrat auf die Interessen der Gruppen. Wer beides will: den Kapitalismus und die Nische, den Markt und das Idyll, muß Politik mit den »Ängsten der Menschen«, ihren Sentiments und Ressentiments machen, mit Paranoia, Eitelkeit, Neid und Nationalgefühl. Wie schnell er dabei wohin geraten kann, war jüngst in der Berliner Humboldt-Universität zu beobachten, wo im Streit mit dem PDS-Kandidaten Einsiedel dessen Parteigänger mit den Redakteuren eines Naziblatts zu einer einheitlichen Claque zusammenwuchsen, als gehörten sie zusammen.

Konkret 09/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Syst.üb. Ref. I

Dem »Neuen Deutschland« ist eingefallen, wie sich der Sozialismus auf Kuba doch noch retten ließe:

Ein gangbarer Pfad aus der Krise liegt in der regulierten Liberalisierung der Wirtschaft. ... Nachdem die planwirtschaftlichen Modelle versagt haben, sind jetzt flexible Deregulierungsmaßnahmen gefragt.

Die nicht etwa bewirken werden, was ihr Name bereits sagt, sondern:

Was einige als eine Restauration des Kapitalismus befürchten, ist im Grunde seine Verhinderung.

Eine Strategie systemüberwindender Reformen, vor der Karsten Voigt und Gerhard Schröder neidvoll erblassen sollten.

Syst.üb. Ref. II

Während das »ND« noch darüber nachdenkt, wie der Kapitalismus auf Kuba durch seine besonders gründliche Einführung verhindert werden könnte, hat, glaubt man der »Frankfurter Rundschau«, Fidel Castro seinerseits bereits vor geraumer Zeit mit der Deregulierung der Vereinigten Staaten von Amerika begonnen:

Drohend holte Castro, der seit der Revolution 1959 die Geschicke der Zuckerinsel bestimmt, einen alten Knüppel aus dem Sack: ein zweites Mariel. Das erste »Mariel« fand 1980 statt und verwandelte sich für die kubanischen Revolutionäre in eine große Niederlage. Denn nach der Grenzöffnung verließen 125.000 Kubaner in wenigen Wochen die Insel vom Hafen Mariel aus in Richtung USA. Daß sich darunter auch Homosexuelle, Geisteskranke und einige Schwerverbrecher befanden, sei am Rande erwähnt. Castro hat es immer verstanden, selbst Niederlagen noch einen persönlichen Triumph beizumengen.

Warum also dieser Defätismus, »ND«? Warte doch noch ein Weilchen, bis Homosexuelle, Geisteskranke und Schwerverbrecher jene grundstürzende Wühlarbeit beendet haben, die die »FR« ihnen offenbar zutraut. Dann denken wir gemeinsam darüber nach, wie sich der US-amerikanische Kapitalismus durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln restaurieren ließe.

Treffer

Eine Anzeige aus der »Taz« v. 6.8.94:

Wer hat einen Geländewagen zu verschenken? Unser Bosnien-Korrespondent hat aufgrund von Kriegsereignissen seinen Geländewagen verloren. Seither mußte er während mehrerer Reisen ins Kriegsgebiet trampen. Einen funktionstüchtigen und zuverlässigen Geländewagen zu kaufen, übersteigt das Budget der Taz-Auslandsredaktion. Wer kann und will helfen? Wer spendiert einen Geländewagen? Wo ist ein Sponsor? Kontakt: Taz-Ausland.

Wenn aus Bosnien schon mal gute Nachrichten kommen, soll man sie auch verbreiten.

Volkscharakter I

Das Studienzentrum Weikersheim e.V., 1979 als Denkfabrik am rechten Rand der CDU vom ehemaligen NS-Marinerichter Filbinger initiiert und von ihm auch heute noch geleitet, dient Konservativen und Rechtsradikalen gleichermaßen als Diskussionsforum. Wie schon in den letzten Jahren veranstaltet das Ideologiezentrum auch 1994 wieder eine »Weikersheimer Hochschulwoche« (v. 25. – 30. Sept.). Das Programm enthält zwischen Filbingers Grußwort und einem Empfang bei Baron Stetten (»mit Schloßführung«), zwischen den Vorlesungen des »Criticon«- und »Junge Freiheit«-Autors Klaus Hornung und einem »Kamingespräch« mit Brigadegeneral a.D. Heinz Karst u.a. auch diese Termine:

Dienstag, 27. September, 11.00 Uhr: 5. Vorlesung: Günther Schabowski, Rotenburg/Fulda, ehem. Bezirkssekretär der SED von Berlin. Innenansicht eines ehem. Sozialisten: Wie funktioniert eine totalitäre Ideologie?15.00 Uhr: Günther Schabowski, Rotenburg/Fulda, und Siegmar Faust, Berlin. Die Intellektuellen und die totalitäre Verführung. Zwiegespräch mit Einbindung des Publikums

Mittwoch, 28. September, 15.00 Uhr:IV. Seminar: Dr. Gerhard Pohl, Forst/Niederlausitz, letzter Wirtschaftsminister der DDR. Die deutsche Wirtschaft und die Ostmärkte

So läßt sich die Gleichung rot = braun natürlich auch beweisen: praktisch und am lebenden Objekt.

Volkscharakter II

Das Schönste am Kinobesuch sind die Vorschauen auf das kommende Programm. Da weiß man immer gleich, welchen der vorangezeigten Filme man sich in der 90-Minuten-Version nicht ansehen wird, weil die 60-Sekunden-Fassung völlig ausreichend war.

Bei Büchern leisten die Klappentexte solche Orientierungshilfe. Wie in diesem Fall, in dem die Umschlagrückseite aus dem Inhalt des Buches zitiert:

Nein, so hat diese Republik nicht werden sollen, die 1949 entstand. Nicht so zerrissen. Nicht so, wie Sozialforscher das nennen, ›in Wohlstand verwahrlost‹. Nicht so amerikanisiert. Nicht so von Egoismen geprägt. Auch nicht so führungslos.

Diese Republik sollte nicht zu einem Kampfplatz werden, auf dem der Starke gewinnt. Nicht zu einem Gebiet, auf dem sie an den Börsen jubeln und die Kurse steigen lassen und kassieren, wenn wieder einmal ein Unternehmen ein paar tausend Mitarbeiter entließ, denn das halten sie an den Börsen für Zeichen der Gesundung. Diese Republik sollte auch nicht zu einem Land werden, in dem bloß noch die kommerzielle Werbung verkündet, was seine Werte sind. Nicht zu einem Terrain, auf dem ungeniert sein kann, wer der Raffsucht überführt wird. Nicht zu einem Land fatal begründeter Politikverdrossenheit.

Dieses Land braucht eine Kulturrevolution, nämlich eine der Politik. Es braucht Restauration – aber eine ganz andere als jene, die seit Jahren Platz greift. Es braucht um seines Überlebens in Demokratie willen eine neue Fairneß, eine neue Hygiene, eine neue Solidarität, auch und besonders ein neues und wirklich republikanisches Selbstverständnis.

Vor allem aber braucht es das Soziale, aus dem, wenn man es nur lange genug vernachlässigt hat, gesellschaftlicher Sprengstoff wird.

Ich werde dieses Buch nicht lesen, weil ich es nun schon kenne. Ich werde nicht einmal die Plastikfolie entfernen, in die es vorsorglich eingeschweißt worden ist. Denn mehr als in diesem Klappentext wird auch auf den schätzungsweise 220 Seiten nicht stehen, die es enthält: Klagen über die Raffgesellschaft, Beschwörung des Gemeinwohls, Appelle an die Volksgemeinschaft, Rufe nach einem Führer, Jeremiaden über den Verlust allgemeingültiger Werte, Ressentiments gegen das raffende Kapital, antiamerikanische Affekte, Attacken gegen Korruption und Politikverdrossenheit, Aufrufe zu allerlei Bescheidenheiten, Rezepte für eine neue Gesellschaftshygiene und was der völkischen Programmpunkte mehr sind.

Ich kenne dieses Buch aber nicht nur, weil ich seinen Klappentext gelesen habe. Ich kenne es auch, weil ich 1992 das »Manifest« der Gräfin Dönhoff (*Weil das Land sich ändern muß*) gelesen habe. Es beginnt mit dem Satz: »Nein, nein und abermals nein: So haben wir uns weder die Bundesrepublik nach vier Jahrzehnten noch das befreite, endlich wiedervereinigte Deutschland vorgestellt.«

Das Buch mit der informativen Umschlagrückseite kommt aus dem Rasch und Röhring Verlag und heißt *Nein, so hat diese Republik nicht werden sollen. Die politische Kultur der Bundesrepublik.* Verfaßt hat es der ehemalige Chefredakteur des »Stern«, Rolf Winter. Der Mann ist Pazifist und gilt als links.

Wolfgang Schneider

Konkret 09/94, S. 12

Otto Köhler

Lauter Ausreißer

Was haben die Urteile im Fall Deckert und im Fall Keßler/Streletz gemeinsam? Die Gesinnung, aus der sie stammen

Er habe, sprach Victor Weber, der stellvertretende und ahnungslose Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, »sowas noch nie gehört«. Das Urteil treffe, schrieb Springers »Leipziger Volkszeitung«, »das vereinigte Deutschland ins Mark«. Und der »Tagesspiegel« aus der ehemaligen Frontstadt war erleichtert: »Die Entrüstung über das Deckert-Urteil ist gottlob groß.«

Wesentlich glaubwürdiger als die Empörung der Medien ist da das Gericht selbst. Es hat keinerlei Zweifel, daß »die Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit durchaus Verständnis dafür haben wird, daß einem 54jährigen unbescholtenen Familienvater, dessen Unrecht im Grunde in der Äußerung einer Auffassung bestanden hat, die Rechtswohltat der Strafaussetzung zur Bewährung zuteil wird«.

Das deutsche Volk ist, wie sein Bundeskanzler nie müde wird zu versichern, weder ausländerfeindlich noch antisemitisch, und ebenso ist das Mannheimer Landgericht fest davon überzeugt, daß der NPD-Vorsitzende Günter Deckert »kein Antisemit im Sinne der nationalsozialistischen Rassenideologie« ist. Vielmehr nehme er nur »den Juden ihr ständiges Insistieren auf dem Holocaust und die von ihnen aufgrund desselben auch nach fünfzig Jahren nach Kriegsende immer noch erhobenen finanziellen, politischen und moralischen Forderungen Deutschland gegenüber bitter übel«. Das muß man verstehen, denn: »Er ist der Auffassung, daß in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern ein Massenmord an Juden jedenfalls mittels Vergasens nicht stattgefunden hat.«

Das Mannheimer Landgericht befindet sich auf dem Boden der historischen Wahrheit. Seit der Chefarisierer der Deutschen Bank und Auschwitz-Aufsichtsratsvorsitzende Hermann Josef Abs im Auftrag Adenauers die »Wiedergutmachungs«-Verhandlungen mit Israel führte, ist man sich einig. Am 5. April 1952 erklärte Adenauer im Kabinett, Zahlen könne man sich sparen, die Juden betrögen uns ja doch. Damals erwogen Abs und Adenauer zunächst, Israel als Wiedergutmachung für den Holocaust zehn Millionen Mark für ein Krankenhaus zu stiften. Im Kabinett gab es – so Staatssekretär Otto Lenz – »eine erregte Debatte über die Berechtigung der jüdischen Forderungen«. Die allgemeine Empörung über die Juden legte sich später intern ein wenig, als man sich klar machte, daß die Wiedergutmachung in Form von Sachlieferungen zu einem Konjunkturmotor für die deutsche Industrie werden würde.

Während die Juden am Holocaust verdienen wollen – obwohl doch in Bonn kein Mensch daran dachte, die hohen Kosten für den Betrieb der Verbrennungsöfen von Auschwitz von den Wiedergutmachungsleistungen abzuziehen – , erwies sich der angeklagte NPD-Vorsitzende Deckert als völlig uneigennützig, offensichtlich verlangte er nur die Selbstkosten für seine Propagandaschriften zurück. Das Gericht: »Ferner fiel positiv ins Gewicht, daß er während der gesamten Tat von der sachlichen Richtigkeit des Vorgebrachten überzeugt war und daß er, jedenfalls vorwiegend, völlig uneigennützig handelte; das geringe jeweils dem Verlag pro Kopie abgeforderte Entgelt sieht die Kammer lediglich als ein sekundäres Zugeständnis an seine schlechte wirtschaftliche Lage an, wertet aber die Tat hauptsächlich von dem Bestreben motiviert, die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche zu stärken.«

Kurz, Deckert hat auch nichts anderes unternommen als 1986 der damalige CSU-Abgeordnete und Rechtsanwalt Hermann Fellner, der den juristischen Lehrsatz formulierte, daß immer, »wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert«, es »die Juden« seien, die »sich schnell zu Wort melden«. Fellner wollte die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die nach über dreißig Jahren immer noch geforderten Lohn- und Entschädigungszahlungen der Zwangsarbeiter des Flick-Konzerns stärken. Er darf für diese Leistung heute noch gegen ein uneigennütziges Entgelt von 44.000 Mark im Jahr in jener »Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesministerium des Innern« tätig sein, die unbeirrbar nach irgendeinem verschwundenen PDS-Vermögen sucht und sich weniger dafür interessiert, was aus dem Ost-CDU-Vermögen geworden ist, auf das Helmut Kohl angeblich verzichtete. Genausogut wie Fellner ist Deckert nach Erkenntis des Landgerichts ein Mann, »der nicht vorbestraft ist, obwohl er schon seit dreißig Jahren im politischen Leben steht und die Hitze der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden hochgradig geeignet erscheint, zu Straftaten zu führen«. Und so gibt es tatsächlich in diesem neuen großen Deutschland für die Justiz »keine Bedenken«, dem NPD-Führer »eine günstige Sozialprognose zu stellen«. Weshalb es ohne große Umstände möglich war, die Freiheitsstrafe von einem Jahr »wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit übler Nachrede, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhaß« zur Bewährung auszusetzen. Eine Bewährung, die optimistisch davon ausgeht, »daß von ihm auch in Zukunft weder eine Änderung seiner politischen Einstellung im Allgemeinen noch seiner Auffassung zum Holocaust zu erwarten ist«.

Im Gegenteil. Wenn nämlich Deckert, diese »verantwortungsbewußte Persönlichkeit«, jetzt eingestände, daß es eine Judenvernichtung durch die Deutschen doch gegeben habe, würde er damit nicht eine Tatsache außer acht lassen, die man nach ausdrücklicher Tatsachenfestellung des Gerichts nicht außer acht lassen soll, nämlich: »Nicht außer acht gelassen wurde auch die Tatsache, daß Deutschland auch heute noch, rund fünfzig Jahre nach Kriegsende, weitreichenden

Ansprüchen politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt ist, während die Massenverbrechen anderer Völker ungesühnt blieben ...«

Das Urteil sei ein »Ausreißer«, »wie wir ihn noch nie erlebt haben«, meint der Geschäftsführer des Deutschen Richterbundes, Peter Marqua. Aber es ist die klare und logische Antwort auf die Aufhebung des ersten Urteils gegen Deckert, das eine andere Strafkammer des Mannheimer Landgerichts 1992 gegen Deckert verhängt hatte. Der Bundesgerichtshof hob dieses Urteil auf, weil ihm nicht klar war, ob Deckert mit seiner Behauptung, in Auschwitz seien keine Juden vergast worden, tatsächlich auch »die Menschenwürde des von der Tat betroffenen jüdischen Bevölkerungsteils in Deutschland« angegriffen habe (– bei den ausländischen Juden ist das straffrei, wenn nicht geboten). Ganz wichtig sei – so wollte der Bundesgerichtshof wissen – , ob sich Deckert durch sein Verhalten mit der nationalsozialistischen Rassenideologie identifiziert habe. Das neue Urteil aus Mannheim konnte den Bundesgerichtshof auch in dieser Hinsicht beruhigen. Deckert spricht bös über die Juden nur wegen ihrer bekannten Geldgier, er ist kein Nazi, sondern ein guter Nationaldemokrat und nebenbei noch ein vorbildlicher Familienvater mit einer Tochter, die ihm – so die entlastende Feststellung des Mannheimer Landgerichts – »bereits einen Enkel geschenkt hat«. Und schließlich wurde auch »das schwere Lebensschicksal des Angeklagten nicht außer acht gelassen, der nach langer erfolgreicher Tätigkeit als Lehrer diesen seinen geliebten Beruf aufgeben mußte«. Während es schon Tausende linke Opfer des Berufsverbots gab, konnte der NPD-Lehrer Deckert 20 Jahre lang – acht Jahre länger, als sein ganzes Nazireich dauerte – an der Schule agitieren. Erst als er es zu wild trieb, wurde der »allseits beliebte und erfolgreiche Lehrer, der sich im Dienst nie einer Verfehlung schuldig gemacht hat«, aus dem Schuldienst entfernt.

Während so die Mannheimer Richter dem Bundesgerichtshof die erwünschte Gebrauchsanweisung lieferten, wie man den Holocaust leugnet und doch günstig davonkommt, war der Bundesgerichtshof selbst auch nicht untätig. Er nahm sich, wie vom Landgericht gewünscht, der bisher ungesühnten Massenverbrechen anderer Völker an – in diesem Fall des ostdeutschen Volkes – und verurteilte den DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler, seinen Stellvertreter Fritz Streletz und den Suhler SED-Bezirkssekretär Hans Albrecht wegen Totschlags zu Gefängnisstrafen zwischen fünf und siebeneinhalb Jahren. Der Bundesgerichtshof verschärfte damit das Urteil des Landgerichts Berlin, das im September 1993 diese drei Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR nur wegen Anstiftung bzw. Beihilfe zum Totschlag verurteilt hatte.

Damit hatte der Bundesgerichtshof ein Urteil gefällt, das tatsächlich einen »Ausreißer« darstellt, wie wir ihn in der Geschichte der bundesdeutschen Justiz »noch nie erlebt haben«. Und solange es nicht wieder Vertreter eines Nazistaates sind, die vor Gericht stehen, dürfen wir hoffen, daß diese neue Praxis fortgesetzt wird, trotz der Mühe, die sie juristisch bereitet hat.

Der Bundesgerichtshof hatte – so seine Pressemitteilung, die schriftliche Urteilsbegründung liegt noch nicht vor – »zunächst zu prüfen, ob das Verhalten der Angeklagten nach dem Recht der DDR strafbar war«. So sieht es eigentlich auch der Einigungsvertrag zwischen der DDR und der BRD vor. Doch das Recht der DDR gab – wie übrigens auch das Grenzschutz-Recht der BRD – für den gewünschten Zweck nichts her. Obwohl der Einigungsvertrag von zuverlässigen Leuten ausgehandelt worden war – Wolfgang Schäuble für den Westen und der jetzige IG-Farben-Aufsichtsrat Günther Krause (in dieser Beziehung nun Abs-Nachfolger) für den Osten – , ist dieser Vertrag für den Bundesgerichtshof nur ein Stück Papier: »Er hält an seiner Auffassung fest, daß die Staatspraxis der DDR, die die vorsätzliche Tötung von Flüchtlingen durch Schußwaffen, Selbstschutzanlagen oder Minen zur Vermeidung einer Flucht aus der DDR in Kauf nahm, wegen offensichtlichen, unerträglichen Verstoßes gegen elementare Gebote der Gerechtigkeit und gegen völkerrechtlich geschützte Menschenrechte nicht geeignet war, die Täter zu rechtfertigen.«

Sowas hat man von der bundesdeutschen Justiz noch nie gehört: Ein Verstoß gegen elementare Gebote der Gerechtigkeit muß bestraft werden – nur weil er offensichtlich und unerträglich ist.

Von Anfang an, noch vor Geburt des westdeutschen Staates galten da ganz andere Sitten. Heute wissen wir: Die DDR war ein Unrechtsstaat. Davor aber galt der Grundsatz: Was gestern rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein. Schon am 23. Dezember 1946 wurde der Journalist Garbe vom Landgericht Lübeck zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Schuld: Er hatte – 1943 vom Militärgericht Stralsund zum Tod verurteilt – zwecks Flucht vor seiner Exekution einen Polizeibeamten niedergeschlagen. In zweiter – man kann auch ungestraft sagen: dritter – Instanz bestätigte das Oberlandesgericht Kiel am 26. März 1947 das Lübecker Urteil und beschied schon knapp zwei Jahre nach Kriegsende den Journalisten, daß er die Zuführung zur Todesstrafe durch die NS-Justiz ohne Widerstand hätte erdulden müssen: »Die Amtstätigkeit eines Vollzugsbeamten ist bei pflichtgemäßer Vollstreckung immer rechtmäßig ... Deshalbmuß ein Verurteilter die Vollstreckung des Urteils dulden, wenn die Entscheidung rechtskräftig geworden ist.«

1957 verhandelte das Landgericht Stuttgart gegen den ehemaligen Chef der Gestapo-Leitstelle Danzig, der mit vier hochrangigen britischen Kriegsgefangenen – also nicht etwa mit nach damaliger Auffassung wertlosen Russen – eigenhändig etwas gemacht hatte, was – man muß sich vorsichtig ausdrücken – mit ihrem Tod endete. Mord darf man es nicht nennen, Tötung eigentlich auch nicht, jedenfalls nicht durch den Täter, bzw. den Un-Täter, sondern, so das Gericht,

durch einen ganz anderen: »Täter bezüglich der Tötung dieser vier Offiziere in Danzig war der damalige Führer und Reichskanzler Adolf Hitler. Er handelte dabei rechtswidrig und vorsätzlich.«

Dieses Urteil des Stuttgarter Landgerichts von 1957 erinnert ein wenig an das neueste Urteil des Bundesgerichtshofs. Entscheidend aber ist eine kleine Differenz: Die drei Herren aus dem DDR-Verteidigungsrat leben und wissen, was ihnen bevorsteht. Streletz: »Daß ich ins Gefängnis muß, ist Fakt.« Der Führer aber konnte – wie auch das Stuttgarter Landgericht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit annehmen mußte – nicht mehr erfahren, daß er Täter bezüglich einiger Tötungen war, ganz einfach deshalb, weil er selbst mit hoher Mutmaßlichkeit schon zwölf Jahre tot war. Trotzdem ging das Stuttgarter Landgericht auf Nummer Sicher für den Fall, daß der Oberste Gerichtsherr in ein römisches Kloster entkommen wäre: »Es kann nicht mit genügender Sicherheit festgestellt werden, daß Hitler auch nur mit bedingtem Vorsatz an eine heimtückische Tötung dachte.«

Wenn man von dieser kleinen Einschränkung absieht, dann bestand das deutsche Volk – wie der Strafrechtler Jürgen Baumann einmal feststellte – nur aus einem Täter und 60 Millionen Gehilfen. Damals. Doch jetzt, da die Täter nicht mehr braune, sondern rote Socken tragen, ist alles ganz anders. An den Kommunisten macht die bundesdeutsche Justiz ihre, nennen wir es: Versäumnisse mit den Nazis wieder gut.

Und das gilt sogar für die Richter selbst. Die etwa 30.000 Todesurteile der Nazizeit wurden – wie der Hamburger Anwalt Heinrich Senfft errechnete – im Westen insgesamt mit nur fünfzehn Jahren und zwei Monaten Haft gesühnt. Dafür sorgte – steuerrechtlich wäre das wohl »Eigenverbrauch« – derselbe Bundesgerichtshof, der jetzt Gerechtigkeit und Menschenrechte gegen den DDR-Verteidigungsrat zum Einsatz bringt. Der Bundesgerichtshof legte fest – und deshalb phantasiert, wer die Mannheimer Richter bestrafen will – , daß Richter wegen Rechtsbeugung nur verurteilt werden können, wenn sie wider besseres Wissen gehandelt haben. Ein fanatischer Richter ist also umso unschuldiger, je barbarischer er geurteilt hat. Aber auch das gilt seit April nicht mehr, dank der geänderten Strumpfmode.

Melina Mercouri hat dieses neue deutsche Urteil nicht mehr erlebt – sie wäre fasziniert gewesen. Vor zehn Jahren hatte die griechische Kulturministerin bei einem Protestbesuch in Berlin erklärt: »Ich will nicht eine Diktatur mit einer Demokratie vergleichen. Aber nun hätte ich auch gern einmal den Beleg für eine Demokratie in Deutschland.« Jetzt hätte sie ihn, wenn sie es nicht vorgezogen hätte, vorher zu sterben. Den Beleg, wie lebensfähig, wie robust die Demokratie in Deutschland geworden ist, hat Inken Schwarzmann, die Vorsitzende Richterin der 20. Großen Strafkammer in Berlin erbracht. Sie verurteilte Gerda Klabuhn, eine Justizkollegin, die als Oberrichterin eines Politischen Strafsenats das Recht gebeugt hat, zu zwei Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung, 4.000 Mark Bußgeld und 160 Stunden Sozialarbeit. Keine der angeklagten Straftaten sei verjährt, betonte die Richterin Schwarzmann, auch nicht jenes exzessive Urteil von 1982, mit dem die Richterin Klabuhn einen Angeklagten zur Höchstrafe von acht Jahren verurteilt hatte, nur weil er als Kommunist von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht und in der maoistischen Zeitschrift »Roter Morgen« die wirtschaftlichen Verhältnisse der DDR kritisiert hatte. Die Richterin Klabuhn, so stellte die Richterin Schwarzmann fest, habe »maßlose Strafen« verhängt, Willkürurteile gesprochen, die Menschenrechte verletzt, und oft nur zu dem Zweck, »politisch Andersdenkende auszuschalten«.

Die Schärfe des Urteils gegen die rechtsbeugende Kollegin verdient Respekt. Vor allem aber verrät das Urteil Mut, und wenn den einer in diesem Fall ganz besonders zu schätzen weiß, dann bin ich das. Denn wahrscheinlich weiß nur noch ich, daß die Richterin Schwarzmann sich ihr Urteil gegen die Richterin Klabuhn aus Anlaß eines Jubiläums erlaubte. Genau zehn Jahre vor dem Urteil gegen die Richterin Klabuhn hatte ich sie im April 1984 zur Heldin meiner damaligen KONKRET-Kolumnen »Die/Der häßliche Deutsche« gemacht.

Damals war Melina Mercouri aus ihrem Athener Amtssitz nach Berlin gekommen, um ihren Landsmann, den 33jährigen Soziologen Minas Kontos, zu schützen, für den die griechische Regierung schon zweimal interveniert hatte. Der saß zusammen mit vier deutschen Demonstrationstätern seit 21 Monaten in Untersuchungshaft. In die Zelle des Untersuchungshäftlings Kostas ließ die Richterin Schwarzmann nicht mal die Post des griechischen Studentenvereins, weil dessen Briefe »nicht der Pflege einer persönlichen Bekanntschaft« dienten, »sondern Ausdruck einer inszenierten Solidarisierung« seien. Mit derselben Begründung verweigerte sie einer Mitangeklagten Christa Wolfs Roman *Kassandra.* Einer der Untersuchungshäftlinge schnitt sich die Pulsadern auf, auch er blieb in der Untersuchungshaft und wurde zusammen mit den anderen in stickigen Käfigen aus Panzerglas vor Gericht gestellt. Nie bewiesener Vorwurf gegen alle: Sie hätten bei einer Anti-Reagan-Demonstration Steine gegen Polizeifahrzeuge geschleudert.

Alle fünf wurden nach 90 Verhandlungstagen von der Richterin Schwarzmann verurteilt. Das war schon wegen der überlangen Untersuchungshaft nötig – ehrbare Millionenschwindler wie der Baulöwe Dietrich Garski kamen bei ihrer Kammer viel schneller auf freien Fuß. Vor allem aber mußte die Anklage Recht behalten. Einer der belastenden Polizisten hatte selbst Steine geworfen – ein Foto überführte ihn. Es tat nichts zur Sache. Ganze Riegen polizeilicher Belastungszeugen wurden ertappt, ihre Aussagen abgesprochen zu haben, doch die Richterin Schwarzmann half, wo sie konnte: »Sie müssen die Frage des Rechtsanwalts nicht beantworten, wenn sie ihre Aussagegenehmigung nicht deckt.« Unbequeme Beweisanträge lehnte sie mit der rechtsinnovatorischen Begründung ab, die Verteidiger würden an deren

»Ernsthaftigkeit« ja wohl »selbst nicht geglaubt« haben, ja sie erfand sogar den bis dahin unbekannten Begriff des »Scheinbeweisantrages« und lehnte Zeugen wegen ihrer »gerichtsfeindlichen Einstellung« ab.

Der Soziologe Kontos bekam von der Richterin Schwarzmann drei Jahre Haft, ein Exzessivurteil: drei Monate mehr, als selbst der einschlägig bekannte Staatsanwalt beantragt hatte.

Man muß es dieser Richterin hoch anrechnen, daß sie sich mit der wegen Rechtsbeugung angeklagten Kollegin nicht in Fachsimpelei und Erfahrungsaustausch verlor, sondern unnachsichtig das Recht sprechen ließ. Aber es fiel ihr nicht allzu schwer. Denn die Kollegin war gar keine richtige Kollegin, wie sie vom Bundesgerichtshof durch Richterprivileg geschützt ist. Sie war nur eine sehr ehemalige Richterin aus der ehemaligen DDR, gehörte also zu den Besiegten im Land, so wie die Richterin Schwarzmann zu den Siegern.

Manchem wird es vielleicht trotzdem schwerfallen, zu unterscheiden zwischen der Richterin Schwarzmann und der Richterin Klabuhn. Aber man muß da differenzieren, der Überlegung Raum geben, ob Inken Schwarzmann, wäre sie nicht auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik aufgewachsen, sondern im Unrechtssystem der DDR, nicht noch weit schärfere Urteile gesprochen hätte als die angeklagte Richterin in Ostberlin – und sie selbst zu jener Zeit in Moabit. Im Osten hätte Inken Schwarzmann immerhin ihre rechtsetzende Energie voll ausleben können, ohne daß ihr die – wie sie in Urteilen gern beklagt – Verunglimpfungen durch die Presse das Handwerk gehemmt hätten. Das muß man würdigen.

Sie selbst hatte in ihrer Urteilsbegründung gegen die Richterin Klabuhn einen ganz anderen Einfall. Sie meinte, auch wenn nationalsozialistisches Unrecht in der Bundesrepublik »so gut wie überhaupt nicht« aufgearbeitet worden sei, was »kein Ruhmesblatt« für die bundesdeutsche Justiz darstelle, so sei dies kein Argument dafür, ein zweites Mal nach dem Ende einer Diktatur begangenes Unrecht nicht zu sühnen. Mag sein. Es war aber der falsche Vergleich. Auf den naheliegenden war sie nicht gekommen. Vielleicht besitzt sie keinen Spiegel.

Es gibt trotzdem einen Unterschied zwischen Inken Schwarzmann und Gerda Klabuhn. »Zeigen Sie ihr Gesicht, Frau Klabuhn«, bekam die Verurteilte von den Zuschauern zu hören, nachdem sie beim Urteil die Augen hinter ihren Händen verborgen hatte. Inken Schwarzmann hat da keine Probleme. Sie zeigt – wie die Richter von Mannheim und die Richter des Bundesgerichtshofs – ihr Gesicht offen und mutig der ganzen Welt.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 8/94 über das Berliner Document Center

Konkret 09/94, S. 15

Günter Kolodziej

Parteigänger des Krieges

Die Reaktionen auf das Karlsruher Urteil zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr zeigen die Sozialdemokratie an der Seite der Regierung

Die Kommentierung der höchstrichterlichen Erlaubnis für »out of area«-Einsätze der Bundeswehr durch die zuständigen Politiker läßt die Zeit vor dem 12. Juli 1994 wie ein einziges nationales wie internationales Schrecknis erscheinen. Das Urteil des BVerG beseitige eine rechtliche »Grauzone« meinte der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose, was gut für uns alle, besonders aber für die Soldaten der Bundeswehr sei. Sein Geschäftsführer Verheugen sah das Thema dahin zurückkehren, wo es zuvor offenbar nicht war, »in den Bereich der nüchternen, sachgerechten außen- und sicherheitspolitischen Abwägung«. Beide stellten somit im nachhinein noch einmal klar, daß es bei der Klage ihrer Partei keineswegs um die Verhinderung von Kriegseinsätzen gegangen war, sondern einzig darum, das Recht den machtpolitischen Absichten anzupassen.

Verteidigungsminister Rühe, den vergleichbare Sorgen nie geplagt haben, freute sich stellvertretend für die internationale Staatengemeinschaft darüber, daß die deutsche Außenpolitik endlich berechenbar ist, »wir« zudem »handlungsfähig« sind und »keine Sonderrolle« mehr spielen. Außenminister Kinkel fügte der Handlungs- eine nun entstandene »Bündnisfähigkeit« hinzu, die der CDU-Staatsrechtler Scholz wiederum um die dringend gebotene »Politikfähigkeit« ergänzte.

Ein wahrer Segen also, daß Deutschland den Mut gefunden hatte, sich großzügig zu gestatten, was es schon seit längerem wollte, aktiv bei der Neuordnung der Welt nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus mitzumischen. Die erlangte Freiheit verträgt keinerlei Relativierung. Der außenpolitische Sprecher der CDU, Lamers, weiß sich mit dem Verteidigungsexperten der Liberalen, Koppelin, einig, daß eine gesetzliche Grundlage für Auslandseinsätze der Bundeswehr schädlich ist. Wo es um die staatliche Souveränität geht, vernimmt man aus dem Munde christdemokratischer Politiker Bekundungen, die ihnen im Zusammenhang mit Bürgerrechten nie und nimmer einfallen wollen. »Ich halte es absolut nicht für vorrangig, jetzt über Gesetze nachzudenken.« Es dürfe keinerlei Einschränkungen geben, durch das, was die Richter in Karlsruhe vorgeschrieben hätten, nämlich die Beteiligung des Bundestages.

Die praktischen Konsequenzen des Urteils erfahren die davon betroffenen Völker derzeit noch in Form aufschlußreicher Dementis.

Das Urteil bedeute keinesfalls, daß die Bundeswehr jetzt zwangsläufig an allen »Krisenherden« der Welt aufmarschiere, formulierten Koalitions- und Oppositionspolitiker den Journalisten in die Feder, sondern nur da, wo es sich für die Nation lohne. Der Kanzlerkandidat gibt die Vorlage: »Aber das bedeutet ja nicht ... daß wir an Maßnahmen der Vereinten Nationen teilnehmen müssen.« Der Außenminister nimmt sie dankbar auf: »Wir werden deutsche Interessen jeweils prüfen müssen, wir werden prüfen müssen, ob wertorientierte Außenpolitik es verlangt, daß wir uns beispielsweise im Konzert mit unseren Partnern europäisch oder transatlantisch bewegen.« Wichtig sei, daß »die Bremse, die uns eingezogen war«, wegfällt. Immerhin weiß man jetzt schon so viel, daß der Wert, an dem sich die deutsche Außenpolitik künftig orientiert, weder Humanität noch Menschenrechte heißt. Erstens.

Zweitens bedeutet die erlangte »Bündnisfähigkeit«, daß Deutschland nur im Einklang mit der Weltgemeinschaft international aufzuräumen gedenkt, solange jedenfalls, bis seinen verantwortlichen Politikern das Gegenteil zweckmäßiger erscheint. Im Zweifel entscheidet die Nation souverän, also auch gegen den Willen der anderen, über Krieg und Frieden. Von den Amis zum Beispiel läßt sich ein deutscher Sozialdemokrat nach Karlsruhe so schnell nichts mehr sagen, schon gar nicht, wenn er Karsten Voigt heißt. »Nicht jeder Wunsch, aus Washington oder New York vorgetragen, ersetzt Nachdenken in Bonn.« Umgekehrt schon eher. Ein Einmarsch in Haiti steht nicht auf der Tagesordnung. In diesem für die Bundesrepublik minder wichtigen Fall empfahl Voigt den Vereinten Nationen »auf Blauhelme aus der Region, das heißt, aus Lateinamerika, zurückzugreifen«. Sollten sich die Kalkulationen allerdings ändern, wird man sich der dann todsicher ergehenden Aufforderung zur Übernahme von »Verantwortung« nicht länger entziehen.

Drittens werden Einsätze außerhalb Europas auch deshalb »die Ausnahme bleiben«, weil wir auf die »in der Regel noch nicht ausreichend vorbereitet sind« (Volker Rühe). Die Beschränkung ist also lediglich eine Frage der Zeit. Und die wird genutzt. Die Armee wird umstrukturiert, die entsprechenden Geräte werden beschafft, die Soldaten geschult. Das Thema »Emotionen« ist mittlerweile offizieller Bestandteil des Dienstplanes. Die Jungs sollen weinen lernen. Vor und nach ihren Einsätzen, damit im Ernstfall keine Träne den Blick auf das Schußfeld trübt.

Heftig umstritten zwischen Opposition und Koalition ist die aparte Frage, ob die höchsten Richter nun lediglich die Teilnahme deutscher Soldaten an »friedenerhaltenden« oder auch »friedenschaffenden Maßnahmen« erlaubt haben. Rudolf Scharping nimmt kein Blatt vor den Mund. Einerseits nein. »Ja, wir wollen nicht, daß Deutschland sich an kriegerischen Maßnahmen beteiligt, wobei ich Sie auch darauf hinweisen muß, daß es nach der Charta der Vereinten Nationen diese

Terminologie des Kampfeinsatzes ja überhaupt nicht gibt.« Andererseits weiß er, daß es, Terminologie hin oder her, schon heute Krieg gibt und Deutschland sich dabei nicht lächerlich machen darf. »Wenn es zu einer militärischen Blockade eines aggressiven Staates kommt ..., dann muß man das im Zweifel auch durchsetzen können, sonst machen sie ja eher einen Witz als eine wirksame politische Initiative.« Lachen sollte also niemand über Scharping.

Erfreulicherweise ist auch in dieser Frage inzwischen weitgehende Rechtssicherheit eingetreten. Jutta Limbach, seit einiger Zeit in Karlsruhe als Frau und Sozialdemokratin tätig, hat ihr Versprechen, die deutsche Rechtsprechung weiblicher zu gestalten, bereits mit ihrer ersten Amtshandlung wahrgemacht. Die ideologische Differenzierung zwischen »erhaltend« versus »schaffend« hält sie zurecht für ausgemachten Nonsens. »Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um schlichte Blauhelmeinsätze handelt oder aber den Einsatz von Friedenstruppen, die auch die Befugnis zur Ausübung von Zwangsmaßnahmen haben, einfach deshalb, weil man in der Realität im Grunde genommen gar nicht zwischen diesen schlichten Blauhelmeinsätzen und denen, die auch Zwangsbefugnisse haben, unterscheiden kann.«

Die ideellen Parteigänger des Krieges können es sich leisten, auf sprachliche Eloquenz zu verzichten. Sie wissen, daß im Kriegsfall einzig die Durchschlagskraft der eingesetzten Waffen entscheidet und der Sieger das unumstößliche Recht hat, Frieden zu buchstabieren.

Günter Kolodziej berichtete in KONKRET 6/94 über die Arbeit des Schalck-Untersuchungsausschusses

Konkret 09/94, S. 16

Matthias Küntzel

Bill, Bonn und die Bombe

Die Bundesrepublik versucht hartnäckig, den Atomwaffensperrvertrag zu unterhöhlen. Die Vereinigten Staaten bleiben gegenüber den Plutoniumplänen der Deutschen mißtrauisch

Dieser Gast war unerwünscht: Lynn Davis, Staatssekretärin für Abrüstungsfragen im US-Außenministerium, besuchte Ende Juli das Auswärtige Amt. Ihre Botschaft: Washington wolle mit Bonn über den Ausstieg aus der deutschen Plutoniumindustrie verhandeln. Die USA seien bereit, so Davis, ganze Tonnagen des in Frankreich und Großbritannien aus deutschen Brennelementen gewonnen Plutoniums zu übernehmen, um diese der Kontrolle der Wiener Atombehörde zu unterstellen (»NuclearFuel«, 1.8.94). Eine erstaunliche Initiative. Hatte Bill Clinton nicht gestern erst das Hohelied auf die deutsche Vormacht in Europa gesungen? Hatte er nicht sogar vor dem Brandenburger Tor erklärt, daß »nichts uns aufhalten« werde und von jetzt an »alles« möglich sei? Und nun dieses vergiftete »Angebot«, dem »partner in leadership« den Grundstoff für die Bombe zu entziehen. »Sprunghaft, konfus und richtungslos« sei Clintons Außenpolitik, behauptete die »FAZ«, die den Besuch von Lynn Davis jedoch taktvoll verschwieg.

Daß die USA gerade jetzt initiativ werden, um deutsche Nuklearoptionen zu dämpfen, ist nicht konfus und und auch nicht richtungslos, sondern macht Sinn. Die erste Etappe im Progamm »deutscher Normalisierung« konnte mit der Karlsruher Ermächtigung für eine neue Kriegspolitik – unter dem Applaus des US-Präsidenten – noch erfolgreich abgeschlossen werden. Das zweite Etappenziel, die Herstellung der westeuropäischen »Verteidigungsidentität«, ist in Washington jedoch umstritten. Denn hier geht es auch um britische und französische Atomwaffen, weshalb Klaus Kinkel von einer »Schicksalsfrage« spricht. Einiges soll sich da ändern: 1996 wird eine Sonderkonferenz des Europarats über die »Sicherheitsunion« und die Erneuerung des WEU-Vertrages zu befinden haben. Zwei Jahre später wird der WEU-Vertrag von 1948 nach 50jähriger Laufzeit ebenso auslaufen wie der Adenauersche Atomverzicht von 1954, der an diesen gekoppelt war. Bereits im Mai dieses Jahres hatte der WEU-Verteidigungsausschuß einen Bericht über »Rolle und Zukunft der Atomwaffen« vorgelegt. Er konstatiert die zunehmende Unglaubwürdigkeit der US-Atomwaffengarantie für Europa. Für einen Ersatz müsse gesorgt werden, »um zu verhindern, daß Deutschland sich veranlaßt sieht, eine eigene nukleare Abschreckung zu entwickeln«. Insbesondere dürfe die Bundesrepublik nicht länger von der britisch-französischen Nuklearkooperation ausgeschlossen bleiben (WEU-Doc. 1420).

Deutschland selbst hat sich bisher wohlweislich gehütet, sein Interesse auf diesem Gebiet besonders herauszustellen. Nicht ohne Grandezza übt man sich statt dessen in der Rolle der umworbenen und sich eitel zierenden Macht. Diese Inszenierung ist nicht nur außenpolitisch klug. Sie paßt zugleich zu einer Rhetorik, deren ideologische Wirksamkeit in Vorbereitung auf Karlsruhe unter Beweis gestellt worden ist: Auch in Bezug auf Atomwaffen soll die Behauptung demnächst glaubwürdig erscheinen, daß die Bundesrepublik, wenn sie sich noch länger zurückhalte, in »eine deutsche Sonderrolle« gerate und »sich letztlich der politischen Einigung Europas entgegenstellt«.

Das zentrale Statussymbol und Drohpotential der deutschen Nukleardiplomatie ist der nationale Plutoniumbunker in Hanau, der nach unspezifizierten Regierungsangaben mindestens 2.500 Kilogramm Plutonium enthält. Nach dem fünften Glas Bier wird, wie man hört, auch von Bonner Regierungsbeamten nicht länger bestritten, warum dieser Staatsbunker existiert: »aus Souveränitätsgründen – warum denn sonst?«. Aus Pakistan und Indien bekannt ist die Methode, sich durch eine Aura der Geheimhaltung interessant zu machen: Außer einigen allgemeinen Hinweisen wird über den Eigenbestand an waffenfähigem Material nichts verraten. In dieser Methode übt sich auch Bonn. Im April 1994 wurden erneut alle Detailangaben »über Art und Menge der in staatlicher Verwahrung befindlichen Kernbrennstoffe ... der Geheimhaltung« unterstellt (Bundestags-Drucksache 12/7472). Die internationale Spekulation über die Frage, wieviel Kilogramm an metallischem Plutonium 239 in Hanau lagern, ist kalkulierter Bestandteil der Bonner Außenpolitik, »denn die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen wird das Interesse der bestehenden Kernwaffenstaaten, der Entstehung einer weiteren unabhängigen nuklearen Macht mit kollektiven Mitteln (z.B. einer europäischen Atomstreitmacht, M.K.) vorzubeugen, beträchtlich steigern«, wie ein Mitarbeiter der Hardthöhe, Dieter Mahncke, betont.

Wegen ihrer außenpolitischen Funktion sind selbstverständlich ebenso wie die japanischen auch die deutschen Plutoniumbestände ein Streitpunkt der internationalen Politik. Geheime Kämpfe und Rangeleien gibt es einerseits innerhalb der Europäischen Union, andererseits zwischen Gremien der Europäischen Union und den USA. Dies belegen Berichte des US-amerikanischen Informationsdienstes »NuclearFuel« – eines 14tägig erscheinenden, 18seitigen Fachblatts der US-Atomindustrie, dessen unideologischer Berichterstattung wegen sich die 80 Dollar pro Ausgabe lohnen.

Schon die Tatsache, daß in dem Hanauer Bundesbunker der Bombenrohstoff seit 1991 ohne Mox-Weiterverarbeitung herumliegen darf, hat in Frankreich für Proteste gesorgt: Man dürfe, so hohe französische Beamte, aus Gründen der Nichtweiterverbreitung weitere Plutoniumtransfers in die Bundesrepublik nicht zulassen. Da der Übergang vom Plutoniumlager zum Atomwaffenlager fließend ist, untersagen der Atomwaffensperrvertrag und Bestimmungen der WEU

die Lagerung des Spaltmaterials, sofern eine zügige Weiterverarbeitung im Rahmen eines Energieprogramms nicht vorgesehen ist (»NF«, 6.7.92). Für 7.000 Kilogramm Plutonium deutscher Herkunft hat Paris seither den Transfer nach Hanau verweigert (»NF«, 21.6.93). Die Bundesregierung hatte gegen diese Blockade protestiert und auch den Wunsch anderer EG-Staaten nach Mitsprache über das deutsche Plutonium stets zurückgewiesen, doch hatte sich Frankreich durchsetzen können.

Seit Mitte dieses Jahres wird über eine folgenreiche Veränderung der bisherigen Plutoniumverträge diskutiert. Ein gemeinsamer Vorschlag der französischen Firma Cogema (Betreiberin der Plutoniumfabrik in La Hague) und der deutschen Preussenelektra sieht vor, daß künftig die Abtrennung deutschen Plutoniums in Frankreich nur unter dreierlei Bedingungen zugelassen werden soll: a) die deutschen Betreiber sind in der Lage, das Plutonium in Mox-Brennelementen zu verwerten; b) falls dies nicht der Fall ist, wird Cogema Eigentümer des Plutoniums; c) falls Cogema hieran nicht interessiert ist, wird das Plutonium im gegenseitigen Einvernehmen einer »dritten Partei« überlassen. Die jeweils endgültige Entscheidung trifft die französische Regierung. Dieser Plan ist in den USA auf Protest gestoßen, da er die Plutoniumproduktion von der Mox-Produktion abkoppelt und auch jene »dritte Partei« (die WEU? die französische Atomwaffenbehörde Cea?) nicht näher definiert (»NF«, 4.7.94). Die US-amerikanischen Proteste verweisen auf das derzeit umstrittenste Problem: Sollen sich die USA in die »europäische« Plutoniumpolitik zukünftig noch einmischen dürfen? Anders gefragt: Werden die USA eine unabhängige Atomwaffenpolitik in Westeuropa akzeptieren? Zur Debatte steht die globale Machtbalance – mit dementsprechend harten Bandagen wird gekämpft.

Äußerer Anlaß dieses Streites ist ein Abkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom und den USA von 1958, welches den USA das Recht einräumt, über Plutonium aus Brennelementen US-amerikanischer Herkunft im EG-Bereich mitzuentscheiden. Dieses Abkommen läuft aus. Es muß bis Ende 1995 neu formuliert und im US-Kongreß ratifiziert worden sein. Um seine Neufassung wird seit 1991 gestritten. Im Juni 1992 hatte sich ein Arbeitskreis der regierungsnahen »Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik« auf einen Konfrontationskurs festgelegt, der bis heute die Verhandlungen bestimmt. Die Mitsprache der USA sei in Zukunft für Euratom, so der deutsche Verhandlungsleiter Wilhelm Gmelin, »politisch und technisch nicht länger akzeptabel«. Man wisse, daß das Anliegen von Euratom im US-Kongreß abgelehnt werde und fordere den US-Präsidenten deshalb auf, die Mitsprache der USA unter Umgehung des US-Kongresses außer Kraft zu setzen (»NF«, 11.10.93). Diesem Wunsch hat US-Außenminister Christopher im Juni 1994 eine definitive Absage erteilt (»NF«, 4.7.94). Falls ein neues Abkommen scheitert, wäre ab Anfang 1996 der US-Atomindustrie die Zusammenarbeit mit Euratom nicht länger erlaubt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung der westeuropäischen Plutoniumindustrie, derzufolge sie eher auf jede geschäftliche Beziehung zu den USA verzichten wolle, als weiterhin das Recht der USA zu akzeptieren, an den Euratom-Entscheidungen mitzuwirken. Euro-Autarkiemaßnahmen wurden für den Ernstfall bereits durchgespielt (»NF«, 25.10.93).

Wer diesen Grundsatzstreit für sich entscheiden wird, ist offen. Die Drohung,daß die USA, geben sie ihre Position nicht auf, mit »negativen Auswirkungen in verschiedenen anderen Foren wie etwa der Sperrvertrags-Verlängerungskonferenz« rechnen müßten, wurde in den EG-Papieren bereits offen formuliert. Diese Drohung wird in Washington außerordentlich ernst genommen: Sie stellt die USA vor die Alternative, jeden Rest an Einflußnahme auf die europäische (bzw. deutsche) Atomwaffenpolitik oder aber das Instrument des Sperrvertrages zu verlieren.

Zurück zu Lynn Davis und ihrer Visite in Bonn. Werden sich Kinkel und Kohl um die bilateralen Plutoniumgespräche drücken können? Wohl kaum. Das dem Besuch der Staatssekretärin zugrundeliegende Geheimdokument trägt den Code »PDD 13«, wobei PDD für »Presidental Directive« steht: Die Verhandlungsgrundlage der US-amerikanischen Unterhändler stammt direkt aus dem Weißen Haus. Die bereits im Spätherbst 1993 ergangene Anweisung richtete sich gegen die »zivile« Plutoniumabtrennung via WAA, gegen die Lagerung großer Mengen an Plutonium sowie gegen Einsatz von und Handel mit hochangereichertem Uran (»NF«, 1.8.94). Die Adressaten von »PDD 13« sind in erster Linie Japan und die Bundesrepublik. Insofern scheint auch Clinton sich die gegen die Etablierung eines »new global enemy« gerichtete Zielsetzung des »Pentagon-Papiers« von 1992 (siehe KONKRET 9/92) zu eigen gemacht zu haben.

Beide Elemente gehören zusammen: Hier Clintons Aufruf an Deutschland, die Vorherrschaft in Europa zu übernehmen. Dort die »PDD 13«-Diplomatie mit dem Ziel, deutschen Atomwaffenambitionen den Boden zu entziehen. Die Kombination ist kein Widerspruch, sondern eine Illusion. Um nicht eine vollständige Verselbständigung der deutschen und der japanischen Putoniumpolitik herbeizuführen, werden die USA zurückweichen, die Entwicklung der neuen Atommächte kooperativ zu begleiten suchen und gute Miene zum bösen Spiel machen.

Der Nutzen der Lynn Davis-Mission liegt demnach nicht in ihrem Resultat, sondern in ihrer Voraussetzung: Hinsichtlich der Fähigkeit, das »böse Spiel« zu identifizieren, ist die US-Regierung der Linken hierzulande bei weitem überlegen.

Matthias Küntzel schrieb in KONKRET 8/93 über den Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann

Konkret 09/94, S. 18

Heiner Möller

Schwarz-Rot-Grün ist die Haselnuß

Kleine Regierungsfarbenlehre vor der Bundestagswahl – grüne Ausfertigung

Juniorpartner der SPD sind die Grünen erfolgreich geworden. Doch die zur Bundestagswahl unvermeidliche Orientierung auf Rot-Grün reicht ihnen nun nicht mehr, ihre Versessenheit auf Regierungsbeteiligung umzusetzen. Die in letzter Zeit sich häufenden, regelmäßig aufgeregt wieder dementierten schwarz-grünen Optionen grüner Größen dokumentieren das verstärkte Bemühen, die FDP als Regierungspartei zu beerben.

Sicherlich, der Bündnis 90-MdB Werner Schulz hat mit seiner schwarz-grünen Perspektive für Sachsen die grüne Harmonie und Bundestagswahlstrategie (»wer rot-grün will, muß grün wählen«) insofern gestört, als der Kurs »Kohl abwählen« – »Reformen jetzt« weder mit einem rot- noch mit einem schwarz-grünen Ernstfall vor dem 16. Oktober so ohne weiteres zu vereinbaren ist. Doch die Begründungen, mit Sachsens christdemokratischem Ministerpräsidenten Biedenkopf könne man doch, und – wie Sachsens grüner Landesgeschäftsführer Hubertus Grass formulierte – »ein rot-grünes Reformbündnis in Sachsen ist sehr unwahrscheinlich, da müssen wir uns die Option Schwarz-Grün offen halten«, sind kein Spezifikum der rechten Bündnis 90-Leute aus der DDR.

Werner Schulz wurde wegen seiner nur zeitlich deplazierten schwarz-grünen Erwägung keineswegs abgestraft. Gegen Anträge, seine Bundestagskandidatur zu kassieren, hat die sächsische Landesversammlung der Grünen ihm mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Auch wenn erst einen Tag nach der Wahl am 12. September über Bündnisse entschieden werden soll, Gunda Röstel (Landtagskandidatin, Platz 3) hat das sächsische Credo so formuliert: »Wir sollten die schwarz-grüne Frage mit Gelassenheit angehen. Ich bin gegen Mauern in den Köpfen. Deshalb finde ich es wichtig, zur rechten Zeit das Rechte zu entscheiden.« Vom Linken keine Rede.

Der Prototyp unbedingten grünen Regierungswillens, der Frankfurter Stadtkämmerer, Sparkommissar und Realo Tom Koenigs, kann sich ebenfalls eine Zusammenarbeit mit »Unionspolitikern wie Kurt Biedenkopf gut vorstellen« (»Spiegel«). Seine Frankfurter Erfahrung (»für alle großen Projekte des Umweltschutzes habe ich in Frankfurt die Zustimmung der CDU bekommen«) habe ihn gelehrt: »Eine große ökologische Reform erfordert die Mitarbeit aller.« Längst schon ist Schwarz-Grün mehr als eine verhaltene Option. Die Grünen dürften die Umfrage der Zeitschrift »Capital« (4/94) unter Spitzenmanagern mit Interesse registriert haben, derzufolge 44 Prozent der Befragten sich eine schwarz-grüne Koalition durchaus vorstellen können. Die grünen Modernisierer verfolgen einen »Weg, den auch die aufgeschlossenen Teile der Wirtschaft mitgehen können« (so der ökolibertäre Schwarz-Grün-Befürworter Fritz Kuhn). Was sollen die aufgeschlossenen Manager auch gegen Äußerungen haben wie: »Wir sollten die Standortdiskussion offensiv aufgreifen« (Kuhn); die Grünen dürften sich »flexibleren Produktionskonzepten und Arbeitszeitmodellen nicht verweigern, mit denen die Maschinenlaufzeiten verlängert und die Produktivität erhöht werden können« (Ralf Fücks); »die Ökologie ist längst nicht mehr Klotz am Bein der Wirtschaft, sondern sie ist die notwendige Voraussetzung für zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg« (Kuhn). »Schlanker Staat«, »schlanke Verwaltung«, »Selbstbestimmung« genannte Realisierung des Subsidiaritätsprinzips (Fücks) sind nun wahrlich keine grünen Erfindungen, sondern hängen sich nur an den fahrenden Zug der Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung, der unter dem Stichwort »Standort Deutschland sichern« rollt. Im übrigen warnt der Bremer Umweltsenator Fücks: »Wer Schwarz-Grün tabuisiere, der ermuntere zur Großen Koalition überall dort, wo die FDP als Mehrheitsbeschafferin ausgedient habe« (so das grüne Blatt »Schrägstrich«).

Für die alten Bundesländer ist die Option auf Schwarz-Grün zum ersten Mal bereits vor Jahren in Baden-Württemberg ergebnis-, aber nicht sinnlos verfolgt worden. Für die neuen Bundesländer wird sie nun brisant: In Sachsen und Thüringen, eventuell sogar in Mecklenburg-Vorpommern könnte Schwarz-Grün an die Stelle von Rot-Grün treten, weil für letztere die Mehrheit der Konsensdemokraten nicht reicht. Durchsetzungshelfer dieser den Grünen noch ungewohnten Farbkombination könnte das Gespenst der Großen Koalition werden. Werner Schulz hat schon vorgebaut: »Wir haben schließlich mit einigen von denen (aus der CDU, H.M.) zusammen gegen die SED gekämpft, warum sollten wir uns da nicht gemeinsam an einen Kabinettstisch setzen?«

Zwar wäre jede andere als eine Mehrheit mit CDU-Beteiligung in allen neuen Bundesländern erreichbar, wenn die 20 Prozent Stimmen für die PDS mitgerechnet würden. Doch hätte dies das Ausscheren aus dem »Konsens der Demokraten« zur Voraussetzung. Und das ist mit den Grünen nicht zu machen. Förmliche Absprachen mit der PDS, verlautete anläßlich der sachsen-anhaltinischen Regierungsbildung aus dem Parteivorstand der Grünen, dürfe es nicht geben, »die PDS sei bislang den Nachweis schuldig geblieben, daß sie sich wirklich zu einer demokratischen Partei gewandelt habe«. Die wissen, wovon sie reden, schließlich haben sie sich selber das Prädikat »demokratisch« erst durch die Abstoßung ihres linken Flügels verdient. »Von ihrem Charakter her ist die PDS keine Bereicherung für die Demokratie«, belehrt Ludger Volmer in einem Anti-PDS-Papier und verdeutlicht: Demokratisch belebend sind CDU, CSU, SPD und natürlich die Grünen; für die FDP könnte dies demnächst in der Vergangenheitsform formuliert werden. Der linke Flügelmann seiner

immer rechteren Partei hat die Lektion also gelernt. Und Joschka Fischer schließlich rät im »Neuen Deutschland« den PDS-Parteiführern, den grünen Reifungsprozeß nachzuvollziehen: Liebe PDS-Reformer, schmeißt erstmal eure Linken und »SED-Altlasten« raus und bietet euch fürs Regieren an, auf daß ihr »entzaubert« werdet, mal sehen, ob, was dann (im Osten) übrigbleibt, in den Kreis der anerkannt demokratischen Parteien aufgenommen werden kann.

Dennoch: Das Dilemma, die drei kompatiblen Farben wahlstrategisch getrennt zu halten, bleibt den Grünen bis zur Bundestagswahl erhalten. Da in Sachsen fünf Wochen vorher gewählt wird, müssen jene Bündnis 90-Leute, denen bei Erwähnung der PDS das Messer in der Tasche aufgeht und denen jede Allianz gegen die realen oder vermeintlichen DDR-Nachfolger recht ist, besänftigt, also veranlaßt werden, das grüne Bundestagswahlkonzept nicht zu stören. Denn sie sind die wahren neuen »Fundis« in den Grünen. Militante »Freiheitskämpfer«, den Kontakt mit den neuen Nazis suchend (Templin), die passenden Vorschläge zur unpassenden Zeit machend, wie Werner Schulz, der PDS-Direktkandidaten zur Bundestagswahl verhindern will, indem die Grünen zur Wahl des SPD-Kandidaten in für die PDS aussichtsreichen Wahlkreisen aufrufen. Schwer moralisch und echt grün-national waren etwa die Motive der bürgerbewegten und Bündnis-Demonstranten gegen den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Anfang Juli, die den »Symbolwert« des Brandenburger Tors verteidigt haben. »Heute so einfach durch dieses Tor gehen zu können, ist für uns ein Symbol für Freiheit und die bürgerlichen Grundrechte. Wenn jetzt ausgerechnet so einer wie Li Peng dort spazieren geführt werden soll, dann rührt das an die Wurzeln der Demokratie«, erklärte Sebastian Pflugbeil in der »Taz«. Ehrenwert, dürften Fischer und Volmer denken, aber politikunfähig, schließlich war der Chinese hier, um allerlei dem Standort Deutschland nützliche Wirtschaftsabkommen zu unterzeichnen.

Die Grünen müssen ihre Reihen bis zu den Bundestagswahlen schließen, um überhaupt mit einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene rechnen zu können. Danach wird Schwarz-Grün ihr unaufhaltbarer nächster Schritt sein, der ihnen Regierungsämter in den Ländern sichern soll. Er wird wie üblich unter dem Stichwort ›Reformen‹ verkauft werden und sei es nur, daß diese dann nicht länger als Verbesserung, sondern als – gemessen am Wirken einer Großen Koalition – etwas geringere Verschlechterung des Bestehenden gelten. Reinhard Bütikofer, grüner Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg, hat in seiner Bewertung der CDU-SPD-Regierung im Ländle eine Kostprobe gegeben: »Wenn ich sehe, was die Große Koalition dann hingekriegt hat, kann ich sagen: Das hätten wir mit der CDU besser gemacht.«

Schwarz-Grüne Bündnisperspektiven profitieren zusätzlich von den real existierenden Erfahrungen mit Rot-Grün. Es ist ja nicht bloß Demagogie, wenn Fritz Kuhn über die rot-grüne Politik in Niedersachsen urteilt, daß bei Schwarz-Grün auch nicht weniger herausgekommen wäre. Rot-Grün ist seit der Neubestimmung des nationalen Projekts Großdeutschland – sowohl bedingt durch die nationalistische Entwicklung der SPD-Politik als auch durch das grüne Streben nach Regierungsbeteiligung um jeden Preis – keine Alternative zum deutschnationalen Trend geworden, sondern ein Konkurrenzprojekt um das gleiche Ziel. Rot-Schwarz-Grün wird immer weniger unterscheidbar. Nicht nur, daß SPD und CDU den »Asylkompromiß« gemeinsam gemacht haben, auch der Nachweis, daß SPD-geführte Landesregierungen sich bei Abschiebungen eher zurückhalten als CDU-geführte, ist nicht zu erbringen. Das bisher weitestgehende Transplantationsgesetz zur Freigabe menschlicher Organe trägt die Unterschrift von Rudolf Scharping und wurde erst von der CDU gestoppt. Der Karlsruher Freibrief für Bundeswehr-Auslandseinsätze hat nicht etwa sozialdemokratische Gegenwehr hervorgerufen, sondern die SPD von einer »Verfassungslücke« befreit, die ihr den regierungsnotwendigen Schritt zum weltweiten Militäreinsatz erschwert hat: Jetzt darf ungehemmt entsendet werden, auch unter einem SPD-Kriegsminister.

Vor lauter Aufregung über die Erfolge der PDS hat man hierzulande vernachlässigt, daß die Grünen weitere Vorleistungen erbracht haben, um ihre Akzeptanz zu erhöhen. Ihre Bosnienkriegstreiberei etwa ist durchaus Schwarz-Grün-fähig. Sie macht die Empörung der Medien über einige Beschlüsse ihres Mannheimer Parteitags Ende Februar vergessen: »Raus aus der Nato«, »Abschaffung der Bundeswehr«, »offene Grenzen«. Man hat es ja gewußt, das war nicht so gemeint. Im neuen Entwurf der zehn grünen »Reformprojekte« – jenen »Richtungsentscheidungen, die den Weg ins dritte Jahrtausend weisen« – ist denn auch nichts mehr von diesen Kindereien zu lesen. Einwanderung, so Ludger Volmer, »kann gestaltet werden«, man müsse sehen, »wie man Angebot und Nachfrage zusammenbringt«. Wo dennoch ein Widerspruch zwischen Wahlprogrammworten und Politiknotwendigkeit bleibt, weiß Volmer seine neue Lieblingsvokabel vom grünen Pragmatismus bei der Verfolgung von Fernzielen einzusetzen.

Noch im März beschimpfte er Joschka Fischer als »Little-Scharping«, jetzt versucht er es selber in dieser Rolle. Kurz nachdem der SPD-Chef eine halbe Stunde auf Clintons Sofa hatte sitzen dürfen, putzten die Grünen die Klinken bei den unteren Chargen des Weißen Hauses und meldeten stolz: Schluß sei nun mit grünem Antiamerikanismus und Antiimperialismus; ob Somalia, Haiti, Konferenz von Rio, neuer Rüstungsexport-Weltrekord der USA – die Partei sei sich da in allem einig. In den Worten einer fahrlässig unaufmerksam behandelten dpa-Meldung vom 22. Juni: »Führende Politiker der Grünen haben bei Gesprächen in Washington weitgehende politische Übereinstimmungen mit der amerikanischen Regierung festgestellt. Das gelte für zentrale Fragen der internationalen Umwelt-, Entwicklungs- und Abrüstungspolitik, berichteten Volmer und Lippelt. ›Es gibt in der Administration von Präsident Clinton nicht die geringste Sorge wegen eines zunehmenden Einflusses der Grünen auf die deutsche Außenpolitik nach der Bundestagswahl‹, so

Volmer. Die Amerikaner stellten sich vielmehr darauf ein, daß Bündnis 90/Grüne eine wachsende politische Kraft in Deutschland seien.«

Man hat ihn förmlich wachsen sehen, den Möchtegern-Außenminister Volmer, der vorläufig vom Posten des Entwicklungshilfeministers träumt. Nur Kohl kann noch verhindern, daß seine allmorgendlichen Übungen vor dem Spiegel – wie bewegt sich ein Staatsmann? – belohnt werden.

Heiner Möller schrieb in KONKRET 5/94 über den linksnationalistischen Kurs der PDS

Konkret 09/94, S. 20

Tigersprung

Karl Kraus
Hüben und Drüben

... da fühlte sich das deutsche Volk hüben und drüben eins. ...

Und wenn die Welt voll Hakenkreuzler wär' – an deren Erschaffung ja der Sozialdemokratie, hüben und drüben, das Hauptverdienst gebührt – : wir müssen uns endlich klar werden, daß es, seitdem sich Menschheit von Politik betrügen läßt, nie ein größeres Mißlingen gegeben hat als das Tun dieser Partei, und daß die Entehrung sämtlicher Ideale, die sie benützt haben, um mit der Bürgerwelt teilen zu können, vollendet ist. Ohne den geringsten Anspruch der Möglichkeit, solche Klarstellung an ein Forum heranzubringen, worin etwas von den beklagenswerten Massen Platz hätte (ohne es zu wünschen, weil ja an den Fristgedanken des Bonzendaseins leider auch der letzte sozialpolitische Bettel geknüpft ist, den das Bürgertum gewährt) – wird es doch nachgerade unabweislich, an eine kleine Schar wohlmeinender und gutgläubiger Jugend eine Frage zu stellen. Sie betrifft nicht solche, die der Zugehörigkeit zu dieser Partei lediglich den Sinn erteilen, einen Rest sozialer Errungenschaft außerhalb ihrer nicht verteidigen oder nicht beanspruchen zu können. Sie betrifft nur solche, die sich darüber hinaus noch immer mit einer seelischen Hoffnung gebunden fühlen. Diese Jugend ist es, der die Frage gilt: ... Erkennt sie nicht doch einmal, daß die politische Jammergestalt, der sie ihr Ideal anvertraut hat, ganz und gar, nein voll und ganz der abgetakelten Welt zugehört, der es widerstrebt? Wie es an jedem Tag zur Phrase entehrt wird von einem Macht- und Würdepopanz, der aus Urväterhausrat politischen Lugs und Trugs die Mittel schöpft, sich durch die Generation zu fristen; dem Disziplin als Schutzvorrichtung dient gegen die Erkenntnis seiner Hinfälligkeit; der den Glauben einem System der Zucht unterworfen hat, mit dem verglichen alle Satzung und Dienstvorschrift, aller Komment der Generalstäbe, Burschenschaften und Bürgerklubs eine Revolution der Geister bedeutet! Sieht sie es nicht, wie diese Obmänner einesMenschheitsvereins im Zwiespalt von Tat und Bekenntnis wohnen, lebend von dem, was sie verleugnen, Heuchler bis zum letzten Hauch! Wie ihre Taktik ganz die ist jener Selbstgerechtigkeit, die als oberste Instanz die deutsche Sache im Weltkrieg vertrat; ganz das beruhigte Gewissen: tue unrecht und scheue niemand; die Haltung der verfolgenden Unschuld; die Fähigkeit, Niederlagen zu erringen, die Wahrheit »umzugruppieren« für beide Berichte, beide Lügen: um hinter der Anklage, oft hinter der Fiktion feindlichen Tuns es selbst zu verüben! Hört sie nicht diesen Tonfall eines Zurechtlegertums für jede Halbschlächtigkeit und jede ganze Lumperei, von keinem andern Fonds bezogen als von der Phraseologie altliberaler Burschenherrlichkeit, ohne doch eine Faser von deren moralischem Inhalt zu bewähren? ...

Alles Talmi, alles Mumpitz wie eh und je. Urväter Unrat, circenses für panem und vor allem für das geistige Brot. Surrogat und ältestes, um der Neugier etwas zu bieten; eingestandener Neid auf andere politische Firmen, die mit so etwas wie einem Ideal arbeiten. Altösterreichische Generale, die ausnahmsweise nicht giftig sind auf solche, die »halt a Urganisation hab'n«, sondern die sie selber haben, aber halt a Romantik braucheten. Das Hakenkreuz hat die der Entmenschtheit, jegliche Art von Gesundbetern hat eine, selbst ein so niedriges Geschäft wie die Psychoanalyse beruht auf etwas Seelischem: dem hysterischen Defekt, der zwar nicht geheilt, aber behandelt werden kann, das Heilgewerbe ermöglicht, Beschäftigung und Unterhalt gewährt; denn jeder Patient kann Arzt sein, jeder Betrogene Betrüger: jeder Geführte Führer; ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode, entspricht als Neuro-Mantik einem Trieb, beschäftigt eine schäbige Phantasie und nährt seinen Mann. Bei der Sozialdemokratie frommt's nur der herrschenden Klasse (der Bourgeoisie innerhalb und außerhalb der Partei); und den Geführten wird, im Leerlauf der Organisation, vor der ewigen Taktikerfrage: »Also was tan mr jetzt?« – bald die Antwort einfallen: »jetzt tan uns die Füß' weh«. Denn viele, nicht alle können, ganz wie im Bürgerstaat, Beamte sein; die andern haben nur den Glauben, aber keine Hoffnung auf einen Fortschritt, der sich von der katholischen Springprozession, wo es drei Schritt vorwärts und zwei zurück geht, dadurch unterscheidet, daß es zwei vorwärts geht und drei zurück – eine Strapaz', die schier unbegreiflich wäre, wenn sie nicht doch die Chance böte, einmal am Ausgangspunkt angelangt zu sein. ...

Gleichwohl: der Zeitvertreib, den die Sozialdemokratie ihren Anhängern, bis zum Ziel, bis zum Ende garantiert, ist der tödlichste ihrer Rückschläge; solches wieder nach deutschem Kriegsmuster: Taktik der Zermürbung unser selbst! Die geistige Welt des Kommunismus – in einem kürzeren Moratorium, vor dessen Ablauf das Machtmittel den Zweck verzehren könnte – sie organisiert sich doch aus dem Gedanken jener letzten Hoffnung, die die Verzweiflung bildet, und der Mut seiner Bekenner, der volle Einsatz auf einer Barrikade, die die Sozialdemokratie vor der Stirn hat, verbindet ihn wie mit dem Tod auch mit dem Leben. So widermenschlich alles Parteiische sein mag, an jeglichem hat die Natur, noch mit Blut oder Schlamm, ihren Anteil. In welcher Fabrik der Atem hergestellt wird, der die Sozialdemokratie am Leben erhält, ist ihr Parteigeheimnis. Sie ist die lebendig gewordene Langeweile, der organisierte Aufschub, unterbrochen von Inseraten der Bourgeoisie und den, meinem Sprachschatz entnommenen Witzen über dieselbe. Ich verleugne mein Blut! Nicht fremder Spott, mit dem sie ihrer selbst spottet, nicht die Zutat der optimistischen Phrase, nicht Kampf noch Hoffnung ziemt

Lemuren, die ihr eigenes Grab schaufeln. Sie ist in keinem Geist zu Hause – sie geht uns nichts mehr an! Sie wirkt fort als die staatlich konzessionierte Anstalt für Verbrauch revolutionärer Energien: seit sie aus dem Weltbrand hervorging als der Treuhänder bürgerlicher Zuversicht, daß »alles gerettet« ist bis auf zwölf Millionen und ein großer Aufwand schmählich vertan. Nichts wöge der verlorne Krieg, hätte die Sozialdemokratie nicht den Frieden verloren! Sie hat ihr Verdienst überlebt – ihre Schuld wird sie überleben. Denn sie ist schuldig, daß alles, was wert war, daß es zugrundegeht, fortbesteht und in Phönixfarben prangt. Schuld ist sie an einem Umsturz, der so beschaffen war, daß ihn die Schieber mit der Formel quittierten: »geht in Ordnung«. Schuld ist sie – und der die »Letzten Tage der Menschheit« schrieb, sagt es – , daß gegenüber einer Demokratie, die jeglichen Aussatz der Vorkriegswelt zu tropischem Gedeihen fördert, das Leben in der Staatsform, die den Fluch entfesselt hat, rehabilitiert erscheint; daß uns ein kulturelles Heimweh ergreift nach dem verjährten Übel, und daß die politische Freiheit, vergewaltigt und verhöhnt von ihren Lippenbekennern, aufgehört hat, ein geistiges Problem zu sein! Alles ist geblieben, wie es war, alles ist schlechter geworden, als es war, doch so identisch links und rechts, daß es der Sozialdemokratie gewährt ist, durch den geringern Grad an bürgerlicher Korruption aufzufallen! Aber der höhere an bürgerlicher Heuchelei ist beträchtlicher. ...

Die Fähigkeit zu allem, was dem andern verübelt wird, und die unanfechtbare Selbstverständlichkeit einer doppelten moralischen Buchhaltung – solcher Wesenszug könnte vielleicht die sonderbarste Erscheinung erklären helfen, die das klinische Bild dieses Staatslebens aufweist: des deutschnationalen Hangs unserer Sozialdemokratie, ihrer Zuneigung zu jenem folkloristisch interessanten Typus, der weder im Weltkrieg noch später die Welt dahinbringen konnte, an seinem Wesen zu genesen. Rassenmäßig besteht keine Verbindung. ...

Es gibt – und dies ist leider Gottes die stärkste aller Gegebenheiten, die wir herbeigeführt haben – es gibt Nationalsozialisten: da bleibt uns nichts übrig, als Sozialnationalisten zu werden, und uns zu gebärden, als wären wir die echten. ... Marx nimmt Turnunterricht bei Vater Jahn, eine Spezialität, wie sie die Kulturgeschichte bisher kaum aufzuweisen hatte. Und nicht zu sagen, wieviel Elan unsere Taktiker entwickeln! So nüchtern sie im Sozialen Wellenberge als die Vorläufer von Wellentälern und vice versa abzuschätzen wissen, im Nationalen schwelgen sie, können nachempfinden, was in den Gemütern einer Trautenauer Stammtischrunde vor sich geht, und haben jedenfalls schon den Anschluß an die Sudeten vollzogen. ...

Können aber die Kopfjäger, die seit dem Irrsinn des Weltkriegs auf die Reste von Menschheit losgelassen sind und es Politik nennen – können sie uns denn nicht umbringen, ohne uns vorher blöd zu machen? Soll es uns nicht mehr gewährt sein, die Unvereinbarkeit von Nationalismus und Menschenwürde zu erkennen? ...

Es ist die erbärmlichste aller Verlogenheiten, die das parteijournalistische Lager vorrätig hat, wenn Intelligenzler, deren einziger Vorzug bisher darin bestand, vaterlandslose Gesellen zu sein, bei dem Klang des Namens »Deutschland« zu bibbern beginnen, Verengung des Wamses durch Herzerweiterung vortäuschen und Gefühlstöne, die bodenständigen Höhlenbewohnern ziemen, mit Auskennerschaft praktizieren. Gewiß wäre eine Geistesbildung, die zur politischen Praxis als solcher taugt, im Grunde keiner Enttäuschung wert, aber daß Leute, die immerhin ein paar nationalökonomische Bücher gelesen und vielleicht sogar Marx verstanden haben, sich auf ein Gedankenleben reduzieren können, das in der Inschrift eines Bierkrügels, eines Gablonzer Wandtellers, einer Schlummerrolle Platz hat; daß Sozialisten rot werden wie erhitzte Kegelbrüder ob der »Nichtswürdigkeit« einer Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre, während doch der einzige Sinn jeglichen Fortschritts, der einzige wahre Gewinn des Weltkriegs in der Ausrottung dieses unseligsten aller Ehrbegriffe gelegen sein müßte – das wäre tragisch, wenn es wahr wäre, es ist aber nur zum Speien, weil es gelogen ist! ...

Nichts freilich, was immer die Sozialdemokratie mit mir vor hat, könnte sie, solange mir die Greuel des gesellschaftlichen Daseins noch Anreiz gewähren, davor schützen, von mir beachtet zu werden! Nichts mich verhindern, gegen sie wie gegen eine lästige Regierung, die kein Mißlingen vom Ruder bringt, zu Haß und Verachtung aufzureizen ... Was aber die betrifft, über die sie selbst Macht hat, diejenigen, denen ich zum Anschluß an sie verholfen habe, so gehöre ich keineswegs zu der Sorte, die, stolz auf eine Dummheit, sie zum zweiten Male machen würde, und halte für eine solche auch die Bejahung des Hoffens, gegen die Übel einer Partei, die aus nichts anderm mehr besteht als Übeln, innerhalb ihrer wirken zu können. Trage ich Schuld noch an solcher Betörung Gläubiger, so bin ich ihrer ledig, wenn ich ihnen gesagt habe, daß der Glaube nur durch die Abkehr von einer Kirche zu retten ist, die die Priester entweiht haben. Wie sich die Treue zu diesen fortan mit der zu mir verbinden könnte, wäre ein Problem, das mir so lange Unbehagen schafft, als nicht da oder dort die Lösung erfolgt. Nie würde es mir in den Sinn kommen, den reinlichen Austritt aus meiner schwachen Organisation, die nichts zu bieten hat als etwas geistige Nahrung und keine soziale oder gar nationale Hoffnung, mit dem Wunsch zu belohnen, die, die ihn vollziehen, möge der Teufel holen – einer von denen, deren die Welt nun voll ist und an deren Erschaffung der Sozialdemokratie das Hauptverdienst gebührt. Drüben und hüben!

(aus: Karl Kraus: »Hüben und Drüben«, in: »Die Fackel«, Nr. 876884, Mitte Oktober 1932,S. 1-31)

Konkret 09/94, S. 22

Jürgen Trittin

Buch des Monats: Nation Europa

Wolfgang Schäuble: »Und der Zukunft zugewandt«. Siedler Verlag, Berlin 1994, 256 S., 39.80 Mark

Nein, einen »Deutschnationalen« läßt sich Wolfgang Schäuble nicht nennen (»Taz«, 15.10.93). Aber daß ihn mal jemand wegen seiner leisen Tonart als liberal verdächtigt hat, amüsiert ihn – wahrscheinlich ebenso wie die Mutmaßungen, ob er sich vom »Pragmatiker zum Chefideologen« (ebd.) gewandelt habe oder nur jemand sei, der sich in »viele Schichten hüllt«, ein »Opfergänger oder Kronprinz«, »vor allem aber Taktiker« (»FR«, 2.8.94).

Wolfgang Schäuble beherrscht seinen Beruf als Politiker exzellent. *Die Politik besteht heute überwiegend darin, Diskussionsprozesse in Gang zu setzen. Der Diskurs ist zu einem wichtigen Führungselement in der Politik geworden.** Der Diskurs um Schäuble ist also Teil seiner Politik. Doch anders als in Talkshows ist Schäubles Diskurs kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung seiner strategisch – und eben nicht taktisch – definierten Ziele.

Biedermann in der Gartenlaube

Schäubles Diskurs gibt sich gerne biedermännisch bis zur Plattheit. Er wirkt aber gerade dadurch, daß die zentralen Aussagen als einfache Wahrheiten auf den Punkt gebracht werden. Der zum klügsten Kopf der CDU stilisierte Fraktionsvorsitzende scheut sich nicht, sein Buch mit dem Kalauer zu eröffnen: *Jedermann weiß, daß es nicht gut ist, von der Hand in den Mund zu leben.* Wer wollte da widersprechen? In seinem der Zukunft zugewandten Werk geht es anschließend seitenweise zu wie abends an der Hotelbar, wenn sich das mittlere Management der Republik auf Dienstreise, eingehüllt in Wolken von Rasierwasser und Pils, über den Zustand der Republik auslallt: Als Hausbesitzer sei es *kaum noch möglich ... durch eine Räumungsklage* sein Recht zu bekommen. Es sei *wahnsinnig kompliziert und teuer ..., jemanden zu entlassen*. BAföG-Studierende seien Nassauer, die *das Recht auf Bildung ... mehr und mehr als eine Art Versorgungsanspruch, als ein Dauerrecht auf staatliche Subvention* verstünden.

Wir brauchen Eliten, und wenn wir uns mehr Freiräume wünschen, mehr Eigeninitiative, mehr Leistungsbereitschaft, dann brauchen wir wahrscheinlich auch größere Anreize. Arbeitslosigkeit ist *absurd*, *wenn Menschen nicht mehr in privaten Haushalten beschäftigt ... sind*. *Arbeit gibt es in Hülle und Fülle.* Jeder wisse das von zu Hause: *Ich selber hätte genügend Arbeit, die ich in Haus und Garten gern getan sähe – nur ich kann sie nicht bezahlen.* Und damit der Garten des Wolfgang Schäuble wieder in Schuß kommt, *(brauchen) wir dringend eine Senkung der Arbeitskosten sowie der Flexibilisierung der Arbeitzeiten*.

Daß Schäuble gerade mit letzterem in eine schwierige Konfliktlage mit einer *großen Leistung der Regierung Helmut Kohl nach dem Regierungswechsel 1982* – der *oft belächelten geistig moralischen Wende* – gerät, *indem wir die Gemeinschaft, die Familie ... wieder gestärkt und zu positiven Begriffen gemacht haben*, und damit *die Familie, das Fundament von Staat und Gesellschaft* untergräbt, würden an solcher Stelle nur sauertöpfische HBV-Funktionärinnen anmerken. Schäubles Gartenlaubendiskurs stören solche Ungereimtheiten nur wenig, denn *die weit verbreitete Zukunftsangst ... resultiert* eben nicht aus der wachsenden Polarisierung und Individualisierung von Lebenslagen, sondern *aus dem ... Verkümmern von Transzendenz*.

Nation als Schutzgemeinschaft

Daß Schäuble sich dagegen verwahrt, deutschnational genannt zu werden, heißt nicht, daß er kein Verhältnis zur Nation hat – und schon gar nicht, daß er kein Nationalist wäre. Für ihn ist die Nation die Sinnstiftung menschlicher Gesellschaft schlechthin, sie steht aber in keinem Widerspruch *zur Vertiefung und Beschleunigung der Europäischen Einigung* und der Westeinbindung. *Nation, Europa, Westeinbindung – Die Staatsraison des vereinten Deutschland*.

Das vereinte Deutschland muß zur Raison gebracht werden, weil es seine Identität verloren hat. *Es stimmt, daß es eine der vordringlichen Aufgaben jetzt ist, an den Gedanken der Nation als Schutzgemeinschaft zu erinnern, daß es gewissermaßen erforderlich ist, diese Idee wiederzuentdecken.* Deutschlands Sonderrolle soll durch eine Rückbesinnung auf den Nationalismus überwunden werden. *Was also ist das Besondere, das Andere in Deutschland? ... Die Antwort liegt auf der Hand: Im Gegensatz zu unseren Verbündeten fehlt Deutschen heute weitgehend das Verständnis dafür, daß Nation eben auch Schutzgemeinschaft nach außen bedeutet.*

Nun ist das, wovor die Schutzgemeinschaft schützen soll, mit der Auflösung des Ostblocks in eine dramatische Sinnkrise geraten. *Mit dem Verlust des Feindes, ... müssen die offenen Gesellschaften sich auf sich selbst besinnen und können sich nicht länger negativ durch Abgrenzung vom Gegner definieren.* Daß sich der Kapitalismus weltweit seit dem Zusammenbruch des *realsozialistischen Blocks* aus sich selbst heraus legitimieren muß und Herrschaft sich nicht mehr so simpel durch Feindschaft begründen läßt, ist ein Befund, den Schäuble mit seinen Kritikern auf der linken Seite teilt.

Logisch verweist er darauf, daß die Legitimationskrise des vereinten Deutschlands zwar aus einer veränderten außenpolitischen Situation resultiere, ihre Ursache jedoch im Innern der Gesellschaft habe.

Deutschland fehle ein *regelungsfreie(r) Minimalkonsens über Werte, der allseits als unantastbar geachtet wird*. Dieser Grundkonsens ist kein unbedingt rationaler: *Die emotionalen Bindekräfte sind immer wieder entscheidend für den inneren Zusammenhalt freiheitlicher Gesellschaften ... Die Identifizierungs- und Akzeptanzgrundlage für den Staat aber ist die Nation.*

Daß der Bezug auf die Mystik der Nation vor dem Hintergrund deutscher Geschichte vielfach ganz andere Emotionen auslöst, weiß auch Schäuble. Für ihn ist der Historikerstreit *kein akademischer, sondern ein politischer und moralischer*. An Nolte und seinen Anhängern stört ihn offenkundig weniger die Entsorgung der deutschen Geschichte als ihre akademische und damit wenig effektive Art. Schäuble zitiert lieber Alfred Grosser, der sich 1987 gegen die Tabuisierung der Bevölkerungspolitik wegen ihres *machtpolitischen Mißbrauchs des Dritten Reiches* wandte, oder Klaus Bittermann: *›Mit den Verbrechen der Nazis läßt sich jedoch keine besondere Verantwortung begründen‹*. Aber eine besondere Last ist diese Geschichte für Schäuble schon: Die *Art der formelhaften Tabuisierung von Geschichte, die man als deutsche Variante der ›political correctness‹ bezeichnen könnte, trägt ihr Scherflein dazu bei, uns politisch unbeweglich zu machen.*

Um die politische Beweglichkeit wieder zu gewinnen, gilt es, Lehren aus der Geschichte zu ziehen – allerdings die richtigen. Die bestehen zunächst nicht darin, daß die Deutschen Verbrechen begangen hätten, sondern, daß sie diese im Alleingang verübten: *Immer dann, wenn Deutschland einen Sonderweg beschritten hat und sich aus dem mainstream der zivilisierten Welt verabschiedete, brachte es Unheil über sich, seine Nachbarn und, mit Hitler, über die ganze Welt.* Wenn Schäuble also in der »FAZ« vom 6.7.94 der neuen Rechten vorhält, ihr *großes Mißverständnis* bestünde darin, daß sie *Gemeinschaft nur national und nicht auch (!) europäisch buchstabieren will*, dann beruht dies auf der Ablehnung eines Sonderweges Deutschlands innerhalb der sogenannten *westlichen Wertegemeinschaft*.

Ohne Sonderwege in den Krieg

Schäubles Ziel ist die Etablierung einer normalisierten Großmacht Deutschland – ökonomisch, politisch und militärisch. Dabei hat er es nicht nötig, sich hinter Humanitätsgedusel zu verstecken. Er begrüßt das Verfassungsgerichtsurteil zu den Kampfeinsätzen der Bundeswehr, weil »die Entscheidung über das Ob, Wo und Wie ... nun nach politischen Kriterien fallen kann. Sie muß auch für jeden Einzelfall neu getroffen werden, denn es ist nicht unser Interesse, möglichst viele Soldaten der Bundeswehr an möglichst zahlreichen Krisenherden der Welt einzusetzen« (Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 29.7.94).

Wer das für eine Selbstbeschränkung hält, sollte genauer hingucken. Im *weltweiten Maßstab* soll sich die Bundeswehr *vorrangig auf die Beteiligung bei präventiven (!) Aufgaben der Vereinten Nationen konzentrieren*. Und diese präventiven Aufgaben finden sich nicht beim Brunnen-Bau in Belet-Huen, beim Sanitätsdienst im kambodschanischen Dschungel oder bei der Rettung Sarajevos. Schäuble geht es darum, vorausschauend die zentralen Interessen der westlichen Industrienationen abzusichern: *Die polemischen Transparente in unseren Straßen mit der Aufschrift ›kein Blut für Öl‹ hatten diesen Teil des Problems durchaus erfaßt ... Rohstoffe und Energie sind angesichts weltweiter Arbeitsteilung und Verflechtung eine Versuchung für Aggressoren, um mit der Frage ihrer Verfügbarkeit imperialistische Ziele durchzusetzen. Deshalb kommt ihr nicht nur eine erstrangige Bedeutung für den Wohlstand der Industrie- und Entwicklungsländer zu, sondern letztlich auch für die Stabilität internationaler Beziehungen ... Auch das ist Teil der integrierten Friedenssicherung durch die Völkergemeinschaft.*

Die Bundesrepublik in die Lage zu versetzen, sich an Allianzen nach dem Modell des Golfkrieges zu beteiligen, ist Schäubles erklärtes Ziel. Daß dabei die sich herausbildende neue Weltordnung ihre eigenen Gefahren und Konflikte birgt, weiß er nur zu genau: Wanderungs- und Fluchtbewegungen sind *längst zu einer enormen Belastung geworden. ... Eine gemeinsame Politik der Einwanderung und Einwanderungsbegrenzung steht glücklicherweise auf der Brüsseler Tagesordnung.* Daß dazu auch der Einsatz der Bundeswehr an der Ostgrenze gehört, wie er es zu Weihnachten 1993 verkündete, ist ebenso logisch wie konsequent.

Die brutale Offenheit des Schäubleschen Diskurses macht offensichtlich einen Teil seines Faszinosums in sozialliberalen und grünalternativen Kreisen aus. Dort mag man nicht glauben, daß Schäuble ein Nationalist ist, der daran geht, zur Durchsetzung nationaler Interessen in wohlbedachter Arbeitsteilung mit anderen Großmächten Krieg zu einem Mittel deutscher Politik zu machen. Und weil das Offenkundige nicht wahr sein kann, da es nicht wahr sein darf, rätselt man an Schäuble herum. Dabei ist Kohls Kronprinz nackt.

Wer das nicht glauben mag, werfe einen Blick zurück. Zur Asyldebatte merkt Schäuble an: *Man kann die Menschen mit dem ständigen Appell an Menschheitsideale überfordern. ... Ängste und Sorgen der Menschen – vor Überfremdung etwa – mag man rational für noch so abwegig und kleinkariert halten; ignorieren, übergehen, verspotten darf man sie jedenfalls nicht – es sei denn um den Preis der Politikverdrossenheit.* Das kann man ihm nicht vorwerfen. Statt Vorurteile zu

ignorieren, hat die CDU sie bestärkt, statt Fremdenfeindlicheit zu übergehen, wurde sie geschürt, statt den Rassismus zu verspotten, wurde gegen seine Kritiker gehetzt. Das Ergebnis des Asyldiskurses war nicht Politikverdrossenheit, sondern ein Hoffähigmachen rassistischer und faschistischer Kräfte – von Rostock bis Solingen, von Lübeck bis Buchenwald. Manche Diskurse gehen über Leichen.

*Alle kursiven Passagen sind Zitate aus Schäubles Buch

In KONKRET 6/94 erschien ein Gespräch mit Jürgen Trittin über den »Rechtsrutsch« der deutschen Gesellschaft

Konkret 09/94, S. 24

Wolfgang Schneider

Geruchsprobe

Unter deutschen Neonazis hat die PDS mittlerweile einen guten Ruf. Aus nachvollziehbaren Gründen

Was halten deutsche Neofaschisten von der PDS? Wie stehen sie zur innerlinken Auseinandersetzung um die politische Ausrichtung der Partei? Unter der Überschrift »›KONKRET‹ gegen ›Neues Deutschland‹ – Nations-Begriff spaltet Linke« hat die Nazi-Postille »Junge Freiheit« in ihrer Ausgabe 33/94 ausführlich Position bezogen. »Ungewöhnliches« für den »erstaunten Zeitgenossen« kündigt sie an, dann zitiert sie mit offensichtlichem Wohlgefallen aus der Einsiedel-»Denkschrift« der PDS-Führung (s. dazu KONKRET 5 + 7/94) und meint zur Kontroverse, die dieser Text ausgelöst hat: »Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die antinationalistische westdeutsche Linke das so nicht stehenlassen konnte. Diese Diskussion ist Teil einer politischen Kampagne, die bereits seit Monaten zwischen den Antinationalisten der Gremliza-Presse und der PDS entbrannt ist. ... Es geht darum, ob eine deutsche Linke zunächst überhaupt national denken dürfe oder gar müsse.« Weil die PDS diese Frage bejaht, wird sie von der »JF« gelobt: »Daß ein ruhiger und unaufgeregter Patriotismus ... der konstruktivste Beitrag ist, den Deutschland in ein zukünftiges Europa einbringen kann, hat mit einiger Verspätung sogar die PDS gemerkt.«

Freut sich die »JF« über die korrekte Gesinnung der PDS-Führung, so begrüßt die »Berlin-Brandenburger Zeitung« die Wahlerfolge der PDS in der Ex-DDR. Das »Mitteilungsblatt der Nationalen e.V.«, eines Vereins, der sich aus Aktivisten der NPD, der Jungen Nationaldemokraten, der Deutschen Liga für Volk und Heimat, der FAP und Ex-Reps zusammensetzt und Kontakte zu Mitgliedern der mittlerweile verbotenen Nationalistischen Front unterhält, sieht mit den Erfolgen der PDS auch die eigenen Möglichkeiten wachsen: »Die Zustimmung für die linksnationalen Lokalmatadore (der PDS, W.S.) könnte ein idealer Nährboden für die Ideen der neuen Rechten sein. Griffe in die antikommunistische Mottenkiste sind daher unangebracht und strategische Armutszeugnisse.« Vielmehr müsse an die in den Wahlerfolgen der PDS zum Ausdruck kommende »Unbotmäßigkeit vieler Mitteldeutscher« gegenüber dem »BRD-Establishment« und den »Bonner Kartellparteien« angeknüpft werden, rät das Nazi-Blatt seiner Gefolgschaft und gibt sich optimistisch: Es »formiert sich in Mitteldeutschland der Widerstand gegen Liberalkapitalismus, westliche Dekadenz, liberale Egoistengesellschaft, Verausländerung und kollektive Umerziehung zu einer willenlosen Horde von Konsumidioten«.

So falsch es ist, vom pessimistischen Bild, das Rechte vom Zustand der Gesellschaft zeichnen, auf etwaige Erfolge der Linken zu schließen (glaubt man den Konservativen, hat spätestens vor 25 Jahren in der BRD der Sozialismus gesiegt), so falsch wäre es, der Witterung zu mißtrauen, die Rechte für das ihnen Verwandte haben. Daß sie ihresgleichen gewöhnlich riechen können, zeigt sich nun auch im Fall der PDS, die von den Nazis ja nicht allein wegen des dumpfen Ressentiments eines Großteils ihrer Wählerschaft, sondern auch wegen der penetranten nationalistischen Duftmarken geschätzt wird, die ihre Funktionäre und Theoretiker in den letzten Monaten gesetzt haben und die notgedrungen auch KONKRET hat beriechen müssen – und weiter beriechen wird.

Wie etwa den enormen Haufen, den kürzlich Ronald Lötzsch der PDS-nahen Zeitschrift »Utopie kreativ« in ihre »Diskussion sozialistischer Alternativen« (so der irreführende Untertitel des Blattes) gedrückt hat. Lötzsch, Leiter des Instituts für Sorabistik der Universität Leipzig und »ND«-Autor, gehört zu den eifrigsten Verfechtern einer Rehabilitierung »des Nationalen« von links und ist in PDS-Kreisen ein geschätzter Referent. Auf einer Tagung, die die PDS-Landesstiftungen »Verein für politische Bildung ›Rosa Luxemburg‹ e.V.« und »Helle Panke e.V.« sowie das »Gesellschaftswissenschaftliche Forum e.V.« im Mai letzten Jahres durchgeführt haben, hat er »Zehn Thesen zur nationalen Frage« formuliert. Eine überarbeitete Fassung dieses Textes hat er sechs Monate später auf einer gemeinsamen Veranstaltung »zum Minderheitenschutz« der »Deutschen Gesellschaft e.V.« und der »Domowina e.V.« in Bautzen vorgetragen. Der erste Text ist in einer Broschüre nachzulesen, die »Helle Panke« + Co. im Februar dieses Jahres unter dem Titel »Die Sache mit der Nation« veröffentlichten; seine aktualisierte Fassung hat nun »Utopie kreativ« (Nr. 45/46) gedruckt. Beide haben es in sich.

Lötzsch beginnt das »Nachdenken über ein für Linke schwieriges Thema«, um es zu vereinfachen, beim »Homo sapiens«, dem »alle heute existierenden menschlichen Populationen und Rassen angehören«. Er erklärt »Fremdenfurcht und Fremdenhaß« für »so alt wie die Menschheit«, die immer schon »das eigene Stammesgebiet gegen jedwede Eindringlinge« hartnäckig verteidigt habe. Er schwärmt von der »Spezifik ethnischer Bindungen, die letztlich auf der gesamten, Hunderttausende von Jahren umfassenden Menschheitsgeschichte basieren« und »die auch noch so krasse Klassengegensätze nicht völlig aufzuheben vermögen«. Er ist begeistert von der »ungeheuren ethnischen Vielfalt mit möglicherweise Zehntausenden von Stämmen«, die es weltweit gebe, und fordert die Linke auf, deren »zähen Kampf um die eigene Sprache, die eigene Kultur, um nationale Eigenständigkeit« zu unterstützen. Besonders im eigenen Land, in dem die Linke, wie Lötzsch ganz unnötig klagt, »sogar zur bewußten Mißachtung der eigenen nationalen Interessen« neige. Gegen den »nationalen Nihilismus«, der, wie Lötzsch meint, »langfristig politischen Selbstmord bedeutet«, setzt er »ein explizites Bekenntnis zum Deutschtum« und die »Anerkennung des Rechts jedes Volkes, auch der kleinsten nationalen

Minderheit, auf Selbstbestimmung«. Das Scheitern der DDR sieht er in der Ignoranz der politischen Führung gegenüber den »nationalen Sehnsüchten« der Ostdeutschen begründet, die es schließlich nicht mehr hätten aushalten können, »vom größeren Teil der Nation« getrennt zu leben, und denen Kohls »Allianz für Deutschland« daher ein gleichsam organisches Anliegen, eben eine Sache des Herzens (und keine des Portemonnaies) war. Generell gilt Lötzsch die Befriedigung nationaler Bedürfnisse als gewissermaßen vorpolitische Bedingung jeglichen politischen Wirkens: »Solange Angehörige bestimmter Gemeinschaften begründete Ursache haben, sich in ihren nationalen Interessen und Gefühlen als beeinträchtigt zu sehen, braucht man ihnen mit anderen Problemen nicht zu kommen.«

Wie etwa den Völkern des Balkans, die gegenwärtig erfolgreich »aufbegehren gegen nationale Unterdrückung«. An der Seite von Reißmüller und Rathfelder steht Lötzsch im jugoslawischen Bürgerkrieg stramm gegen die »jahrelang ideologisch und militärisch sozusagen generalstabsmäßig vorbereitete Aggression zu jedem Verbrechen bereiter serbischer Großmachtchauvinisten« und beklagt die Tatenlosigkeit der »sog. ›Weltgemeinschaft‹« angesichts des »serbischen Vernichtungsfeldzuges gegen die bosnischen Muslime«. Am liebsten aber sind ihm die Slowenen, »denen nach einem über siebzigjährigen Irrweg als Bestandteil Jugoslawiens nun auch die Gründung eines eigenen Staates vergönnt war«. Ihr Staat nämlich ist ethnisch nahezu sauber. Staaten dagegen, die auf ihrem Territorium lebende »autochthone Minderheiten« qua Staatsangehörigkeit unter der Fahne halten müssen, bilden Lötzsch zufolge »keine echten nationalen Gemeinschaften«. Auch Deutschland nicht, wo »in historisch kürzester Frist (...) die Ossis zur größten nationalen Minderheit ... geworden (sind) – vor Türken, Kurden, Sorben, Dänen und Friesen«.

Die linke Zeitschrift »Utopie kreativ« hat in ihrem Editorial den Abdruck dieses völkischen Drecks mit dem trotzigen Hinweis gerechtfertigt, nun ihrerseits »eine Debatte ... über das Problem des Nationalen« führen zu wollen, da dieses – na? genau: – nicht »den Konservativen« überlassen bleiben dürfe. Sie hat in diesem Zusammenhang denen, »die sofort mit dem Popanz des Faschismus winken, sobald ein ernsthaftes Nachdenken über dieses Problem auch nur erwogen wird«, »Manieriertheit« vorgeworfen. Manieriertheit? Aber ich mag wg. Lötzsch gar nicht winken, nicht mal mit einem Popanz, ich möchte den Professor für sorabistische Sprachwissenschaft nur noch einmal zitieren, jenen einzigen Passus nämlich, von dem ich mir wünsche, daß das darin enthaltene Programm verwirklicht werden möge: »Trotz aller negativen Erfahrungen mit der sog. Wiedervereinigung würden sich wahrscheinlich nicht einmal die Ostdeutschen, gelänge es ihnen, sich das Recht auf Selbstbestimmung zu erkämpfen, wieder von der Bundesrepublik trennen, sondern sich mit territorialer Autonomie begnügen.«

Schade.

Wolfgang Schneider schrieb in KONKRET 8/94 u.a. über den totalen Konsens in der deutschen Bosnien-Berichterstattung

Konkret 09/94, S. 25

Boris Gröndahl

Total normal

Gysis bunte Truppe« nennt die Partei des Demokratischen Sozialismus das Ergebnis ihres Konzeptes, mit offenen »linken Listen« zur Bundestagswahl anzutreten. In der Zone stützt sich die PDS auf Prominente wie den Schriftsteller Stefan Heym oder Modrows Wirtschaftsministerin Christa Luft. Im Westen kann sie nur einen Promi im engeren Sinne aufweisen: den Schriftsteller Gerhard Zwerenz, der die hessische Landesliste anführt. Im übrigen hält ihr im Westen eine bemerkenswerte bunte Mischung aus DKPlern, Vertreterinnen anderer kommunistischer Gruppen und Aktivisten neuer sozialer Bewegungen die Stange.

So kandidiert zum Beispiel Franz Christoph, Sprecher der Krüppelinitiative und verdienter Bundespräsidentenangreifer, auf Platz 1 der Landesliste Rheinland-Pfalz. Spitzenkandidat in Baden-Württemberg ist der KONKRET-Autor Winni Wolf, von 1971 bis 1982 Trotzkist, heute Verkehrsexperte und führender Kopf der Vereinigten Sozialistischen Partei. KONKRET-Autor Georg Fülberth, der sich einst, als sich die DKP zerstritt, zwischen alle von den Fraktionen bereitgestellten Stühle setzte, nimmt nun Platz als Direktkandidat der PDS in Marburg.

Aus Nordrhein-Westfalen will Dieter Kelp, als »Pfarrer von Rheinhausen« kampferprobt an der Seite der Arbeiterklasse, in den Bundestag einziehen (Platz 3), in Berlin kandidiert der Landesvorsitzende der Gewerkschaft HBV, Manfred Müller, für die Zonenpartei. Feministinnen wie die Spitzenkandidatin Gudrun Aßmann konnte die Hamburger PDS ebenso für sich gewinnen wie die im antinationalistischen Kampf aktive Studentin Stephanie Schrader.

Die Kandidaten sind keine Einzeltäterinnen. Die posttrotzkistische VSP hat den Wahlaufruf zugunsten der PDS offiziell beschlossen, andere mehr oder weniger kleine Gruppierungen haben sich offiziell (Bund Westdeutscher Kommunisten) oder inoffiziell (Kommunistischer Bund) in die PDS aufgelöst, in der sie nun als Strömung (BWK) oder durch die Besetzung wichtiger Funktionen (KB) mitwirken. Nicht nur unter den Zonen-Autonomen wächst die Zustimmung für die PDS.

Wer in den 70ern die Sozis und in den 80ern die Grünen verpaßt hat, weiß, daß dies die letzte Chance ist. Parteigrenzen, die früher unüberwindlich schienen, Erbstreitigkeiten, einst hartnäckig ausgefochten von Trotzkisten, Maoistinnen, moskautreuen Kommunisten, linken Sozis, Gewerkschafterinnen, Feministinnen, linken Grünen und was linksaußen in der alten BRD sonst noch zählte – alles scheint vergessen. Allein die westdeutschen PDS-Kandidaten hätten noch vor wenigen Jahren nicht lange friedlich an einem Tisch sitzen können: Bald hätte sich die eine über die moskaufreundlichen DKPler erregt, die sie antikommunistisch genannt hätten; während der dritte dauernd mit der Ökologie gekommen wäre, wären für die vierte die patriarchalen Strukturen unerträglich gewesen und für den fünften die Behindertenfeindlichkeit aller übrigen.

Und mit den Zonis sind die möglichen Streitpunkte ja nicht weniger geworden. Wird etwa die bekennende Antinationalistin Stephanie Schrader am 16. Oktober auf den Wahlsieg anstoßen mit ihrem Ehrenvorsitzenden Hans Modrow, der als letzter kommunistischer Ministerpräsident der DDR 1990 einen eigenen, besseren Wiedervereinigungsplan unter dem Titel »Deutschland, einig Vaterland« vorlegte?

Vermutlich wird sie das. Die Perspektive, endlich unter dem Banner einer veritablen sozialistischen Partei ins Parlament ziehen zu können, mobilisiert selbst unter den basisdemokratischen Genossinnen eiserne Disziplin. Flügelkämpfe irgendwelcher Art sind nicht zu beobachten.

Der Einzug der PDS in den Bundestag bedeute ein Stück westeuropäische Normalität: So reden sich ihre »Traveller fellows« (A. Brie) immer wieder die Realität schön. Leider ist nichts an der PDS normal, und leider haben ihre Wahlergebnisse nichts mit einem gewachsenen sozialistischen Massenbewußtsein in Deutschland zu tun. Selbst Everybody's darling Gregor Gysi wird es nicht schaffen, 40 Jahre Antikommunismus im Westen ungeschehen zu machen, und auch die linksradikalsten Sprüche auf Versammlungen in Westdeutschland können daran nichts ändern, daß die Partei die ganz große Masse ihrer Stimmen von den unsympathischsten Leuten wegen ihrer unsympathischsten Seite bekommt: Zum Beispiel von den Wählern des Hoyerswerdaer PDS-Bürgermeisters Horst-Dieter Brähmig, der seinen Schäfchen im »Spiegel« versicherte, daß sein unausgesprochenes Wahlversprechen eingelöst wird: »Nein, die Bürger sind hier noch nicht reif, Ausländer zu integrieren.«

Konkret 09/94, S. 26

Chris Toffel

Betriebsprüfung

Am 5. Juli hat die drittletzte überregionale Zeitung in der Ex-DDR ihr Erscheinen eingestellt. Nach dem Ende der »Neuen Zeit« bleiben nur noch »Neues Deutschland« und »junge Welt« im Angebot. Sie stehen mit ihren insgesamt etwa 100.000 verkauften Exemplaren in Konkurrenz zu den knapp vier Millionen der regionalen Presse. »Nicht nur, daß Medien mit steigender Qualität im jeweils anderen Teil der Republik weniger angenommen werden – publizistische Qualität scheint im Osten per se geringere Chancen zu haben, und dies gilt nicht nur für die Zeitung, sondern für Zeitschriften, Radio und Fernsehen gleichermaßen«, schrieb Fred Grätz in der Berliner »zitty«. Rein zahlenmäßig läßt sich dieses Urteil belegen. Die Auflagen aller gedruckten Medien sind in Ostdeutschland im Laufe der letzten beiden Jahre geschrumpft, und der Umstand, daß sich die 1992/93 eingebrochenen Verkäufe der »Bild«-Zeitung leicht erholt haben, spricht ebenfalls vordergründig für Grätz' These.

Der gedämpfte Lesehunger der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger unterscheidet sich allerdings bei genauerer Betrachtung nicht von dem der Einwohner des Ruhrgebietes. Die Nachfrage im Zeitungsmarkt Bochum ähnelt der in den größeren sächsischen Städten. Im unter Überproduktion leidenden Segment der TV-Zeitschriften werden z.B. in Bochum nicht die Marktführer »TV-Movie« bzw. »TV-Spielfilm« am stärksten verkauft, sondern der Billigtitel »Auf einen Blick«. So ist es zumeist auch im Osten. Im übrigen findet bei den Special-Interest-Titeln eine weitere Anpassung der Ostkundschaft an das westliche Leseverhalten statt. Das gilt für alle etwas teureren Blätter, besonders für Frauen-Zeitschriften. »Brigitte« wird demnächst auch im Osten die Nummer eins im Verkauf sein.

Am Absatz der regionalen Tageszeitungen läßt sich allerdings erkennen, welche Bedeutung das jeweilige personelle und inhaltliche Knowhow des hinter den Zeitungen stehenden Konzerns hat. Gruner + Jahr konnte noch keinen der übernommenen Tagestitel stabilisieren. Allein bei der »Berliner Zeitung« ging die verkaufte Auflage, trotz höheren Wareneinsatzes und massiver Werbung, im Laufe des Jahres 1993 um 6 Prozent zurück. Dem nicht nur im Ruhrgebiet in diesem Geschäft erfahrenen Konzern der »Westdeutschen Allgemeinen Zeitung« (WAZ) gelang es, in Thüringen eine Tageszeitungsgruppe zu etablieren, die mit einer halben Million verkaufter Exemplare neben der »Freien Presse« und der »Leipziger Volkszeitung« zu den größten im Osten gehört. Der Gebrauchswert dieser Tageszeitungen scheint für die Konsumenten ausreichend zu sein.

Bleibt ein Blick auf die letzten Überregionalen im Osten: »Neues Deutschland« und »junge Welt«. Zur Entwicklung der letzteren läßt sich marktpolitisch wenig sagen. Klar ist nur, daß die jüngste Relaunche und Wiederausweitung des Angebots im Einzelverkauf dazu geführt hat, daß die »junge Welt« sich exakt dort verkauft, wo 1990 die Ost-»Taz« ihren Platz hatte. Aus dem auf der Linken nicht parteigebundenen Spektrum im Süden der ehemaligen DDR kommen neue Abonnements. Das allerdings dürfte noch nicht reichen.

Das »Neue Deutschland« steht vertrieblich im Vergleich nicht schlecht da und hat mit fast 80.000 verkauften Exemplaren eine gute Überlebenschance, wenn es dem Blatt gelingt, im Laufe der nächsten drei Jahre redaktionell den Spagat zwischen den Bedürfnissen ihrer doch recht alt gewordenen und nicht anspruchslosen Leserschaft und einem Angebot für die nachwachsenden jungen politisch Interessierten hinzubekommen. Darin hat sie viel Ähnlichkeit mit der »FAZ« im Westen. Ob sie vom politischen Interesse an der PDS als Wahlpartei profitieren wird, bleibt fraglich. Es wird wohl eher umgekehrt ein Schuh draus. Die bloße Kontinuität und der spezifische Umgang der Leserinnen und Leser mit dem »Neuen Deutschland« dürften mehr zum Wahlerfolg der PDS beitragen als das »Zentrale Wahlbüro der PDS«, dem in den meisten lokalen Büros der Partei nachgesagt wird, daß die relativ günstigen Wahlergebnisse trotz seiner Bemühungen erzielt würden. Bei einer differenzierten Analyse der PDS-Wahlergebnisse in Relation zu den Daten der Mediaanalyse und Abonnementverteilung von »Neues Deutschland« zeigt sich, daß dessen Reichweite immer noch über einer Viertelmillion Leserinnen und Leser liegt, und zwar schwerpunkt- und regelmäßig dort, wo es bei der EU-Wahl örtlich mehr als zwölf Prozent PDS-Anteile gab. Das Europa-Wahlergebnis der PDS liest sich ohnehin wie ein aufgeschlagenes Vertriebsbuch des »Neuen Deutschland«.

Konkret 09/94, S. 27

Otto Köhler

Schnäppchen für Springer

Wie die SPD auf ihr Presseimperium in Ostdeutschland verzichtete

Vorwärts – das war einmal. Von 1844 bis 1845 ein deutsches Wochenblatt in Paris unter der Mitarbeit von Heinrich Heine und Karl Marx. Von 1876 an war der »Vorwärts« dann das Zentralorgan der SPD, lange Zeit geleitet von Wilhelm Liebknecht, einem Mann, den der nunmehrige Parteichef Rudolf Scharping eigenhändig vor die Tür setzen würde. Heute kann die Jetzt-gehts-los-Partei des Vizekanzlerkandidaten keinen »Vorwärts« mehr brauchen – er wird, wie jetzt bekannt wurde, außerHaus gegeben an ein Hamburger Verlagsbüro, das von den Anzeigen bis zum anzeigenfreundlichen Redaktionsumfeld alles erledigt – die bisherige Chefredakteurin darf in Bonn und im Impressum bleiben und die neuen schönen bunten Farben ihres Blattes bestaunen.

Hinter Helmut Kohl steht im Wahlkampf die geballte Medienmacht von Bauer und Burda, vor allem aber von Springer und Kirch. Und aus diesem Haus (»Zur Sache, Kanzler«) ganz besonders Kohls Vorzugssender Sat 1, der noch die letzte Sendeminute fürs christdemokratische Wohl der Bundesrepublik Deutschland zum Einsatz bringt.

Solch liebevolle Wählerbegleitung fehlt der SPD. Sie steht der Medienübermacht hilflos gegenüber, die hinter dem Kanzler steht. Aus selbstverschuldeter Dummheit. Aus Berührungsangst vor den Roten hat die deutsche Sozialdemokratie nämlich ein gewaltiges Zeitungsreich verschenkt für ein Trinkgeld von ihren schärfsten Gegnern.

Und dabei hatte es zunächst ganz anders ausgesehen. Am 30. April 1991 alarmierte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« ihre Mitbewerber: »Die SPD will Miteigentümer an Ostdeutschlands Presse sein.« Am selben Tag reichte die SPD Klage gegen die Treuhandanstalt beim Landgericht und beim Verwaltungsgericht in Berlin ein. Die SPD verfechte damit, so erklärte der damalige SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von früherem Parteivermögen aus der Druck- und Verlagsbranche, sie wolle damit ein maßgeblicher Miteigentümer der Regionalpresse in den neuen Bundesländern werden. Die »FAZ«: Klose gebe sich in seiner Beurteilung der Rechtslage so sicher, daß er vorausgesagt habe: »Ohne die SPD läuft bei der Privatisie-rung der ostdeutschen Regionalpresse nichts.«

Das war`s dann schon. Es folgten die Demutsgesten. Er habe, sagte Klose, die Treuhandanstalt über den Rechtsstandpunkt der SPD rechtzeitig informiert, er sei bereit, sich da und dort mit Entschädigung statt Rückgabe zufrieden zu geben, er sei auch bereit, die verlegerische Führungsrolle bei den zu übernehmenden Regionalzeitungen Partnern aus der »westdeutschen Presse« zu überlassen, und er führe darüber bereits mit sieben Verlagen Gespräche. Den drei großen Hamburger Verlagsgruppen Bauer, Gruner + Jahr und Springer habe er frühzeitig sein Vorgehen erläutert.

Aus der Wiedergutmachung eines Unrechts, das zuerst die Nazis und später, nach Rückgabe der SPD-Zeitungen durch die Sowjets, die deutschen Kommunisten den zur SED teilzwangsvereinigten Sozialdemokraten angetan hatten, sollte so ein westdeutscher Beutezug in Zusammenarbeit mit zumindest zwei scharf rechts agitierenden Pressekonzernen werden.

Journalisten hatten dabei schon lange nichts mehr zu sagen. Einer, Gerhard Hirschfeld, als ehemaliger Chefredakteur des »Vorwärts« ein leidgeprüfter Mann – , bekam grünes Licht, nachdem er schon zwei Monate nach der Wende im Dezember 1989 dem Parteivorstand signalisiert hatte, es bestehe gute Aussicht, daß die PDS die großen Bezirkszeitungen an die SPD zurückgeben werde, die 1946 in SED-Vermögen übergegangen waren. Der Auftrag kam vom SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose. Hirschfeld verhandelte mit Lothar Bisky vom Präsidium der PDS und war rasch guter Dinge. Auch Bisky erinnerte sich später: »Ich war damals durchaus dafür, daß man einen Weg findet, denn da war ja damals die junge Ost-SPD, und das war für mich völlig klar, daß die Möglichkeiten brauchen in den Medien.«

Doch plötzlich mußte Hirschfeld feststellen, daß da noch ein anderer im Auftrag des Parteivorstands zu verhandeln versuchte, der Bonner Rechtsanwalt Dr. Helmut Neumann. Der setzte auf die Treuhand und die Zusammenarbeit mit den westdeutschen Pressekonzernen. »Wir wollen die Geschäftsführung den Presseprofis überlassen«, erläuterte Neumann später dem Branchendienst »werben und verkaufen«. Hirschfeld zog die einzig mögliche Konsequenz: »Ich hatte den Eindruck, daß sich das nicht miteinander verträgt, und habe mein Verhandlungsmandat zurückgegeben.«

Auch Bisky, der mit Hirschfeld »sehr vernünftige Gespräche führte« und dem »klar« war, daß »die SPD berechtigte Ansprüche hatte«, merkte, daß es plötzlich nicht mehr weiterging: »Die Gespräche sind dann von der SPD abgebrochen worden, weil die SPD plötzlich einen ganz anderen Kurs verfolgte. Sie wollte nicht mit der PDS verhandeln.« Anders als CDU und FDP, die mit ihren Partnern in den Blockparteien sogar fusionierten. Bisky: »An uns hat das nicht gelegen. Die wollten nicht. Und nun waren die alten Verhandlungspartner von der SED auch nicht mehr verfügbar, das hat vielleicht manches erschwert. Dort gab es viele Kanäle und Gespräche, doch mit den neuen Leuten der PDS, da wollten manche dann nicht mehr. In der Umgebung von Honecker gab es da ja sehr erfolgreiche Kontakte, aber als dann das alte Politbüro weg

war, sind diese Kontakte zerbrochen. Die SPD machte dann eine ganz andere Politik: mit der SED ja, mit der PDS nein – so habe ich das begriffen.«

Bis dahin hätte die SPD ihre Zeitungen noch direkt aus den Händen der PDS zurückbekommen können. Doch nach dem Abbruch der Gespräche ging alles in die »Hände des Volkes« über, und die hießen unglücklicherweise Treuhand und schließlich Breuel.

Noch im Februar 1992 hetzte der SPD-Parteivorstand drei Rechercheure durch die Archive Ostdeutschlands, um die Rechtmäßigkeit des SPD-Besitzes nachzuweisen. Ein langer Rechtsstreit stand an, den die SPD mit so großer Wahrscheinlichkeit gewonnen hätte, daß auch das Haus Breuel heute zugibt: »Der Treuhand war von Anfang an bewußt, daß sie sich wegen der komplizierten Eigentumsverhältnisse bei den Zeitungstiteln auf sehr dünnem Eis bewegt.«

Doch die SPD kapitulierte vor der Treuhand und nahm ein Millionentrinkgeld, wo ihr ein Milliardenvermögen zustand. Sie einigte sich mit der Breuelbehörde auf eine Abfindung von 70 Millionen für den Verzicht auf ein Presseimperium im Wert von weit über einer Milliarde, dazu bekam sie noch einen 40prozentigen Anteil an der »Sächsischen Zeitung«, die von der Treuhand dem Haus Gruner + Jahr zugeteilt wurde. Hätte die SPD rechtzeitig mit der PDS nur halb so viel verhandelt wie einst mit der SED, dann wären mindestens sieben mächtige Bezirkszeitungen in ihrer Hand – gewiß, sie müßte investieren, aber die nötigen Mittel wären aus dem Verkauf von einem oder zwei der Titel aufzubringen gewesen.

Diese sieben großen Regionalzeitungen im Wert von 1,16 Milliarden Mark, die aus ursprünglich sozialdemokratischen Verlagshäusern entstanden sind, gingen fast alle an die großen Verlagskonzerne der bundesdeutschen Rechten. Die »Schweriner Volkszeitung« (Auflage 1988: 201.000, 1991: 180.000) an Burda, die »Volksstimme« (451.000/374.000) in Magdeburg an Bauer, die »Märkische Allgemeine« (348.000 /280.000) an die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die Rostocker »Ostsee-Zeitung« (292.000/243.000) an die »Lübecker Nachrichten« und damit über dessen 49-Prozent-Beteiligung an den Springer-Konzern, der auch zusammen mit Madsack in Hannover die »Leipziger Volkszeitung« (484.000 / 379.000) bekam.

Hirschfeld steht resigniert vor dem Scherbenhaufen: »Die SPD hat die Chance verpaßt für die Schaffung eines liberalen Korrektivs – die Medienlandschaft ist jetzt auf Jahrzehnte verfestigt.« Sein Verhandlungspartner Bisky ist gleichfalls enttäuscht: »Ich hätte die Zeitungen doch viel lieber bei Sozialdemokraten oder beim Bündnis 90 gesehen. Aber das hat die Kolonialisierung dann nicht erlaubt, und damit ist die Geschichte in eine Richtung gegangen, die der SPD sehr schaden wird, fürchte ich.«

Diese Richtung aber hat die SPD – soll man sagen: glücklicherweise? – selbst eingeschlagen.

Konkret 09/94, S. 29

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 30

Sonntag, 26.6.94 –

Auf einem Heimatfest in Luckau/Brandenburg greifen rechtsextreme Jugendliche mehrere Ausländer an, die auf dem Markt Waren anbieten. Sie bewerfen die Händler mit Steinen und beschädigen die Stände. Ein Besucher wird von einem Stein am Kopf verletzt und muß im Krankenhaus behandelt werden.

Dienstag, 28.6. –

In Bayern gibt es nach Informationen des CSU-MdB Herbert Frankenhauser weniger politisch motivierte Anschläge auf Ausländer mit Verletzungs- oder Todesfolge als in anderen Bundesländern. Insgesamt wurden in Deutschland seit 1990 fast 2.000 ausländerfeindliche Gewaltdelikte registriert, bei denen es Verletzte gab. Davon entfielen 78 auf Bayern.

Donnerstag, 30.6. –

In Frankfurt/Main überfallen zwei unbekannte Täter an einer Straßenbahnhaltestelle einen 42 Jahre alten Mann aus Sierra Leone. Vor den Augen zahlreicher Passanten, die tatenlos zuschauen, schlagen sie mehrfach auf den Mann ein und treten ihn, wobei sie wiederholt »Neger raus!« und »Heil Hitler!« rufen. Das Opfer wird erheblich verletzt.

Freitag, 1.7. –

In Hannover wird der kurdische Asylbewerber Halim Dener, 17, beim Kleben von Plakaten von einem Polizeibeamten in Zivil erschossen. Ein Gutachten des Landeskriminalamtes ergibt, daß der Schuß, der Halim Dener unterhalb des rechten Schulterblattes in den Rücken traf, aus nächster Nähe abgegeben wurde. Da auch an der linken Handinnenfläche des Opfers Schmauchspuren festgestellt wurden, muß die linke Hand Deners auf den Rücken gedreht gewesen sein – er befand sich möglicherweise im Polizeigriff. Der beschuldigte Beamte hatte dargestellt, daß er ausgerutscht sei und dabei versehentlich den Schuß ausgelöst habe.

Samstag, 2.7. –

Nächtlicher Brandanschlag auf ein türkisches Wohnhaus in Bielefeld. Zwei Feuerwehrleute auf dem Heimweg entdecken zufällig das Feuer und alarmieren ihre Kollegen, die wenige Minuten später eintreffen und den Brand löschen. Noch am Tatort wird ein 28jähriger Bielefelder festgenommen, der Kontakte zur Nationalistischen Front unterhält. –

Auf der Warnemünder Festwoche greifen fünf randalierende Jugendliche dänische Segler an und verletzen sie. Sie werden vorläufig festgenommen. –

Brandanschlag auf ein Chinarestaurant in Chemnitz. Es entsteht ein Sachschaden von 750.000 Mark.

Sonntag, 3.7. –

Brandanschlag auf ein kurdisches Kulturzentrum in Hamburg. Unbekannte Täter werfen vermutlich zwei Brandsätze auf das Gebäude. Durch den Anschlag werden vier Menschen verletzt, einer davon schwer.

Mittwoch, 6.7. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lokal in Berlin-Wedding. Drei Männer werfen zwei Molotowcocktails durch die offene Tür des Lokals, kurz bevor der Wirt schließen will. Die Brandstifter können entkommen.

Donnerstag, 7.7. –

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder teilt mit, daß ein Angestellter des Ordnungsamtes Biesenthal bei Bernau gestanden habe, einen von ihm festgenommenen vietnamesischen Zigarettenhändler sexuell genötigt sowie sich auch anderen vietnamesischen Zigarettenhändlern, die er in seine Dienststelle brachte, sexuell genähert zu haben. Gegen den 29jährigen wird Haftbefehl erlassen.

Freitag, 8.7. –

Fast zwei Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen werden die Verfahren gegen zwei leitende Beamte eingestellt. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Rudi Geil (CDU), begründet die Einstellung der Vorermittlungen damit, daß sich der Verdacht der Verletzung von Dienstpflichten nicht bestätigt habe.

Samstag, 9.7. –

In Berlin wird ein 17jähriger Bosnier von unbekannten Tätern aus einem fahrenden S-Bahn-Zug gestoßen. Die Polizei ermittelt wegen versuchten Totschlags.

Montag, 11.7. –

In Brandenburg wird ein zweiter Polizist vom Dienst suspendiert, der mit Kollegen der Wache Bernau vietnamesische Zigarettenhändler mißhandelt haben soll. –

Im Prozeß um das Vatertagspogrom sagt ein als Zeuge geladener Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz aus, daß die Polizei in Magdeburg einen Tag vor Himmelfahrt vom Verfassungsschutz Hinweise auf geplante rechtsradikale Ausschreitungen erhalten habe. Ein Informant aus der Magdeburger Szene habe angekündigt, daß sich Hooligans und Skinheads in der Innenstadt versammeln wollten, um gegen Linke vorzugehen.

Donnerstag, 14.7.94 –

In Bernau sind zwei weitere Polizeibeamte wegen der Mißhandlung von Vietnamesen vorläufig vom Dienst suspendiert worden. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der bisher suspendierten Beamten auf sieben. –

In Frankfurt/Main wird nach Angaben der Roma-Union Frankfurt ein Angehöriger der Vereinigung auf dem 6. Polizeirevier »einer menschenverachtenden, diskriminierenden Behandlung« unterzogen, nachdem er bei einer Fahrscheinkontrolle in der U-Bahn weder einen Fahrschein noch einen Ausweis hatte vorweisen können. Der Betroffene habe »sich splitternackt ausziehen« und eine »erniedrigende Leibesvisitation« erdulden müssen. Die Polizei weist die Vorwürfe zurück. –

Auf dem Ehrenfriedhof für Opfer der NS-Diktatur am Marienberg in der Stadt Brandenburg schänden unbekannte Täter einen Gedenkstein französischer Widerstandskämpfer. Außerdem zerstören sie ein Fenster des Krematoriums auf dem Friedhof. Die Polizei sieht keine Hinweise auf politische Motive. –

In Ruhlsdorf/Brandenburg grölen mehrere Jugendliche nazistische Lieder und skandieren Parolen wie »Heil Hitler!«, »Deutschland den Deutschen!« und »Ausländer raus!«.

Freitag, 15.7. –

»Wer das Gastrecht mißbraucht, muß unser Land so schnell wie möglich verlassen«, heißt es in einem Papier, das der CSU-Landesgruppenchef Glos zum Abschluß einer Klausur der Bonner CSU-Abgeordneten im oberfränkischen Kloster Banz vorstellt. Danach soll Landfriedensbruch als zwingender Ausweisungsgrund im Gesetz verankert werden. –

In Tangermünde/Sachsen-Anhalt überfallen fünf Männer in Tarnanzügen einen Vietnamesen und berauben ihn. Die Täter sind mit Schnellfeuerwaffen und Messern bewaffnet. –

Die Bonner Staatsanwaltschaft stellt zwei Monate nach einer Strafanzeige gegen Bundeswehrsoldaten wegen Volksverhetzung und Körperverletzung die Ermittlungen ein. Fahrgäste eines Linienbusses hatten Strafanzeige erstattet und angegeben, am 19. Mai von mehreren Bundeswehrsoldaten beschimpft und mit antisemitischen und ausländerfeindlichen Parolen belästigt worden zu sein. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft konnten die Vorwürfe nicht konkretisiert werden, da keiner der Fahrgäste die antisemitischen Parolen einem der sechs Verdächtigen zuordnen konnte. Der verprügelte Fahrgast habe außerdem ausdrücklich auf eine Strafanzeige verzichtet.

Samstag, 16.7. –

In Vetschau/Brandenburg bewerfen etwa 15 Jugendliche ein Asylbewerberheim, in dem rund 20 Rumänen wohnen, mit Steinen.

Montag, 18.7. –

Nach Angaben einer Zeugin schlagen Angehörige des Sondereinsatzkommandos der Schutzpolizei (SEK) bei einer Personenkontrolle ohne ersichtlichen Grund auf einen Iraner ein. Ein Zivilfahnder habe dem Mann einen Schlag gegen die Nase versetzt, uniformierte Kollegen hätten den Mann und einen seiner Begleiter überdies mit dem Schlagstock mißhandelt. Nach Angaben von Polizeisprecher Füllhardt haben sich die Beamten lediglich gewehrt. Wie die Überprüfung ergibt, liegt gegen die Iraner nichts vor. –

Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen einen Studiendirektor aus Preetz/Schleswig-Holstein. Der Gymnasiallehrer soll sich fremdenfeindlich und antisemitisch geäußert haben. So soll er nach dem Anschlag in Solingen sinngemäß gesagt haben, tote Türken seien ihm lieber als Millionen deutsche Arbeitslose.

Mittwoch, 20.7. –

Auf den Wirt eines spanischen Restaurants im Stadtteil Bockenheim in Frankfurt/Main wird ein Anschlag mit einer Briefbombe verübt. Der 38jährige bleibt unverletzt, weil der Zündmechanismus versagt. Das Landeskriminalamt vermutet die Täter im »privaten Umfeld« des Gastwirts. –

Mord in einem Ausländerwohnheim in Berlin-Lichtenberg. Ein Mann wird mit schweren Kopfverletzungen in dem Heim aufgefunden. Er stirbt wenig später. Bei dem Toten handelt es sich um einen Asiaten, eventuell aus Vietnam. Der Hintergrund der Tat ist unklar. –

In Schwedt beschmieren Unbekannte eine Tankstelle mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Parolen wie »NSDAP – Neonazis – Kämpfer der Nation – Ausländer raus!«.

Donnerstag, 21.7. –

Brandanschlag auf ein türkisches Café in Berlin-Wedding. Die Hintergründe sind unklar. –

In Hannover erstattet ein 27jähriger palästinensischer Student mit israelischer Staatsbürgerschaft Anzeige gegen mehrere Polizisten, weil diese, nachdem er die laut auf der Straße feiernden Beamten um Ruhe gebeten habe, in seine Wohnung eingedrungen seien, ihn krankenhausreif geschlagen und dabei ausländerfeindliche Parolen gerufen hätten. Drei der beschuldigten Beamten werden am folgenden Tag vorläufig vom Dienst suspendiert.

Freitag, 22.7. –

Das Amtsgericht Magdeburg verurteilt im ersten Prozeß um die ausländerfeindlichen Krawalle am Himmelfahrtstag drei Angeklagte zu Jugendstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren. Für zwei der Angeklagten ordnet das Gericht außerdem die Fortdauer der Untersuchungshaft bis zum Beginn der Strafverbüßung an. Der 19jährige Stefan W. erhält eine Haftstrafe von drei Jahren. Der 20jährige Steve A. wird unter Einbeziehung einer früheren Bewährungsstrafe zu dreieinhalb Jahren verurteilt, der ebenfalls 20jährige Marco D. zu zwei Jahren. Das Strafmaß liegt damit über dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die Haftstrafen zwischen 17 Monaten und zweieinhalb Jahren gefordert hatte. –

Das Landgericht Lüneburg verurteilt zwei Kriminalbeamte aus Soltau zu sechs bzw. sieben Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die beiden Kommissare am 6. September 1993 mit einem 24jährigen Ukrainer aus der Asylbewerberunterkunft in Schneverdingen in ein Waldstück gefahren waren, wo sie den mit Handschellen Gefesselten mit Tritten und Schlägen mißhandelten. Der Mann erlitt dabei Blutergüsse am Kopf. Der Vorsitzende Richter Rolf Wisler weist auf das »in hohem Maß provokative Verhalten und die Dickfelligkeit« des Asylbewerbers hin, der wegen mehrerer Bandendiebstähle und ständiger Verstöße gegen das Asylrecht die Polizei immer wieder herausgefordert habe. Deren Frust wertet das Gericht strafmildernd. Die Beamten sind bisher nicht vom Dienst suspendiert worden.

Samstag, 23.7. –

In Erfurt mißhandelt ein Skinhead einen türkischen Blumenhändler. –

Brandanschlag auf das Vereinslokal eines türkischen Fußballclubs in Berlin-Kreuzberg. Unbekannte Täter werfen einen Brandsatz durch eine Scheibe. Das Mobiliar fängt sofort Feuer. Sechs Personen werden verletzt, drei von ihnen schwer. –

Brandanschlag auf eine türkische Gaststätte in Berlin-Wedding. Unbekannte Täter werfen vier Molotowcocktails in den Schankraum. Es entsteht leichter Sachschaden. In beiden Fällen nimmt der Staatsschutz die Ermittlungen auf. –

Versuchter Brandanschlag auf ein Aussiedlerheim in Glöwen/Brandenburg. Zwei Jugendliche legen unter das Vordach des Aussiedlerheims ein Hakenkreuz aus brennbarem Material und zünden es an. Die Polizei nimmt zwei Verdächtige fest.

Dienstag, 26.7. –

In Berlin kommt es nach einer gemeinsamen Feier zum Streit zwischen acht Deutschen und zwei Polen, angeblich, weil die beiden Polen zwei Frauen belästigt hätten. Der 36jährige Ryszard M. wird in die Spree gestoßen, sein 45 Jahre Landsmann springt hinterher, um ihm zu helfen. Die Deutschen verhindern, daß die beiden wieder an Land können; sie sollen sie dabei mit »Scheiß-Pollacken« beschimpft haben. Zwei Zivilbeamte hören die Hilferufe und holen den völlig entkräfteten M. an Land; sein Landsmann ist bereits ertrunken. Gegen vier Deutsche wird Haftbefehl wegen versuchten und vollendeten Totschlags erlassen. –

Nach der von Innenminister Alwin Ziel vorgelegten polizeilichen Kriminalstatistik für das Land Brandenburg wurden im ersten Halbjahr 1994 insgesamt 384 rechtsextremistische Straftaten erfaßt, die Aufklärungsquote betrug 47,7 Prozent. Bei 241 Straftaten handelt es sich um die Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, 32 Fälle betreffen Körperverletzung, 28 Fälle Sachbeschädigung. Siebenmal wurde Landfriedensbruch registriert sowie zweimal Brandanschläge. Etwa 25 Prozent der rechtsextremistischen Straftaten sind nach der Kriminalstatistik »fremdenfeindlich motiviert«. Damit habe sich die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten von 134 im Vorjahreszeitraum auf 86 im ersten Halbjahr 1994 reduziert, während die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straftaten sich von 357 auf 384 erhöht habe. –

Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor (SPD) hat die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten im ersten Halbjahr 1994 im Vergleich zum Vorjahr um 61 Prozent abgenommen. Insgesamt wurden in Nordrhein-Westfalen von Januar bis Juni 556 derartige Straftaten erfaßt und 367 Tatverdächtige ermittelt. Gegen 21 ergingen Haftbefehle. 50 Prozent der Tatverdächtigen sind jünger als 21 Jahre.

Samstag, 30.7. –

Brandanschlag auf das Wohnhaus einer türkischen Familie in Sinzig/Rheinland-Pfalz. Unbekannte Täter werfen eine Fensterscheibe ein und schleudern einen Brandsatz in das Gebäude. Das Haus steht zur Tatzeit leer, weil die fünf Mitglieder der Familie in Urlaub sind. Es entstehtein Sachschaden zwischen 50.000 und 100.000 Mark.

Sonntag, 31.7. –

Mord an dem 20jährigen Türken Cetin Apuhan aus Bremen. Er wird an einem Baggersee zwischen Köln und Bergisch Gladbach erschlagen, mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und verbrannt. In der Nähe des Toten findet die Polizei im Gebüsch einen in zwei Teile gebrochenen Baseballschläger, der nach Angaben der Polizei als Tatwaffe in Frage kommt. Ein Camper berichtet, er habe wenige Stunden vor dem Fund der Leiche in der Nähe des Tatorts eine Horde von Männern gehört, die die Parole »Türken verbrennen!« grölten. Die Staatsanwaltschaft Köln will ein rechtsextremistisches Motiv zwar nicht ganz ausschließen, aber bisher spreche nach ihrer Meinung fast alles dagegen. –

In der Rostocker Innenstadt überfällt eine Gruppe von 15 bis 20 Jugendlichen ein Auto, zertrümmert mit Baseballschlägern die Windschutzscheibe und verletzt einen indischen Insassen mit Faustschlägen.

Montag, 1.8. –

Auch in Berlin beginnen nun die Ermittlungen wegen der Polizeiübergriffe auf Vietnamesen. Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt führen die ersten Vernehmungen durch. Die von der vietnamesischen Beratungsstelle »Reistrommel« vorgelegten Gedächtnisprotokolle werden als glaubwürdig und stimmig eingestuft. Suspendierungen haben bisher jedoch keine stattgefunden. –

Wie die »Süddeutsche Zeitung« berichtet, weist ein Mitarbeiter der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in Tal einen 25jährigen Mann aus Mosambique ab, als dieser ein Lohn- und Gehaltskonto eröffnen möchte. Er empfiehlt ihm, sein Konto doch besser ein paar Meter weiter bei der Stadtsparkasse zu eröffnen, weil in seinem Haus die »Prüfung der Unterlagen zu lange dauere«. Auch die Offenlegung seiner Lebens- und Einkommensverhältnisse verhilft nicht zu einem Hypo-Konto. Dafür erfährt der Antragsteller, daß die Bank immer wieder schlechte Erfahrungen mit Schwarzafrikanern gemacht habe. Nach Angaben eines Mitarbeiters der Hypo-Bank, der namentlich nicht genannt werden möchte, sei die Devise ausgegeben worden »Keine Konten für Schwarze«.

Dienstag, 2.8. –

In Ilmenau bedrohen und beleidigen zehn junge Männer in einem Café einen Afrikaner, der dort mit seiner Frau sitzt. Dabei rufen die Jugendlichen mehrmals »Sieg Heil!«. –

Das Landgericht Halle verurteilt im dritten Prozeß um die ausländerfeindlichen Brandanschläge auf zwei Ausländerwohnheime drei Angeklagte im Alter von 18 und 19 Jahren wegen Landfriedensbruchs zu Jugendstrafen zwischen sechs und neun Monaten auf Bewährung. Zwei von ihnen müssen außerdem eine Geldstrafe zahlen.

Mittwoch, 3.8. –

In Leipzig wird ein 33jähriger Vietnamese von Unbekannten mit mehreren Messerstichen getötet. Die Polizei hat keine Anhaltspunkte für einen rechtsradikalen Tathintergrund.

Donnerstag, 4.8. –

Brandanschlag auf die Räume des Vereins westthrakischer Türken in München. Ein Anwohner beobachtet, wie drei etwa 18 bis 20 Jahre alte Männer drei Molotowcocktails auf das Anwesen werfen. Die Räume brennen aus. Es entsteht ein Sachschaden von 70.000 Mark.

Sonntag, 7.8. –

Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro in Berlin. Die Eingangstür des Geschäftes im Bezirk Tiergarten wird mit einem Molotowcocktail in Brand gesetzt. Ein Zeuge kann das Feuer frühzeitig löschen. –

In Magdeburg terrorisieren sieben Rechtsradikale Vietnamesen. Sie lauern im Hinterhof des Hauses mit Baseballschlägern und asiatischen Nahkampfwaffen. Die von Anwohnern verständigte Polizei, die die Rechtsradikalen festnimmt, wird von diesen mit Hitlergruß empfangen. –

Auf einem Kirmesplatz in Saarbrücken kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen, die mit Baseballschlägern und Gaspistolen aufeinander losgehen. Die Polizei nimmt zehn Personen vorübergehend fest.

Montag, 8.8. –

Brandanschlag auf einen italienischen Feinkostladen in Böblingen/Baden-Württemberg. Unbekannte Täter brechen die Tür zu dem Geschäft auf und legen Feuer. Zwei Bewohner des Hauses, eine Frau und ein Kind, werden mit Atembeschwerden in ein Krankenhaus gebracht. Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund gibt es nach Angaben der Polizei nicht. –

Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro in Essen. Ein Passant entdeckt das Feuer rechtzeitig und kann den brennenden Ölkanister entfernen. –

In Jüterbog/Brandenburg provozieren ausländerfeindliche Jugendliche eine Schlägerei mit einer Reisegruppe aus Bayern. Die Jugendlichen beschimpfen die Reisegruppe und rufen Hetzparolen wie »Ausländer raus!«. Bei der Schlägerei werden zwei bayerische Jugendliche, ein 16 Jahre alter Türke und einer der Angreifer verletzt. –

In Bayern wurden nach Angaben des bayerischen Innenministers Beckstein (CSU) im ersten Halbjahr 1994 insgesamt 30 rechtsextremistische Straftaten registriert. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 52. Nach dem Halbjahresbericht des Bayerischen Verfassungsschutzes hat die Polizei in Deutschland jeden Tag durchschnittlich vier Gewalttaten von Rechtsextremisten registriert.

Dienstag, 9.8. –

In Frankfurt/Main wird im Stadtteil Eschersheim ein Peruaner mit schweren Kopfverletzungen im Vorgarten eines Hauses aufgefunden. Der 39jährige wird bewußtlos in eine Klinik gebracht. –

Brandanschlag auf ein türkisches Kulturzentrum in der Innenstadt von Sindelfingen. Das Gebäude, in dessen Dachgeschoß sich eine Moschee befindet, brennt aus. Es entsteht ein Sachschaden von 300.000 Mark. Personen werden nicht verletzt.

Das Archiv für Sozialpolitik Frankfurt/M. erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Donnerstag, 14.7. –

Das Jugendschöffengericht in Cottbus verurteilt Ivo H. und Marcel Sch. wegen Zeigen des Hitlergrußes und wegen der Schändung eines Mahnmals im KZ Sachsenhausen im August 1993 zu Bewährungsstrafen von zwei bzw. einem Jahr, zu gemeinnütziger Arbeit sowie zur Teilnahme an einem sechsmonatigen sozialen Trainingskurs.

Samstag, 23.7. –

In der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald randalieren insgesamt 22 jugendliche Skinheads aus Thüringen, die mit einem Reisebus aus Gera angereist waren. Sie werfen mit Steinen, treten Fenster ein, brüllen »Sieg Heil!«, zeigen den Hitlergruß und drohen einer Angestellten damit, sie zu verbrennen. Die Polizei nimmt zwei der Haupttäter vorläufig fest, läßt einen von ihnen jedoch bereits am Sonntagmorgen wieder frei. In den folgenden Tagen werden 21 der 22 Tatverdächtigen in Untersuchungshaft genommen. Außerdem muß die Polizei grobe Fehler einräumen, da sie bereits vorab über die Fahrt der Skinheads informiert war.

Dienstag, 26.7. –

Die Polizei in München teilt mit, daß ein Unbekannter seit August 1991 antisemitische Briefe an Bürger mit jüdisch klingendem Namen verschicke. Inzwischen liegen 91 Anzeigen von Personen vor, die solche Briefe erhalten haben. Alle Briefe wurden im Münchner Stadtgebiet aufgegeben. Die Staatsanwaltschaft München I ermittelt gegen Unbekannt wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Beleidigung und Volksverhetzung.

Mittwoch, 3.8. –

Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin verurteilt den Berliner Landesvorsitzenden der rechtsextremistischen »Freiheitlichen Arbeiterpartei« (FAP), Lars Burmeister, wegen Verstosses gegen das Versammlungs- und das Uniformgesetz zu einer Bewährungsstrafe von fünf Monaten und einer Geldstrafe von 1.000 Mark. Burmeister hatte mehrmals öffentlich eine Nazi-Uniform getragen, u.a. in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Sachsenhausen.

Konkret 09/94, S. 32

Gaby Hommel

Auf Hochtouren

Seit der Revolte algerischer Gefangener im Kasseler Knast werden Forderungen nach »Humanisierung« und Verkürzung der Abschiebehaft laut. Als könnten besser ausgestattete Zellen und Maßnahmen zum schnelleren Abtransport von Flüchtlingen über die mörderischen Konsequenzen der Abschiebepraxis hinwegtäuschen

»Ich bin zur Zeit in einer verzweifelten Lage. Manchmal denke ich an Selbstmord. Ich habe keine Familie und bin ohne Hilfe. Ich bin ein ›Nichts‹, ein ›Niemand‹, und die Lage in Rumänien ist katastrophal. Wie es auch kommt, nach Rumänien gehe ich nicht mehr zurück.« Der junge Abschiebehäftling, der diese Zeilen verfaßte, wurde nach Bukarest abgeschoben, bevor er sich umbringen oder auf andere Art seiner verzweifelten Situation entziehen konnte. Vielleicht lebt er noch; vielleicht auch nicht. Mag sein, er hatte Glück, konnte sich durch die Einreisekontrollen mogeln, ein Dach über dem Kopf, sogar Arbeit oder eine erneute Flucht in den Westen organisieren. Womöglich wurde er aber auch aus dem Flugzeug geholt und als »Republikflüchtling« wieder hinter Gitter gesetzt. Vielleicht aber war er Roma und erfror in den Bergen oder verhungerte in einem Straßengraben – wie viele der verhaßten »Zigeuner« in Rumänien. Wer will es wissen, und wer fragt nach dem Verbleib der anderen Flüchtlinge, die Tag für Tag in Busse und Flugzeuge gesetzt und gegen ihren Willen außer Landes gebracht werden?

Mehr als 36.000 Menschen sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums im vergangenen Jahr aus der Bundesrepublik abgeschoben worden. Dies entspricht einer Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr – wobei die ungezählten Flüchtlinge, die seit Einführung der sogenannte »Drittstaatenregelung« schon an den Grenzen oder auf den Flughäfen abgewiesen werden, nicht mitgerechnet sind. Berücksichtigt man zudem, daß nach Inkrafttreten des neuen Asylverfahrensgesetzes am 1. Juli 1992, mit der Umsetzung von Schnellverfahren, der Lagerunterbringung und Naturalienversorgung für Flüchtlinge, der Abschottung der Grenzen und blutigen Überfälle auf Fremde die Zahl der Asylsuchenden wie geplant drastisch zurückging, dann bleibt nur ein Schluß übrig: Die deutsche Abschiebungsmaschinerie, seit eh und je perfekter und gnadenloser konstruiert als in den europäischen Nachbarländern, arbeitet auf Hochtouren. Spitzenreiter und Musterbeispiel hierfür ist Nordrhein-Westfalen, das mit 7.602 offiziell registrierten Abschiebungen weit mehr als ein Fünftel der im Jahr 1993 durchgeführten Zwangsausreisen von Flüchtlingen organisierte. Es folgen die ebenfalls SPD-regierten bzw. mitregierten Länder Baden-Württemberg (5.586), Niedersachen (3.441 allein bis November) und Brandenburg (3.167).

Hinter den Zahlen stehen Menschen und Menschenleben; Männer, Frauen und Kinder mit Namen und Gesicht, Ängsten und Wünschen. Unser oben zitierter Freund aus Rumänien, der sich »in der großen Hoffnung, daß Sie mir helfen können«, ausgerechnet an Helmut Kohl wandte, gehört dazu. Auch das Ehepaar Vaschagan und Sweta A., die ohne ihr dreijähriges Kind für den Rückflug nach Armenien gebucht wurden. Und Omar Merabti, der in aller Frühe aus dem Bett eines Flüchtlingslagers im Münsterland gezerrt wurde, um nach Algier ausgeflogen zu werden – obwohl ein richterliches Dokument in seiner Tasche bewies, daß sein Asylverfahren noch lief. Nicht zu vergessen Son Ha Hoang, der sich aus Angst vor der drohenden Abschiebung nach Vietnam, wo er bereits zwei Jahre im Gefängnis gesessen hatte, mit Benzin übergoß und anzündete; Kuldeep Singh, indischer Rosenverkäufer, der verzweifelt darauf hingewiesen hatte, daß seine Abschiebung in den Tod führen würde, und der prompt, noch im Flughafengebäude von Neu-Delhi, zu Tode geprügelt wurde; Kwaku Agyei, Pfarrer aus Ghana, der sich an der Lampenschnur in einem Münchener Flüchtlingsheim erhängte; Daniel Lopez aus Angola; Emmanuel Ehi aus Nigeria; Emmanuel Thomas Tout aus dem Sudan; Zhou Zhe Gun aus China und mindestens ein halbes Dutzend weiterer Flüchtlinge, die sich in den vergangenen anderthalb Jahren in Abschiebehaft umbrachten.

Bedauerliche Ausnahmen, peinliche Versehen, einzelne Justizirrtümer oder Behördenfehler werden die Verantwortlichen in Ministerien und Ausländerämtern nicht müde, zu betonen. Und in der Tat, die oben Genannten stellen Einzelfälle dar. Allerdings nur insofern, als ihre Namen und Schicksale bekannt wurden, Menschenrechtsorganisationen ihrem Verbleib nach der Abschiebung nachforschten, Flüchtlingsgruppen das willkürliche Vorgehen der Ausländerverwaltung öffentlich machten, Knastinitiativen die Selbstmorde in Abschiebehaft anprangerten. Darüber hinaus gibt es nichts, was die zigtausend namenlosen Flüchtlinge von den oben genannten Fällen unterscheidet. Jeder und jede hatte einen Grund, das Herkunftsland zu verlassen; und jeder zwangsweise Rücktransport setzt diese Menschen einer Situation aus, der zu entfliehen Familien durch die eiskalte Oder schwimmen, Männer sich in luftdichte Kisten und Container verpacken lassen, Frauen der Gewalt von Zuhälterringen unterwerfen.

Den Entscheidungsträgern in Ministerstühlen und Regierungsämtern sind diese Tatsachen genauso bekannt wie den Asylrichtern und ausführenden Beamten der Ausländerbehörden. Sie alle haben Augen und Ohren, kennen die Berichte aus Kriegsgebieten und Hungerländern, wissen um politische, rassistische und sexistische Verfolgung. Und sie alle stimmen mit der großen Öffentlichkeit darin überein, daß den armen betroffenen Menschen geholfen werden muß. Sei es mit weltweiten Militäraktionen von Nato und Uno, über wirtschaftliche Sanktionen durch IWF und Weltbank, mit Almosen aus Entwicklungshilfefonds, Lebensmittel- und Medikamentenspenden oder durch die Adoption süßer schwarzer Babys. Nur eines müssen sie dafür tun, die Hungerleider und Folteropfer, die vergewaltigten Frauen und Straßenkinder: in ihrem Land

bleiben und schön abwarten. Denn wer durch Flucht in den Westen sein Leben und Auskommen auf eigene Faust zu retten versucht, der oder die kann auf keine Hilfe hoffen, sondern wird gnadenlos ins Elend zurückgeschickt. Die Abschaffung des Asylrechts bei gleichzeitiger Einführung von Sondergesetzen und Schnellverfahren für Flüchtlinge sind demokratisch legitimierte Mittel dazu. Kasernierung und Inhaftierung von Asylsuchenden erleichtern die lückenlose Umsetzung.

Die sozialdemokratische Landesregierung in Düsseldorf war die erste, die diesen Umstand erkannte und bereits 1991 mit der Errichtung von mehr als zwei Dutzend Massenlagern in Nordrhein-Westfalen begann. Nach dem Pogrom von Hoyerswerda noch als »Schutzmaßnahme« gegen rassistische Überfälle verkauft, galten die umzäunten und kontrollierten Flüchtlingsunterkünfte mit ihrer Minimalversorgung schon im Rahmen der wenig später getroffenen »Parteienvereinbarung« als wirksames Mittel zur Bekämpfung von »Scheinasylanten« und »Wirtschaftsflüchtlingen«. Und während die Parteien in Bonn noch über weitere Methoden zur Abschreckung und Vertreibung von Flüchtlingen rangelten, waren die Genossen an Rhein und Ruhr schon wieder einen Schritt weiter. Fünf Monate vor Verabschiedung des »Asylbeschleunigungsgesetzes« im Sommer 1992 stellten sie umfangreiche Mittel zur Erweiterung der Abschiebehaftkapazitäten zur Verfügung, um – wie das Justizministerium damals erklärte – »ein beschleunigtes Asylverfahren auch praktisch durchführbar zu machen«. D.h. zu einer Zeit, als sich die SPD auf der politischen Bühne noch zierte, der selbst von Richter- und Anwaltsvereinigungen scharf kritisierten Verfahrensbeschleunigung zuzustimmen, hatte die Regierung unter Ministerpräsident Rau längst die Weichen zur Umsetzung der Gesetzesvorlage gestellt und die abzusehende sprunghafte Steigerung der Abschiebung und Inhaftierung von Flüchtlingen bürokratisch vorausgeplant.

Der Erfolg ist, daß von den derzeit ca. 3.500 Abschiebegefangenen in bundesdeutschen Knästen alleine rund 1.500 in NRW einsitzen. Wobei die letztere Zahl in etwa eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr bedeutet sowie eine Steigerung von weit mehr als tausend (!) Prozent im Vergleich zu 1992, dem Jahr, in dem der bundesweit erste Abschiebeknast im Ruhrgebiet eröffnet wurde. Bei einer durchschnittlichen Inhaftierungszeit von höchstens vier bis sechs Wochen, wie sie von offizieller Seite angegeben wird, durchlaufen damit allein in diesem Jahr wenigstens 10.000 Abschiebehäftlinge die nordrhein-westfälischen Haftanstalten. Zwei Drittel davon werden in reinen Abschiebeknästen inhaftiert, von denen NRW in den letzten anderthalb Jahren insgesamt acht aus dem Boden gestampft hat. Darunter ein spezielles Frauengefängnis in Neuss, in dem hauptsächlich junge Frauen aus Osteuropa, Asien und Afrika sitzen, die von skrupellosen Banden gekauft, ins Land geschleust und hier zur Prostitution gezwungen wurden; die sogenannten »Hafthäuser« Herne, Gütersloh und Leverkusen, die seit Bestehen durch Protestaktionen der Gefangenen auf sich aufmerksam machen; und schließlich eine hochgesicherte, stacheldrahtbewehrte ehemalige Kaserne inmitten eines Waldgebietes ca. acht Kilometer außerhalb von Büren bei Paderborn gelegen, die mit momentan ca. 600 Haftplätzen die bundesweit größte und zudem einzige Abschiebehaftanstalt ist, in der zum maßgeblichen Teil »Schwarze Sheriffs« eines Privatunternehmens zur Bewachung der Flüchtlinge abgestellt sind.

Von den einen als »Modellknast« gelobt, von anderen schlicht als »KZ« tituliert, ist die Bürener Einrichtung auf jeden Fall kennzeichnend für die unangefochtene Führungsposition, die Nordrhein-Westfalen in Hinblick auf die hohe Zahl der Abschiebungen und die Durchsetzung der Abschiebehaft einnimmt. Dementsprechend plant die Düsseldorfer Regierung auch allen anderen Bundesländern voran den weiteren Ausbau ihrer Abschiebehaftkapazitäten. Ein »Bedarf« von insgesamt 2.500 Plätzen noch bis Ende 1994 ist im Gespräch und wird zur Zeit in Verhandlungen mit der Arbeiterwohlfahrt und anderen Wohlfahrtsverbänden, die bereits bei Betreibung der Flüchtlingsmassenunterkünfte ihre Kooperationsbereitschaft unter Beweis stellten, auf mögliche Realisierungsalternativen abgeklopft. Gedacht ist in diesem Zusammenhang insbesondere an die Umfunktionierung der bestehenden und bei weitem nicht mehr ausgelasteten Sammellager in Ersatzknäste sowie an den Einsatz des damit überflüssig werdenden Betreuungspersonals in den neuen und alten Abschiebeknästen.

Letztere Überlegung erfolgt nicht zuletzt in Reaktion auf die Serie von Selbstmorden und Suizidversuchen, Selbstverstümmelungen und Hungerstreiks, Dachbesetzungen und Brandlegungen von Abschiebehäftlingen, die den verantwortlichen Stellen nicht erst seit der aufsehenerregenden Gefangenenrevolte in Kassel erhebliche Probleme bereitet. Denn neben dem Abschrekkungseffekt, der bürokratischen Erleichterung von Abschiebungen und der Verhinderung einer Weiterflucht abgewiesener Asylbewerber in westliche Nachbarländer soll die Inhaftierung von Flüchtlingen auch dem Wegsperren ihrer erbärmlichen Lebensumstände hierzulande dienen, dem Verschweigen ihrer Fluchtgründe, dem Leugnen ihrer Forderung nach einem Recht auf Leben und letztlich dem Vergessen ihrer Existenz überhaupt. Diese Funktionen der Abschiebehaft aber erfordern Knäste, in denen Ruhe herrscht und die nicht durch verzweifelte Aktionen von Gefangenen das Augenmerk der Öffentlichkeit erzwingen. Die Versetzung besonders schlagkräftiger Schließer und die Nachrüstung der Zellen mit Tauchsieder und Fernseher sind ein Versuch, das gewünschte Ziel zu erreichen. Nach den Erfahrungen in NRW reicht er allerdings nicht aus, weshalb nun sozialarbeiterische Maßnahmen zur Debatte stehen. Aus humanitären Kreisen werden zudem Psychologencouchen und Sportgeräte vorgeschlagen. Der Thüringer Abschiebeknast in Gotha verweist auf gute Erfahrungen mit Konzert- und Theaterveranstaltungen. Wohingegen in Schleswig-Holstein und einigen anderen Bundesländern auf die Einführung regelmäßiger Knastsprechstunden durch die Ausländerbehörden gesetzt wird, die – sollte ein Blick in das Gesicht des für seine Abschiebung verantwortlichen Beamten dem Flüchtling noch nicht genug sein

– in ihrer Wirksamkeit noch erhöht werden könnten, indem – wie in Nordrhein-Westfalen erprobt – Vertreter des Verfolgerstaates gleich mitgebracht werden.

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 12/93 über Sondergefängnisse für Flüchtlinge

Zahl und Haftsituation der Abschiebegefangenen im Sommer 1994

Baden-Württemberg: 200; Container in der JVA Mannheim, Rest verteilt

Bayern: 500; verteilt

Berlin: 200; zwei Sonderknäste

Brandenburg: 60; verteilt

Bremen: 20; Polizeigewahrsam

Hamburg: 120; Container in der JVA Glasmoor, Rest verteilt

Hessen: 170; noch verteilt, ab Frühjahr Sonderknast Offenbach

Mecklenb.-Vorpommern: 50; verteilt

Niedersachsen: 200; noch verteilt, ab Oktober Sonderabteilung in der JVA Uelzen, ab Frühjahr Sonderknast in Kaserne Wolfenbüttel

Nordrhein-Westfalen: 1.500; acht Sonderknäste, Rest verteilt

Rheinland-Pfalz: 80; Schwerpunkt JVA Worms, demnächst Sonderknast in Kaserne bei Zweibrücken

Saarland: 50; Schwerpunkt JVA Saarbrücken

Sachsen-Anhalt: 40; verteilt

Sachsen: 90; verteilt

Schleswig-Holstein: 120; Sonderabteilungen in der JVA Kiel und JVA Lübeck

Thüringen: 40; Sonderknast in Gotha

Nach Angaben der zuständigen Länderbehörden

Konkret 09/94, S. 34

Joachim Bruhn

Der Rechtsstaat und die Juden

Über den aktuellen Zustand eines paradoxen Verhältnisses – nach den Bombenanschlägen von Buenos Aires und London

Eine Synagoge in Deutschland erkennt man nicht so sehr an den Talmud-Schülern, die den Unterricht schwänzen und herumlungern, als vielmehr an der bewaffneten Staatsmacht, die sich davor aufgebaut hat. Die fürsorgliche Bewachung, die der Staat jetzt, nach den Anschlägen auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires und auf die israelische Botschaft in London, den Juden zuteilwerden läßt, hat es allerdings faustdick hinter den Ohren. Weiß man doch nicht so recht, ob sich der Staat nun tatsächlich dazu durchgerungen hat, die Juden vor dem Terror zu schützen, oder ob er sie nicht in Wirklichkeit in Schutzhaft nimmt, um sie für den Fall der Fälle in sicherem Gewahrsam zu haben.

Kommt der Staat endlich seinem gesetzlichen Auftrag nach, Leib und Leben seiner Bürger zu schützen? Oder ist er schon wieder dabei zu begreifen, daß er das Hab und Gut der einen nur wahren und mehren kann, wenn »die Anderen« aus dem Leben geschafft werden? Und übt sich jetzt in den ersten Maßnahmen? Schützt der Staat die jüdischen Einrichtungen vor dem Terror fundamental-islamischer Antizionisten bloß deshalb, weil er diplomatische Verwicklungen fürchtet und sich um sein internationales Ansehen sorgt, oder hat er noch ein ganz anderes Interesse an den Juden? Der polizeiliche Aufmarsch demonstriert jedenfalls, daß der Staat eine besondere Beziehung zu ihnen unterhält, gerade so, als beruhe sie auf mehr als nur auf Gegenseitigkeit, so, als hätten die Juden ein exklusives Verhältnis mit der Macht. Indem der Staat die Juden, wie es seinem Grundgesetz entspricht, als Gleiche behandelt, scheint er sie zugleich sonderzubehandeln und den Beweis dafür zu liefern, daß sie gleicher sind als gleich, ja sogar, daß die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz bloße Fassadenmalerei ist, die Privilegien tüncht. Denn während der Staat mit aller Gewalt vorgibt, nur das Recht auf körperliche Unversehrtheit garantieren zu wollen, nährt der polizeiliche Ausschluß der Allgemeinheit die Mutmaßung, die Juden scheuten das Licht der Öffentlichkeit.

So macht der Staat die Juden in aller Öffentlichkeit zu Schutzjuden und geheimnisvollen Gestalten. Daß die Juden Geheimnisse hätten, haben die Antisemiten schon immer gesagt; und Geheimnistuerei über Juden ist das Wesen ihrer Agitation seit jeher. So wird ausgestreut, die Juden stünden in einer geradezu intimen Beziehung zur Macht, sie hielten es hinter den Kulissen insgeheim mit den Oberen gegen »das Volk«. Der volksfeindliche Charakter von Herrschaft, so heißt es, beruhe auf der Nicht-Öffentlichkeit der lebenswichtigen Entscheidungen, und im übrigen: Geld regiert die Welt. Auch wenn Ignatz Bubis, weil er die FdGO überaus schätzt, keineswegs »König von Deutschland« werden möchte, wie Nazi-Postillen giften, die Otto von Habsburg vorziehen würden, muß er doch, so munkeln seine Feinde, zumindest die graue Eminenz sein im »Rat der Götter«, der hier eigentlich das Sagen hat. Der Antisemitismus macht sich glaubhaft, indem er den Doppelcharakter der Politik den Juden als das geschichtsnotorische Resultat ihres Wesens zuschreibt. Seine Durchschlagskraft beruht auf evidenter Ideologie, beutet er doch die volkstümliche Herrschaftskritik aus, die die Regierenden mit dem Sprichwort denunzieren möchte, »die da oben« predigten öffentlich Wasser und tränken heimlich doch Wein. Das klingt zwar nach Miesmacherei, ist aber ihr Gegenteil. Denn dieser Einwand gegen die Machthaber ist die Tarnung, hinter der sich eine treudeutsche Sehnsucht nach dem ehrenwerten Staat verbirgt. Die Spekulation über das destruktive Unwesen der Juden ist die Kehrseite der überaus energischen Fahndung nach dem erbaulichen Wesen der Souveränität.

Die Widersprüche, in die sich Herrschaft von jeher verwickelt1, und die moderne, demokratisch verfaßte insbesondere, bucht Volkes Stimme nicht a conto der Staatsräson, sondern lastet sie, normalerweise, denen an, die sie verkörpern, oder schreibt sie, wenn es schlimm kommt, den »Drahtziehern« zu, deren »Marionetten« die Politiker sein sollen. Das »ontologische Bedürfnis« (Adorno), das die Staatsbürger umtreibt, schlägt, wenn sie das Wesen der Staatlichkeit widerspruchsfrei denken wollen, angesichts dieses Durcheinanders von Öffentlichkeit und Geheimnis um in nichts als Metaphysik. Denn Logik kann der Dialektik, die diese Einheit der Widersprüche regiert, unmöglich Herr werden; davor kapituliert sie und bekennt sich als die Ideologie, die sie an sich schon war. Noch die demokratische Nörgelei über die Fiesheit der Machthaber nährt den Verdacht, in Wahrheit herrschten ganz andere als die Gewählten, während sich die Doppelzüngigkeit der Politik, ihr Schwanken und Oszillieren zwischen der Propaganda für Menschenrechte und der Drohung mit Staatsgewalt, der Dynamik einer Souveränität verdankt, die sich zwar vermittels des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts legitimiert, aber sich doch die Option auf den Notstand offenhält. Denn »daß der Staat bestehen bleibt, während das Recht zurücktritt«2, ist das offenbare Geheimnis, und allseits gibt man sich alle Mühe, es kollektiv zu beschweigen.

Der kalkulierbare, »rationale« Rechtsstaat hat das »irrationale«, in selbstherrlicher Willkür agierende Gewaltmonopol zur Voraussetzung, in dem sich das Kapitalverhältnis, wenn nötig, politisch ausspricht. So ist die Ausnahmegesetzgebung die Bedingung der Möglichkeit von Normalität, und über alle Möglichkeiten zu verfügen, das Geheimnis der Staatsräson. Die Verschmelzung von Geheimnis und Gewalt ist daher eine originäre Leistung der Souveränität, und sie liefert den Gärgrund einerseits des »spontanen« Antisemitismus »von unten«, der als Vorurteil und Pogrom funktioniert, den Nährboden

andererseits des »von oben« organisierten, der die Vernichtung verwaltet und der direkt aus dem Zentrum der Macht kommt.

Denn naturgemäß ist es der Staat, der das organisierende Zentrum des Antisemitismus darstellt, der Staat, der seinen Insassen Loyalität und Treue abnötigt, indem er gewissen Inwärtigen ständig damit droht, sie auszudeutschen, und indem er gewisse Auswärtige sichtbar leiden macht. Aber andererseits ist es der gleiche Staat, der, in seiner wahrhaft historischen Camouflage als bürgerlicher Rechtsstaat, zum Hüter der Menschenrechte sich aufspreizt. Es ist diese notorische Unentschiedenheit, die den Raum öffnet, darin das antisemitische Gerücht grassieren kann.In diesem Widerspruch liegt das Wesen der Souveränität als der bewaffneten, mit demokratischem Procedere legitimierten politischen Macht, die die Akkumulation des Kapitals polizeilich zu kontrollieren, juristisch zu organisieren, ideologisch zu legitimieren und militärisch zu garantieren hat. Um dies zu tun, hat er sich die Individuen zuvor zu homogenem Menschenmaterial zuzubereiten, und solange er als Rechtsstaat handelt, bewirkt er diese Gleichsetzung als Gleichheit vor einem Gesetz, das keine Ausnahmen macht.

Aber die Juden sind und bleiben dennoch die Ausnahme, die die Regel bestätigen muß, solange der Globus keine Weltrevolution gesehen hat und daher in konkurrierende Nationalstaaten parzelliert ist. Auch die vollmundige Rede von den »jüdischen Mitbürgern« kann nicht darüber täuschen, daß sie zum Glück und als potentielle Staatsbürger Israels die Chance haben, den Souverän zu wechseln, wenn es nötig wird. Inmitten dieses Glücks wiederfährt ihnen allerdings aufs Neue das historische Schicksal der Schutzjuden, ihrer Vorfahren. Aber diesmal leben sie nicht mehr »jenseits der Klassengesellschaft«3, und sie stehen auch nicht, wie zu Feudalzeiten und in den Anfängen ihrer bürgerlichen Emanzipation, im unmittelbaren Verhältnis zum territorialen Souverän, sei’s zum Fürsten, sei’s zum Nationalstaat, sondern in Unmittelbarkeit zu Israel.

Israel ist der kollektive Schutzjude der »Völkergemeinschaft«; das eine Mal wird es privilegiert, das andere Mal mit Totalliquidation bedroht. Darin reproduziert das »Konzert der Nationen« exakt jenen Mißklang und die Zweideutigkeit, die schon den Status des Schutzjuden ausmachte. Jeder »jüdische Mitbürger« ist damit geschlagen, mag er auch so deutschnational denken wie der Militärprofessor Wolffsohn. Obwohl die Juden weiter nichts wollen als Gleichheit vor dem Gesetz, müssen sie diese doch ganz besonders wollen, denn für sie ist der Rechtsstaat existentiell, für die Deutschen erwiesenermaßen nicht. Daß die Juden Objekte bleiben, »der Gnade ausgeliefert«, auch wo sie nur auf ihrem Recht bestehen, diese Bemerkung Theodor W. Adornos und Max Horkheimers gilt fort.4 Sie vertrauen auf nichts als auf den Rechtsstaat, aber die »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung« vom 28. Juli, die unter der Schlagzeile »Droht Terrorwelle in der Diaspora?« das Attentat von Buenos Aires meldet, ist ein einziges Dokument ihres überaus begündeten Mißtrauens. »Als Bürger und Einwohner der Länder, in denen sie leben, haben die Juden einen Anspruch auf adäquaten Schutz durch die Behörden vor Ort«, heißt es da, aber schon wenige Zeilen weiter steht die trotzige Feststellung, daß »Israel unter keinen Umständen anderen Staaten die Verantwortung für den Schutz ihrer jüdischen Mitbürger abnehmen kann«.

Der bürgerliche Rechtsstaat ist eine bürokratische Veranstaltung, die das kapitalnotwendige System gleicher Rechte und Pflichten verwaltet, d.h. ein souveräner Apparat, der die Berechtigungen, die er zu vergeben hat, nur austeilen kann, indem er Verpflichtungen zustellt. Diese Anstalt kann nur funktionieren, wenn das Menschenmaterial seinen Zwecken widerspruchslos zur Verfügung steht. Indem die Juden als potentielle Staatsbürger Israels diese Geschäftsordnung außer Kraft setzen, ziehen sie den Verdacht auf sich, sie wollten das Recht ohne die Verpflichtung, die Ausnahme, das Privileg. Das Staatsvolk mag sie nicht, oder haßt sie gar dafür, daß sie sich ihren Souverän aussuchen können und eine Alternative haben. Der demokratische Staat des ganzen und unteilbaren Volkes, dem aus allen Knopflöchern die Volksgemeinschaft guckt, mag sie auch nicht, erstens aus Prinzip nicht, zweitens aus Gründen der »nationalen Identität« nicht und drittens nicht, weil die Juden ihn darauf verpflichten wollen, immer nur Rechtsstaat zu sein. Wer jedoch den Staat nur in demokratischer Gestalt liebt, wer der urdeutschen Parole »Right or wrong – my country« nicht so recht zustimmen mag, wer Vorbehalte macht und Bedingungen stellt, der macht sich allemal verdächtig.

Michel Friedmann zum Beispiel, Mitglied des Präsidiums des Zentralrates der Juden in Deutschland, hat sich verdächtig gemacht, und bloß deshalb, weil er sich darüber äußerte, worin die historische Mission der deutschen Staatsgewalt seines Erachtens besteht und wohin sie zu führen habe: »Nach den unglaublichen Vorfällen in Magdeburg und in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald muß gefragt werden, warum Polizei und Justiz nicht die Effizienz, Kompetenz und das Engagement bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus zeigen, die sie als Hüter der Demokratie eigentlich an den Tag legen müßten« (»Frankfurter Rundschau«, 29.7.94). Wie kommt der Mann dazu, Kriterien aufzustellen, an denen sich die Staatsgewalt soll messen lassen können? Und woher weiß Michel Friedmann, was der Staat »eigentlich« zu tun und zu lassen hat? Ist er verrückt, das gerade aktuelle Staatsideal zur Bekrittelung eines allzeit bereiten Apparates zu mißbrauchen? Warum soll der Staat seine Bestimmung ausgerechnet darin finden, der »Hüter der Demokratie« zu sein? Daß Friedmann (CDU), wie jeder Bürger, ein ontologisches Bedürfnis zu befriedigen hat, daß er auf das Wesen und auf die »Eigentlichkeit« des Staates spekuliert, um dessen tatsächliche Handlungen daran zu messen, um ihn sodann für diese »Seinsverfehlung« (Martin Heidegger) zu tadeln, gehört zum ideologischen Normalbetrieb und nimmt nicht weiter

Wunder. Aber der Verdacht, den Volksstaat und Staatsvolk gemeinsam ausbrüten, besteht darin, daß Friedman gar nicht anders kann. Womit sie allerdings ganz recht haben.

Aus all dem ergibt sich ein Paradox, so kolossal, daß es sich nicht wegdiskutieren, sondern nur über die Abschaffung der Nationalstaaten hinweg aufheben lassen wird. Denn jedes Attentat auf eine jüdische Einrichtung oder auf eine israelische Botschaft ist tatsächlich, im genauen Unterschied etwa zum Pogromversuch von Rostock-Lichtenhagen im Herbst 1992, unmittelbar ein Anschlag auf den Rechtsstaat, eine blutige Probe darauf, ob die Staatsgewalt noch die demokratische Geschäftsordnung befolgen möchte. Im gleichen Maße jedoch, in dem der Gewaltmonopolist diesen Test besteht, wird schon sichtbar, daß der autoritäre Polizeistaat, der allein imstande wäre, die Versprechungen des Rechtsstaates zu realisieren, nicht anders aussehen würde als der Faschismus. Wenn der bürgerliche Rechtsstaat versucht, die Juden zu schützen, schürt er die Geheimnistuerei; indem er jedoch seine Gewalt zum Zwecke ihrer Sicherheit mobilisiert, arbeitet er an seiner eigenen Aufhebung und Beseitigung.

Die Juden flüchten vor Pogrom und Terror in genau die Richtung, aus der ihnen die definitive Gefahr droht. Sie kommen dort um Hilfe ein, wo vielleicht noch nicht der Wille, aber jedenfalls die Fähigkeit zum Äußersten vorhanden ist: »Notwendig falsches Bewußtsein« beweisen sie damit im klassischen, d.h. im tragischen Sinne. Sie sind wirklich die Einzigen, die partout nicht anders können, als die demokratische Ideologie für nichts als die Wahrheit zu nehmen. Und weit und breit ist keine Linke zu sehen, die auf die Weltrevolution hoffen ließe.

Anmerkungen

1 »Ihr müßt euch nämlich darüber im klaren sein«, wußte Machiavelli, »daß es zweierlei Arten der Auseinandersetzung gibt: die mit Hilfe des Rechts und die mit Gewalt. Die erstere entspricht den Menschen, die letztere den Tieren. Da die erstere oft nicht zum Ziele führt, ist es nötig, zur zweiten zu greifen. Deshalb muß ein Herrscher gut verstehen, die Natur des Tieres und des Menschen anzunehmen. ... Ein kluger Machthaber kann und darf daher sein Wort nicht halten, wenn es ihm zum Schaden gereichen würde ...« (*Der Fürst*, Stuttgart 1978, S. 71 f.).

2 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen* (1932), Berlin 1963, S. 18.

3 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft.* Band 1: Antisemitismus, Frankfurt/Berlin/Wien 1980, S. 36. »Da die Juden die einzige Schicht der Gesellschaft waren, auf die der Staat sich in gleich welcher Form und unabhängig von allen Regierungswechseln verlassen konnte, war jede Klasse der Gesellschaft, die mit dem Staat als solchem in Konflikt geriet, antisemitisch geworden, weil die Juden die einzige Gruppe waren, die innerhalb der Nation den Staat zu repräsentieren schienen« (S. 56).

4 Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (1944), Frankfurt 1984, S. 200.

Joachim Bruhn schrieb in KONKRET 6/94 über »Schindlers Liste«

Konkret 09/94, S. 36

Michael Hahn, Günther Jacob

Rhythmand Jews I

Die Zeiten, in denen die »Rassenfrage« in den USA im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stand, sind vorbei. Wo alle nur noch »minorities« sind, ist an die Stelle einer materialistischen Kritik der Rassifizierungspraxis eine konformistische Selbstbezüglichkeit getreten. Erster Teil eines Beitrags über die innere Segmentierung der Gesellschaft und über die Rolle des Antisemitismus im »Patchwork der Minderheiten«

»Wir leben in einer Epoche der Separation von Völkern, Nationen und Individuen entlang ihrer Charakteristika.«
Louis Farrakhan, Februar 1994

»Die hakennasigen Juden sind die Blutsauger unseres Volkes. Sie kontrollieren die US-Zentralbank, und in ihrer Hand befinden sich auch die Massenmedien und die Filmstudios in Hollywood.« Sätze, die zur Hetzrhetorik amerikanischer Neonazi-Gruppen und des Ku-Klux-Klan zählen. Doch diesmal kamen sie aus dem Mund von Khalid Muhammad, der, als er sie im vergangenen November im kleinen Kean College von New Jersey aussprach, noch einer der wichtigsten Sprecher der Nation of Islam (NOI) war. Eingeladen von einer »schwarzen«* Studentengruppe, rechtfertigte Muhammad, nachdem er in seinem Vortrag auch Homosexualität und Feminismus als Bestandteile einer auf Zerstörung der »schwarzen Rasse« zielenden Verschwörung gebrandmarkt hatte, schließlich den Holocaust: »Alle reden immer über Hitlers Vernichtung von sechs Millionen Juden. Aber warum fragt nie jemand: Was haben die Juden denn Hitler angetan? Sie sind nach Deutschland gegangen, so wie sie überall hingehen, haben sich breit gemacht und sich Sachen angeeignet, so daß ein Deutscher in seinem eigenen Land schließlich zu einem Juden gehen mußte, um Geld zu bekommen. Die Juden unterminierten das Gefüge der Gesellschaft.« Die große Mehrheit der etwa 150 anwesenden Studenten und Professoren applaudierte.

Landesweit publik wurde diese Rede erst im Januar dieses Jahres. Nachdem die jüdische Anti-Defamation League (ADL) den Originaltext in einer ganzseitigen Anzeige in der »New York Times« veröffentlicht hatte, brach in den Medien und schließlich auch im US-Senat ein Sturm der Entrüstung los. Im Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzung, die bis heute anhält, kam es sowohl innerhalb der vielen Gruppierungen, die sich als Vertretungsorgane der Afroamerikaner verstehen, als auch im sensiblen Gefüge der amerikanischen »community relations« (so die als »korrekt« geltende Umschreibung für »Rassenbeziehungen«) insgesamt zu erheblichen politischen Standortverschiebungen.

Diese zu beurteilen ist allerdings den deutschen Medien nicht möglich, die zwar im Februar und März relativ breit über den »Vorfall« berichteten, die aber noch in ihrer Verwunderung über das Phänomen eines »schwarzen Antisemitismus« selbst antisemitische Standards reproduzierten, weil sie – bestenfalls – im Rahmen eines der rassistischen Logik verpflichteten Ideals vom »friedlichen Zusammenleben der Rassen« argumentieren.

Die deutsche Trend- und Musikpresse aber, die durch ihr Interesse an HipHop über die Existenz eines afrozentristischen Antisemitismus schon bestens informiert war, als die Bürgerpresse vom Wirken der Nation of Islam und anderer Gruppierungen noch nicht viel wußte, schweigt sich dazu entweder aus oder relativiert die antisemitischen Äußerungen. Über ihre Motive wird noch zu reden sein.

Hätte Khalid Muhammads Rede in New Jersey lediglich die unmaßgebliche Privatmeinung eines verblendeten und haßerfüllten Dummkopfs zum Ausdruck gebracht oder die zwar ärgerliche, aber gesellschaftlich nicht relevante Position einer sich in aberwitzigen Verschwörungstheorien ergehenden obskuren Sekte, so wäre die Angelegenheitnicht weiter erwähnenswert. Doch die 20.000-30.000 Mitglieder umfassende Nation of Islam, der Muhammad angehört, veranstaltet nicht nur alle zwei bis drei Monate in verschiedenen amerikanischen Städten Großkundgebungen, zu denen bis zu 30.000 Menschen strömen und 15 bis 250 Dollar Eintritt bezahlen, um sich vom charismatischen NOI-Chef Louis Farrakhan eine geballte Dosis Moralpredigt und Ressentiment verabreichen zu lassen; die NOI findet inzwischen auch Anerkennung beim afroamerikanischen Bürgertum: Im Juni dieses Jahres konnte Farrakhan erstmals als gleichberechtigter Teilnehmer an einem nationalen African American Leadership-Treffen teilnehmen.

Bei der NOI handelt es sich, wie ein breiteres Publikum seit Spike Lee's »Malcolm X« auch hierzulande weiß (vgl. KONKRET 3/93), um eine seit den 30er Jahren existierende Gruppierung, die einen phantastisch-religiösen Gegenrassismus propagiert, die »totale Separation der Rassen« fordert und dabei auch vor Kontakten zu Nazis und Ku-Klux-Klan nicht zurückschreckt. Ihr Gründer und »Sendbote« Elijah Muhammad, der zusammen mit Louis Farrakhan und Khalid Muhammad seit Jahren auf vielen HipHop-Platten gepriesen wird, baute die NOI auf der Grundlage einer Mixtur aus Elementen des Islam, des Christentums und des Garveyismus auf, die er um eigene skurrile Dogmen ergänzte. Dazu gehören das Postulat einer von einem schwarzen Gott geschaffenen »auserwählten schwarzen Rasse« und die Erzählung von einem bösartigen Gelehrten, der den »blue-eyed devil« schuf. Vor dem Hintergrund eines nicht nachlassenden brutalen rassistischen Drucks auf Millionen Menschen, die 65 Jahre zuvor noch Sklavendienste leisten mußten, entstand so eine

Absage an den christlichen Herrenmenschen, die als einfache Umkehrung seiner Überzeugungen formuliert war. Weil jedoch dieser Sturz des »weißen Vaters« nicht viel mehr in Aussicht stellte als die Unterwerfung unter einen »schwarzen«, fand Elijah Muhammad bis in die 60er Jahre nicht mehr als 400 Anhänger. Erst Malcolm X, der die religiös gefaßte Rede vom »weißen Teufel« als politische Waffe einsetzte, machte aus der NOI innerhalb weniger Jahre eine 40.000 Mitglieder umfassende, neben der Bürgerrechtsbewegung aber praktisch wirkungslose Organisation.

Nach Malcolm X's Ermordung durch drei Black Muslims im Jahr 1965 begann innerhalb der NOI ein Zerfallsprozeß und schließlich ein Fraktionskampf, der sich nach Elijahs Tod 1975 zuspitzte und zur Bildung konkurrierender Gruppen führte. Elijahs Sohn Warith Deen gründete die nicht-rassistische American Muslim Mission, die Funktionäre Silas und Abu Koss die extrem rassistische Lost-Found Nation und andere die elitär-rassistische Gruppe der Five Percenter. Farrakhan, der sich gegen Deen als Nachfolger Elijahs zu etablieren versuchte, trat ab 1978 offen mit dem Anspruch auf, die NOI wieder auf der Grundlage der Lehren des »Messengers« zu rekonstruieren. Er ließ dessen Schriften nachdrucken, veröffentlichte seine Reden auf Schallplatten und gründete die Zeitung »The Final Call«.

Innerhalb von Farrakhans Gruppe hatte Khalid Muhammad unter dem Namen Unity Nation eine Fraktion gebildet, die sich auf die Agitation im Milieu jugendlicher Hustler und Gang-Mitglieder spezialisierte und eine besonders harte und männliche Sprache pflegte. In der von einer kleinbürgerlichen Mitgliedschaft dominierten NOI ist Muhammad seit Jahren für den Kontakt zu HipHop-Gruppen zuständig, über die man Einfluß auf die »schwarzen« Jugendlichen in den ärmeren Vierteln ausüben möchte. Er war Berater für die Auslandstourneen von Public Enemy und betreut besonders intensiv den Koreanerhasser und Antisemiten Ice Cube (Titelheld von »Spex« 3/93), der ihm dafür auf seinem letzten Album »Lethal Injection« (auf dem er u.a. »Mischehen« als »Rassenschande« bezeichnet) mit gesampleten Redeauszügen dankte.

In den 80er Jahren erreichte die NOI unter Farrakhans Führung nicht nur erneut die personelle Stärke der Malcolm X-Jahre, sondern sie konnte auch ihre frühere Isolation durchbrechen. Heute bewegt sie sich auf einem Feld, das sie keineswegs alleine bestellt. Sie kann sich auf einen in den mittleren 80er Jahren populär gewordenen neuen Black nationalism stützen, der vom separatistischen politischen Nationalismus bis zu den religiösen, spirituellen oder nur modischen Spielarten des sogenannten Cultural nationalism ein weites Spektrum umfaßt. Auf eigene Rechnung, aber selten in wirklicher Konkurrenz zur NOI, wirken in den Ghettos zudem zahlreiche, meist landesweit bekannte antisemitische Demagogen – Rev. Al Sharpton, Sonny Carson, Steve Cokely, Kwame Ture (Stokely Carmichael), JituWeusi u.a. – als »community activists«. An den Universitäten haben sich vor allem in den vergangenen fünf Jahren in den Black Studies-Instituten zahlreiche »afrozentrische« Professoren mit rassistischen und antisemitischen Ausfällen einen fragwürdigen Namen gemacht. Die bekanntesten unter ihnen – viele sind schon seit den 60er Jahren tätig – sind Molefi Asante, Maulana Karenga, Leonard Jeffries, John Henrik Clarke und Tony Martin. Indem sie den eurozentrischen Sichtweisen spiegelbildliche afrozentrische Weltbilder entgegensetzen und diese dann radikalisieren, landen sie selbst bei einem Rassismus, in dem sich biologistische und phantastische Momente zu grotesken Verschwörungstheorien verdichten: Eine davon besagt zum Beispiel, daß Rasssimus und Konkurrenzdenken auf den zu niedrigen Melanin-Gehalt in der Haut europäischer »ice people« zurückzuführen seien, während die »sun people« aus dem warmen Afrika biologisch auf Kooperation und Harmonie programmiert seien. Das Buch *The Secret Relationship between Blacks and Jews*, 1991 vom Research Departement der NOI herausgegeben – die autoritäre Berufung auf Wissenschaft wird auch durch über 1.200 Fußnoten unterstrichen – wird in vielen Uni-Grundkursen als Standardwerk zur Geschichte der Sklaverei benutzt.

Selbst die berüchtigten *Protokolle der Weisen von Zion* (die auch in Ost- und Westeuropa wieder verstärkt zirkulieren) finden sich auf den Büchertischen von »Black Student Unions« an manchen Universitäten und in afroamerikanischen Buchläden. Nationalistische Studentengruppen laden regelmäßig NOI-Sprecher und andere antisemitische Redner, wie Professor Griff (Ex-Public Enemy) oder Kwame Ture auf den Campus. Auch etliche »schwarze« Radiostationen mit ihren beliebten »call in«-Sendungen sowie viele der afrozentrisch orientierten Lokalzeitungen (in New York z.B. »City Sun« und »Amsterdam News«) bieten solchen Predigern breiten Raum.

Die NOI ist somit zwar die profilierteste antisemitische Kraft, die im Namen aller Afroamerikaner zu sprechen beansprucht, aber sie ist gleichzeitig Teil einer antisemitischen Strömung, die in den letzten Jahren in einem allgemeinen Klima von religiösem Fundamentalismus und »ethnischem« Separatismus gedeihen konnte, das sich zunehmend in der US-Gesellschaft ausbreitet.

Daß die weitaus gefährlicheren rassistischen und antisemitischen Tendenzen sich nach wie vor bei denen finden, die sich zur »weißen« Bevölkerungsmehrheit zählen und über die Macht verfügen, ihre Ressentiments wirksam werden zu lassen, steht dabei außer Frage. Erinnert sei an die 55 Prozent der »weißen« Wähler, die 1991 in Louisiana für den ehemaligen Ku-Klux-Klan-Führer David Duke stimmten (s. KONKRET 3/92), an den antisemitischen Demagogen Pat Buchanan, der als republikanischer Präsidentschaftskandidat für 1996 gehandelt wird, oder an die etwa 300.000 Mitglieder umfassende »Christian Coalition« des Fernsehpredigers Pat Robertson.

Aber wenn es sich bei dem anwachsenden »schwarzen Antisemitismus« auch um einen Antisemitismus der selbst Rassifizierten und Marginalisierten handelt, wäre es doch falsch, ihn deshalb bagatellisieren zu wollen. Gerade Linke und

subkulturelle Szenen führen da gerne ein Argument an, daß auch Farrakhan vor einiger Zeit in einem CNN-Interview vorbrachte: »Rassismus setzt den Besitz von Macht voraus.« (Wortgleich argumentiert z.B. die Berliner Zeitschrift »Perspektiven« in ihrem Sonderheft zu Malcolm X: »Kein Rassismus ohne Macht«, und Diedrich Diederichsen bestand in KONKRET 1/92 auf der Einschränkung, daß Farrakhan ja »nicht Raub und Mord einer Macht vorbereitet«.)

Der Rassismus der selbst Diskriminierten bildet die affektive Gegenseite des herrschenden Rassismus. Es ist ein Rassismus, dem die Zähne gezogen wurden und der sich deshalb gegen Menschen richtet, die entweder tatsächlich noch machtloser sind oder von denen man annimmt, daß sie zwar sozial weiter oben stehen, aber von denen gehaßt werden, die wirklich über Macht verfügen. Der »Rassismus der Armen« (A. Memmi) ist, soweit er sich gegen andere »Minderheiten« richtet, einer, der sich bei den Mächtigen anbiedert und deshalb eine gebrochene und widersprüchliche Unterordnung zum Ausdruck bringt. Die Pogrome gegen Inder in Ostafrika und gegen Chinesen in Südostasien (etwa in Indonesien, wo wiederholt Arbeiterstreiks in Pogrome umschlugen) zeigen, daß der Besitz von Macht keine Voraussetzung für einen mörderischen Rassismus ist. Wie Hannah Arendt feststellte, ist dazu nicht einmal die Existenz einer »Bewegung« oder einer klar umrissenen Ideologie notwendig. Wer erkennen kann, daß die Beherrschten in den Prozeß der Erhaltung rassistischer Machtstrukturen einbezogen sind, macht damit im übrigen die besondere Verantwortung der machthabenden Gruppen keineswegs kleiner.

Die große Mehrheit der (meist christlich orientierten) Afroamerikaner wird wohl nie an Farrakhans göttliche Größe glauben, die *Black Muslims* werden in den USA wohl kaum dorthin gelangen, wo wirkliche politische Macht ausgeübt wird, und ihre Klientel ist in dieser Gesellschaft weitgehend ohne Einfluß. Trotzdem haben (nicht nur) jüdische Organisationen allen Grund, sich gegen Farrakhans und anderer Demagogen Hetztiraden zur Wehr zu setzen: Deren Einfluß wurde zum Beispiel im Sommer 1991 deutlich, als im New Yorker Stadtteil Crown Hights der australische Jude Yankel Rosenbaum Opfer eines Lynchmordes wurde und »schwarze« Jugendliche, während sie Geschäfte von Juden plünderten, »Heil Hitler« und »Where is Hitler when we need him?« skandierten, wie Cornel West berichtete. Die antikoreanischen Ausschreitungen während der Riots im Mai 1992 in Los Angeles, denen die Kampagnen diverser rassistischer Agitatoren (Sony Carson, Ice Cube) vorangegangen waren, haben gezeigt, daß es auch andere treffen kann.

Alarmierend ist nicht zuletzt, daß sich gegenwärtig bei den im Namen der »Schwarzen« sprechenden Organisationen die Bereitschaft abzeichnet, auf Kosten der US-amerikanischen Juden eine Angleichung widerstreitender Standpunkte und Interessen herbeizuführen. Zwei Monate nach Khalid Muhammads Rede am Kean College ermahnte Farrakhan seinen Kronprinzen öffentlich – nicht zum ersten Mal, doch dazu später – und enthob ihn seiner Funktionen als Chef des Harlemer Tempel No.7 (dort wirkte früher Malcolm X) sowie als nationaler Repräsentant der NOI. Muhammads Vortrag, so Farrakhan, habe gegen den Geist des Islam verstoßen, weil sein Stil abstoßend, scheußlich und gemein gewesen sei. Muhammad habe zwar in der Sache richtig gelegen (»while I stand by the truths that he spoke ...«), habe aber durch seine Wortwahl nicht die NOI, sondern nur sich selbst repräsentiert. Tatsächlich aber hat die Disziplinarmaßnahme mehr mit Farrakhans Versuch zu tun, die NOI zu konsolidieren und sie als anerkannte Repräsentantin der Afroamerikaner zu etablieren. Die Voraussetzungen dazu schätzt er nicht ohne Grund als günstig ein, denn nach Muhammads Degradierung verweigerten erstmals viele der einflußreichsten afroamerikanischen Organisationen und Einzelpersonen offen und offensiv die von den Medien eingeforderte Distanzierung von der NOI.

Bislang folgte den von der NOI zielstrebig provozierten antisemitischen »Skandalen« ein stereotypes Ritual: Die patriotisch-liberale US-Presse forderte die etablierten »black leaders« – meistens »gemäßigte Schwarze« genannt – dazu auf, sich von der NOI oder von anderen Demagogen öffentlich zu distanzieren, was diese dann auch regelmäßig taten (als Reaktion auf Pressekritiken trennte sich z.B. Jesse Jackson von einer NOI-Bodyguard und entfernte David Dinkins die Demagogen Sonny Carson und Jitu Weusi aus seinem Wahlkampfstab). Die Presse, die jederzeit bereit ist, z.B. die rassistischen Äußerungen eines Senators Holling herunterzuspielen – Holling hatte im Februar öffentlich »Witze« über »schwarze Kannibalen« gemacht – geht dabei wie selbstverständlich davon aus, daß afroamerikanische Kongreßabgeordnete oder die NAACP die Verantwortung für »ihre Rasse« tragen (was diese selbst nicht viel anders sehen) und deshalb auch für die »Entgleisungen« von Farrakhan haftbar zu machen sind. Indem sie sich davon distanzieren, können die Gemahnten vor der Öffentlichkeit erneut ihre moralische Integrität beweisen und es so vermeiden, sich den Bonus zu verscherzen, den man ihnen seit den Tagen der Civil-rights-Bewegung zugesteht. Nur indem sie immer wieder einen Eid auf das Ideal einer »farbenblinden« Gesellschaft ablegen, verdienen sie sich – eine verblüffende Logik – ihre Anerkennung als Vertreter »der Schwarzen«. Niemand käme hingegen auf die Idee, »weiße« Politiker als »white leader« zu bezeichnen und von ihnen zu verlangen, daß sie sich in dieser Eigenschaft von den rassistischen Äußerungen »ihres« Senators distanzieren. »Weiße« Politiker gelten als »universal«, alle anderen hingegen als »Vertreter ihrer Rasse«.

Für die Medien ist das »American race problem« vor allem eine Folge unnötiger Vorurteile, eines Mangels an liberalem Respekt vor dem Differenten und somit nicht ein strukturelles, sondern ein individuell-psychologisches Problem. Die Praxis der Rassifizierung und Kulturalisierung des Sozialen möchten sie hinter leeren Universal-brotherhood-

Abstraktionen verschwinden lassen, die unter den Slogans Harmony & Communication, PC & Understanding sowie Interracialism & Multiculturalism gehandelt werden.

Nun jedoch, nachdem Farrakhan seinen Assistenten vorübergehend aus der vordersten Linie genommen hatte, verweigerten viele der »black leaders« erstmals dieses Ritual. Wer die Hintergründe kennt, weiß, warum dies die US-amerikanischen Juden schockieren mußte: Die vor 85 Jahren gegründete und heute 675.000 Mitglieder starke Bürgerrechtsbewegung National Association for the Advancement for Coloured People (NAACP), von der NOI bisher als »jüdisch finanzierte Organisation« beschimpft, bemüht sich derzeit intensiv um das Zustandekommen einer »coalition of Black Groups«. Ende Juni fand deshalb im Hauptquartier der NAACP in Baltimore ein dreitägiges »Gipfeltreffen« (»National African American Leadership Summit«) statt, an dem knapp einhundert Intellektuelle, Geschäftsleute und Repräsentanten der wichtigsten »schwarzen« Organisationen teilnahmen. Mit von der Partie war – als völlig gleichberechtigter Leader – auch Louis Farrakhan.

Einladung und Teilnahme Farrakhans, gegen die vor dem Versammlungsort mehrere Organisationen US-amerikanischer Juden demonstrierten, setzten ein Signal, dessen negative Wirkung kaum zu überschätzen ist. Denn die NAACP gibt damit die Bereitschaft zu erkennen, ihren Mangel an »credibility« bei vielen jüngeren »Schwarzen« (das Insistieren auf »Glaubwürdigkeit« spielt eine zentrale Rolle im HipHop) durch die Kooperation mit einer Gruppierung auszugleichen, für die Antisemitismus zentral ist. NAACP-Chef Benjamin Chavis, der 1993 noch in seiner Organisation einen Aufruf zur Unterstützung einer Großdemonstration gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben durchgesetzt hatte, beherrscht bereits den neuen Ton: »Niemals wieder werden wir es irgendwelchen außenstehenden Kräften (!) erlauben, der afrikanisch-amerikanischen Community vorzuschreiben, mit wem sie sich treffen darf.« Don Rojas, Kommunikations-Direktor der NAACP, ging noch weiter und behauptete, Farrakhan sei überhaupt kein Antisemit. Chavis, der seine Idee eines auch die NOI und Jacksons Rainbow Coalition einschließenden breiten Bündnisses unter dem Dach der NAACP bereits im vergangenen Herbst lanciert hatte, gesteht offen ein, daß er sich von einer Zusammenarbeit mit der »radikalen« NOI einen besseren Zugang zur Younger generation verspricht. Ganz im Bewußtsein seines Sieges konnte sich Farrakhan da moderat geben und alle »schwarzen« Gruppen dazu auffordern, verstärkt nach einem gemeinsamen Nenner zu suchen. Niemand könne die Probleme der »Schwarzen« im Alleingang lösen, und deshalb solle jede Gruppierung die Wertvorstellungen der anderen respektieren.

Zu den wenigen Stimmen, die vor diesem Bündnis warnen, zählen das NAACP-Führungsmitglied Julian Bond und Denton Watson, der ehemalige Public Relations-Direktor der Organisation. Bond sprach von einer »schändlichen Wende«, und Watson erinnerte daran, daß es bisher übliche NAACP-Praxis war, bei der Einladung von antirassistischen Kräften auf deren Hautfarbe nicht zu achten. Chavis werte nicht nur die NOI auf, sondern ersetze das bewährte Konzept einer breiten Koalition von Antirassisten durch den Aufbau eines unmoralischen »schwarzen Bündnisses« (das nach dem Willen von Chavis in Zukunft auch »Hispanics« umfassen soll, nicht aber asiatische Einwanderer).

Während diese Stimmen ungehört blieben, ließ die in Aussicht gestellte »black unity« viele als links oder progressiv geltende Prominente umkippen. Zum Beispiel den durch seinen Bestseller *Race Matters* und seine Mitgliedschaft bei den Demokratischen Sozialisten bekannt gewordenen Philosophie-Professor Cornel West: »Mit vielen von Farrakhans Sichtweisen bin ich nicht einverstanden, aber wir brauchen den Black American dialogue.« »Ganz plötzlich«, so der liberale jüdische Kolumnist Richard Cohen in der »Washington Post«, war auch für West »Rasse das einzige Ding, das zählt«.

Eine vorbehaltlose Zurückweisung der Hetzreden Farrakhans ist heute unter »schwarzen« Intellektuellen kaum noch anzutreffen. Zu den bemerkenswerten Ausnahmen zählt der (u.a. durch Interviews in »Taz« und »Zeit«) auch hierzulande bekannte Literaturwissenschaftler Henry Louis Gates. Selbst die linksfeministische Autorin bell hooks rechnet den Antisemitismus gegen einen »anti-black racism« unter US-amerikanischen Juden auf. Andere, darunter auch West, führen die israelische Besatzungspolitik, die israelische Unterstützung für das südafrikanische Apartheidregime oder die Existenz jüdischer Geschäftsleute und Vermie-ter als Faktoren an, die man bei der Bewertung des »schwarzen« Antisemitismus nicht übersehen dürfe.

Für den linken afroamerikanischen Theoretiker Adolph Reed hat die verbreitete Relativierung des NOI-Antisemitismus durch Verweis auf angebliche »positive Leistungen« der Organisation ihre Grundlage in einer Verachtung gegenüber den Marginalisierten, zu der viele Angehörige der afroamerikanischen Mittel- und Oberschicht neigen. Was ihnen – von West bis Farrakhan – gemeinsam ist, ist ein »black middle-class paternalism« gegenüber der armen »schwarzen« Bevölkerung: Alle, so Reed, sind sich einig in der Diagnose einer bei den unteren Klassen verbreiteten infantilen Hilflosigkeit. Voller Verachtung für die sozialen Verlierer spricht man in den etablierten Kreisen von einer verantwortungslosen Grundeinstellung und Disziplinlosigkeit in den Ghettos und versichert, daß gegen Drogengebrauch, (weibliche) sexuelle Zügellosigkeit, Schwangerschaften bei jungen Mädchen und die Tendenz zur Auflösung familiärer Strukturen auch Sozialprogramme nicht helfen können. Das afroamerikanische Bürgertum, so Reed, pocht auf die Zuständigkeit für »seine« Unterklasse (»nicht-schwarze« Marginalisierte interessieren nicht weiter) und konfrontiert die Deklassierten mit seinen

eigenen »Werten« von Sitte und Anstand, Kleinfamilie unter männlichem Vorstand und Leistungsbereitschaft. Von der Notwendigkeit einer moralischen Läuterung des Subproletariats sind alle überzeugt: West empfiehlt die christliche Kirche, Farrakhan den Islam, und alle zusammen propagieren eine zynische Self-Help-Ideologie, die letztlich Staat und Gesellschaft von jeder Verantwortung befreit und den Marginalisierten die Schuld an ihrer Lage zuweist. Indem man den unteren Klassen »ökonomische Autonomie« und »Selbsthilfe« predigt, spricht man sie nicht mehr als Bürger an, denengegenüber die Gesellschaft ihre Verpflichtungen zu erfüllen hat. Das »schwarze« Bürgertum entlastet damit den »weißen« Mainstream und wird von diesem im Gegenzug als die für die »schwarzen« Unterklassen zuständige Instanz anerkannt.

In der Diagnose einer moralischen Verkommenheit der unteren Klassen und in der Empfehlung von Selbsthilfe sind sich die »militante« NOI und das »gemäßigte« afroamerikanische Bürgertum schon lange einig. Während sich die NOI jedoch in ihrer Praxis als die disziplinliertere Ordnungstruppe darstellt und jederzeit auch mit den Behörden zusammenarbeitet, vergaß sie es am Ende ihrer Moralpredigten bisher nie, entweder pauschal alle »Weißen«oder gezielt »die Juden« (nicht jedoch das System einer »ethnisierten« Konkurrenzökonomie) für den behaupteten Werteverfall verantwortlich zu machen. Solange andere Kräfte sich verpflichtet fühlten, zur rassistischen Rhetorik der NOI auf Abstand zu gehen, konnte der Respekt vor ihrer Praxis immer nur indirekt ausgesprochen werden. Für Reed ist es nun nicht überraschend, daß die NOI weithin als Ordnungsfaktor akzeptiert wird und daß schon die geringsten Andeutungen einer »Mäßigung« auf Seiten Farrakhans die zurückgestaute Zustimmung offen zu Tage treten lassen.

Die von Farrakhan als »anti-black and anti-american« bezeichnete jüdische Bürgerrechtsorganisation ADL listet einschlägige Äußerungen seit Jahren detail-liert auf. Sie hat selbstverständlich registriert, daß auch »weiße« Rechtsradikale der NOI Beifall zollen, etwa die Wochenzeitung »Spotlight« der antisemitischen »Liberty Lobby« oder Lyndon LaRouches Wochenzeitung »New Federalist«, die die zwangsweise Tätowierung von HIV-Infizierten fordert und regelmäßig über »Aids-Kliniken« der NOI berichtet.

Natürlich sind die Motive der Rechten und Nazis andere als die Jesse Jacksons oder Kweisi Mfumes, des Vorsitzenden der Versammlung »schwarzer« Kongreßabgeordneter (Congressional Black Caucus – CBC). Jackson hatte schon Anfang des Jahres zu einer Konferenz der »Regenbogenkoalition« nach Washington geladen – unter den Gästen befanden sich u.a. die Justizministerin Janet Reno, mehrere »schwarze« Bürgermeister, der Regisseur Spike Lee sowie der Schauspieler Bill Cosby – und dort eine Neuorientierung der Bürgerrechtsbewegung gefordert. Der Kampf sei heute gegen Kriminalität, Drogen und Teenager-Schwangerschaften sowie für Ausbildung und Wohnungen zu führen. Im Mittelpunkt sollte seiner Meinung nach zunächst der Widerstand gegen die »BBB's« (Bad Black Brothers; gemeint sind Streetgangs, Gangsta Rapper u.a.) stehen. Auf dieser Konferenz wurden die von Reed kritisierten Positionen des »schwarzen« Bürgertums öffentlich und offensiv formuliert. Mfume forderte die »Rückkehr zu den Grundtugenden, die uns durch vierhundert Jahre der Sklaverei geholfen haben«, und Jackson machte den Gangsta Rap für den »Terror auf den Straßen« verantwortlich. Etwa zur gleichen Zeit unterstützten Jackson und Farrakhan mit fast wortgleichen Statements die »gun control«-Initiative Bill Clintons, und für Anfang 1995 schlug Farrakhan eine gemeinsame Großdemonstration von einer Million »schwarzer« Männer unter dem Motto »Ich will nie meine Hand gegen meinen Bruder erheben« vor.

Wo Jackson außer Worten nicht viel anzubieten hat, kann Farrakhan auf konkrete Erfolge verweisen: Geschäftsleute und Hauseigentümer bezahlen seit Jahren die Sicherheitsdienste der NOI für die Vertreibung von Dealern, und mehrere Bürgermeister haben in den letzten Jahren Farrakhan den Schlüssel ihrer Stadt überreicht, weil sich die NOI dort im Kampf gegen Drogen und Verbrechen hervorgetan hatte. 1989 gratulierte der District of Columbia der NOI für die erfolgreiche Vertreibung von Dealern aus einem Appartment-Komplex, und im September 1993 wurde Farrakhan für seine Ordnungspolitik von der Jahrestagung der Versammlung des Congressional Black Caucus geehrt. Kweisi Mfume,der vor allem von der »Disziplin« der NOI beeindruckt ist, bot ihr schon damals einen »Heiligen Bund« an. Motto: Trotz Judenhetze, viele gute Ansätze.

Mit der keineswegs nur »taktischen«, sondern eben auch inhaltlich begründeten Anbiederung des afroamerikanischen Establishments an die antisemitische NOI und mit ihrer Aufnahme in die erlauchten African American Leadership-Kreise bricht gegenwärtig wohl endgültig die sogenannte Black-Jewish Alliance zusammen, die jahrzehntelang einer der wichtigsten Grundpfeiler antirassistischer Politik in den USA war. Diese nicht nur informelle Allianz beruhte auf teilweise vergleichbaren Erfahrungen mit rassistischen Angriffen und mit der Ausgrenzung durch die angelsächsische Elite. Trotz unterschiedlicher Lebenswelten, unterschiedlicher Vorgeschichten und trotz des »white-skin-bonus«, den Rassisten unter bestimmten Voraussetzungen auch an Juden vergeben, funktionierte die gegenseitige Unterstützung. In dem amerikanischen »Z Magazine« hat bell hooks in einem Rückblick auf ihre Jugend im segregierten Süden daran erinnert, wie sich christliche Afroamerikaner mit der Leidensgeschichte der Juden identifizierten und dafür auch Anhaltspunkte im täglichen Erleben fanden: »Vor allem war uns bewußt, daß Antisemitismus und Anti-Black-Rassismus fundamental zusammenhingen. Man konnte nicht in einem Klan-Land aufwachsen und diesen Zusammenhang übersehen. Es war tief in unserem Bewußtsein verankert, daß wir als Südstaatenschwarze dem Antisemitismus widerstehen mußten.«

So war es selbstverständlich, daß die NAACP 1910 unter maßgeblicher jüdischer Beteiligung aufgebaut wurde und daß die von W.E.B. DuBois gegründete NAACP-Zeitschrift »The Crisis« eng mit der New Yorker Tageszeitung »Jewish Daily Forward« zusammenarbeitete. Eine gemeinsame politische Heimat fanden viele Juden und Afroamerikaner in den 30er Jahren auch in der damals bedeutendsten antirassistischen Organisation, in der Kommunistischen Partei und ihren Massenorganisationen. Auch in der Bürgerrechtsbewegung der 50er und 60er Jahre waren viele Juden aktiv. Zwei der drei Bürgerrechts-Aktivisten, die im Juni 1964 in Philadelphia/Mississippi vom Ku-Klux-Klan ermordet wurden, waren Juden; der dritte war Afroamerikaner.

Als mit der formalen bürgerlichen Gleichstellung die Ziele der Bürgerrechtsbewegung erreicht waren, lockerten sich aus verschiedenen Gründen die Bindungen. In der seit den mittleren 60er Jahren erstarkenden Black Power-Bewegung fanden Antisemiten erstmals größeren Zuspruch. Nicht nur LeRoi Jones (Amiri Baraka) zog damals von Campus zu Campus, um seine Hetzlyrik gegen Juden vorzutragen: »Another bad poem cracking steel knuckles in a jewlady's mouth« heißt es zum Beispiel in der Schlußzeile seines Gedichtes »Black Art« (1966). Die nationalistischen Kräfte drängten schließlich systematisch »weiße« – und damit eben häufig auch jüdische – Aktivisten aus den politischen Zusammenhängen heraus.

Obwohl auch heute noch jüdische US-Amerikaner europäischer Herkunft die politischen Forderungen von Afroamerikanern engagierter unterstützen, als es andere »Weiße« (und andere »minorities«) tun, kursiert seit Jahren die Rede vom »jüdischen Verrat an den Schwarzen«. Die moderateste Variante lebt von der Behauptung, viele Juden seien sozial aufgestiegen und beuteten nun als Geschäftsleute, Hauseigentümer, Bankiers (bzw., wie in Spike Lees »Mo'Better Blues«, als Jazz-Club-Besitzer) die Afroamerikaner aus oder legten ihnen als Behördenangestellte und Beamte Steine in den Weg. Da es bei antisemitischen Statements um Wahrheit und Widerspruchsfreiheit nicht geht, würde es hier wenig nützen, von der Fortexistenz jüdischer Armut zu berichten und daran zu erinnern, daß seit den 60er Jahren nicht nur Juden, sondern auch viele Afroamerikaner sozial aufgestiegen sind. Bei der NOI und anderen Demagogen hat sich der »jüdische Verrat« – die Formulierung soll natürlich darin erinnern, daß die Juden schon Jesus verraten haben – längst zur Verschwörung ausgewachsen. Danach haben Juden die Bürgerrechtsbewegung nur unterstützt, um die »schwarze Rasse« auf den Irrweg der Assimilation zu bringen und sie darüber wehrlos zu machen. Nachdem die NOI »enthüllte«, daß »75 Prozent aller Sklaven in den Südstaaten jüdischen Sklavenhaltern gehörten« (auch hier würde am falschen Hebel ansetzen, wer dieser Unterstellung die »richtigen Zahlen« entgegenhalten wollte), hat sie inzwischen herausgefunden, daß Spike Lee für seinen Film über den NOI-Abtrünnigen Malcolm X 30 Millionen »Silberlinge« von den »Hollywood-Juden« erhalten hat.

Wie jeder Antisemitismus hat auch der der NOI mit dem historischen oder aktuellen Verhalten von Juden nichts zu tun. Jedes Verhalten von Juden taugt dem Antisemiten als Beleg seiner Überzeugungen. Wenn Juden ein Geschäft führen, ein politisches Amt bekleiden oder eine Zeitung herausgeben, dann gilt das als Ausdruck »jüdischer Macht« – wenn sie es nicht tun, dann beweisen sie damit erst recht ihre Perfidie und ihre Fähigkeit zu verschwörerischen Machenschaften. Es gibt keinen durch jüdisches Verhalten »provozierten Antisemitismus«, und deshalb ist jenen zu mißtrauen, die die Juden beschwören, den Antisemiten keine Vorwände zu liefern. So wenig jedoch der imaginierte Jude mit dem realen zu tun hat, so sehr entscheidet das imaginäre Bild über den Umgang mit den realen Juden.

* Weil der Begriff »afroamerikanisch« die afrikanische Abstammung herausstellt und diese als zentrales Identitätsmerkmal festschreibt, also essentialisierend ist, bevorzugen wir den in Anführungszeichen gesetzten Terminus »schwarz«, der immerhin den Vorteil hat, an die soziale und ideologische Konstruktion von »Rasse« bzw. »Ethnie« zu erinnern. Nur aus Rücksicht auf die Lesbarkeit verwenden wir gelegentlich als Synonym auch »afroamerikanisch«. –

»Rhythm and Jews« ist der Titel einer LP der New Yorker Band Klezmatics.

Michael Hahn besprach zuletzt in KONKRET 5/94 die »Encyclopedia of the American Left«. Günther Jacob schrieb im selben Heft über Nationalismus von links

Konkret 09/94, S. 41

Ludger Weß

Überleben exklusive

Wie westliche Konzerne sich die Grundlagen der Welternährung aneignen

1993 wurde der amerikanischen Biotechnologie-Firma Agrarcetus, die u.a. Baumwollsaaten verkauft, ein Patent auf sämtliche gentechnisch veränderten Baumwoll-Pflanzen erteilt. Dieses erste Patent auf eine Pflanzenspezies gibt der Firma bis zum Jahr 2008 das Recht, zu entscheiden, wer zu welchen Konditionen Lizenzen für die genetische Verbesserung von Baumwolle erhalten soll. Baumwolle wurde ursprünglich von Bauern in Zentral- und Südamerika domestiziert und über Tausende von Jahren züchterisch verbessert. Doch jetzt gehört die Baumwollpflanze Agrarcetus. Ab jetzt ist es illegal, Samen von gentechnisch veränderten Baumwollpflanzen ohne Erlaubnis wieder auszusäen: Die Firma kann von allen Pflanzern Lizenzgebühren verlangen. Nach Boden, Gold und Öl werden jetzt die biologischen Ressourcen, die Gene der »Dritten Welt«, privatisiert.

Seit Jahren versucht die Molekularbiologie der Öffentlichkeit einzubläuen, daß alle Lebewesen nichts weiter seien als chemische Maschinen, die von genetischen Programmen gesteuert würden. Der inzwischen entstandene Typus des biologischen Ingenieurs bemüht sich nach Kräften, den Unterschied zwischen »natürlich« und »künstlich« zu verwischen, und betrachtet alles Leben auf diesem Planeten als eine Ressource, die nach Belieben ausgebeutet und zugerichtet werden kann. Dieses vermessene Weltbild wird seit Jahrzehnten bagatellisiert, belächelt und beklagt – die allerwenigsten haben jedoch damit gerechnet, daß eine solche Sichtweise geschichtsmächtig werden kann. Doch jetzt wird diese Ideologie unwiderruflich zementiert: »Leben ... ist etwas ganz Spezielles, aber biologische Maschinen sind eben Maschinen, die man jetzt verändern, vervielfältigen und patentieren kann«, schrieb die »New York Times« 1980 anläßlich des ersten Patents, das auf ein Lebewesen erteilt wurde.

Die Patentierung von Pflanzen, Tieren und sogar menschlichen Bestandteilenist eine Herausforderung, der sich in denindustrialisierten Ländern die kritische Öffentlichkeit – abgesehen von einigen wenigen politischen Gruppen und Einzelpersonen – bislang praktisch nicht gestellt hat. In den Agrarländern der »Dritten Welt« hingegen kollidiert die Annahme, Lebewesen seien zerlegbare und patentierfähige Maschi-nen, hart mit kulturellen Werten und Traditionen.

Die Kluft, die zwischen dem Naturverständnis des Westens und dem der Bauerngesellschaften der »Dritten Welt« liegt, illustriert ein Beispiel aus Indien. Dort gibt es in jedem Dorf, auf jedem Hof ein Exemplar der indischen Zeder, des Neembaums. Wenn westliche Naturwissenschaftler über diesen Baum berichten, geraten sie ins Schwärmen: Für sie ist er ein »Baum des Überflusses«, ein »Apothekerbaum« oder gar ein »Baum zur Lösung globaler Probleme«. Kein Wunder: Neemrinde, Samen und Blätter enthalten mehr als 20 biologisch aktive Stoffe. Sie wirken nicht nur gegen Schmerzen und eine Reihe von Krankheiten, sondern auch gegen Pflanzen- und Vorratsschädlinge.

Der Neembaum stößt im Westen auf wachsendes Interesse, seit der Gebrauch herkömmlicher Insektenvernichtungsmittel durch strenge Umweltschutzauflagen an Grenzen stößt. In Indien, der Heimat des Neembaums, sind dessen vielfältige Verwendungsmöglichkeiten seit Jahrhunderten bekannt. Die traditionelle indische Medizin bezeichnet ihn als »Mittel gegen alle Leiden«, und der Gebrauch von Neem ist Teil der indischen Alltagskultur. Tausende von Kleinbetrieben stellen aus Neem Medikamente, Pflanzenschutzmittel, Seife und Zahnpasta her. Als Schutzbaum für Pflanzen und Tiere steht er im Mittelpunkt zahlreicher religiöser Bräuche.

Angesichts seiner Vorzüge haben die Perser ihm den Namen »der freie, der großzügige Baum« gegeben. Indische Bauern und Wissenschaftler haben den Baum und ihre Kenntnisse darüber mit ihren Nachbarn und der Weltgemeinschaft geteilt. Westliche Firmen und Wissenschaftler gehen dagegen anders vor. Sie haben mittlerweile über 40 Patente auf Inhaltsstoffe des Baums und Verfahren zu deren Zubereitung eingereicht. Nach den jüngsten Vereinbarungen des internationalen Zoll- und Handelsabkommens Gatt gelten diese Patente jetzt auch in Indien. Damit ist der Neembaum nicht länger frei. Für die Inder eine schockierende Perspektive.

Die amerikanische Firma Grace beispielsweise, die die meisten Patente auf Neem besitzt, könnte damit die vielen neemverarbeitenden Kleinbetriebe Indiens blockieren. Grace baut zur Zeit in Indien eine Fabrik auf, die 20 Tonnen Neemsamen pro Tag aufbereiten soll. Das Rohprodukt wird in die USA exportiert und dort zu »biologischen« Schädlingsbekämpfungsmitteln verarbeitet werden.

Das westliche Patentsystem, so die indische Ökologin Vandana Shiva, ist einseitig auf den Schutz von privaten Geldinvestitionen ausgerichtet. Es orientiert sich ausschließlich an den Erfindungen der modernen Naturwissenschaften und mißachtet die viel älteren kollektiven Innovationen indischer Bauern und Gelehrter: »Die Biotechnologie-Industrie«, so Shiva, »spricht immer von ihrem Anrecht auf Gegenleistung für ihre Investitionen. Gut, aber ich bin der Meinung, daß Investitionen sehr verschieden aussehen können. Die indische Landbevölkerung hat diese Bäume über Jahrhunderte

gezüchtet und viel Pflege investiert. Biologische Vielfalt sicherzustellen, ist auch eine Investition, wenn auch nicht in Form von Geld. Wir müssen dahin kommen, daß dies ebenso akzeptiert wird.«

Auswahl, Zucht und Bewahrung der wichtigsten Kulturpflanzen der Menschheit beruhen in der Tat auf den Fertigkeiten von Generationen von Bauern der »Dritten Welt«. Sich diese Errungenschaften exklusiv anzueignen, wird in den Entwicklungsländern als neue Form des Kolonialismus gesehen: »Im Gegensatz zu dem Kolonialismus der Vergangenheit kommt dieser neue Kolonialismus subtiler und weniger sichtbar und deswegen auch viel gefährlicher daher. Die reichen Länder und ihre Konzerne haben sich bereits fast alle unsere Ressourcen angeeignet, unsere Bodenschätze, unsere Wälder und unsere Böden als Rohmaterial für ihre Industrien. Jetzt, wo diese Ressourcen fast verschwunden sind, wollen sie uns unsere reichhaltigen und vielfältigen biologischen Schätze wegnehmen – unser Saatgut und unsere genetischen Ressourcen«, empörte sich Mohamed Idris, der Vorsitzende des Third World Networks, auf einer internationalen Konferenz über die Rechte von Bauern der »Dritten Welt« im letzten Jahr. Die Folgen sind in der Tat dramatisch – nicht nur für die Entwicklungsländer. Was gegenwärtig privatisiert wird, sind nicht nur einzelne, besonders lukrative Pflanzen, sondern die Basis der Ernährung und des Überlebens der gesamten Menschheit.

Die Entwicklung geht auf das Jahr 1971 zurück. Damals stellte der US-Konzern General Electric und einer seiner Wissenschaftler, Ananda Mohan Chakrabarty, beim amerikanischen Patentamt einen Patentantrag auf eine Bakterie, die durch das Einschleusen fremder Gene in der Lage war, Ölfilme auf Wasseroberflächen abzubauen. Das Patentamt lehnte mit der Begründung ab, daß Lebensformen nicht patentierbar seien. Der Konzern ging in die Berufung, und nach mehreren Instanzen entschied der US Supreme Court 1980, das Patent zu erteilen. Der gentechnisch veränderte Mikroorganismus sei kein Produkt der Natur, sondern Chakrabartys Erfindung.

Diese Begründung war ein Meilenstein für die Bemühungen von Biotechnologiefirmen, ihre kostspieligen Investitionen in die Gen- und Biotechnik abzusichern. Mit der Entscheidung, daß die Veränderung von genetischem Material eine Erfindung und damit patentierbar sei, kam eine Lawine ins Rollen. Rasch folgten Patente auf höhere Lebewesen. Das Europäische Patentamt zog ebenfalls nach: 1988 gewährte es das erste auf eine Pflanze bezogene Patent, und 1992 erteilte es das erste Patent auf ein Säugetier – eine Maus, die auf Grund gentechnischer Eingriffe sehr leicht an Krebs erkrankt. Mittlerweile sind nicht nur gentechnisch veränderte Lebewesen, sondern auch die genetische Information selbst patentierbar, menschliche Gene eingeschlossen.

Damit sind Gene zu einer kostbaren Ressource, zum Betriebskapital eines Industriezweigs geworden, der landwirtschaftliche Produkte, Lebensmittel, Medikamente und Energie erzeugt. Freilich: Die Jagd auf lukrative Pflanzen und Tiere ist seit Jahrzehnten im Gang. Pflanzengenetiker und Abgesandte der Genbanken des Nordens sammeln seit den vierziger Jahren systematisch die Urformen unserer heutigen Kulturpflanzen und die von den Bauerngesellschaften der »Dritten Welt« entwickelten Sorten. Ethnobotaniker durchreisen im Auftrag großer Konzerne seit Jahren die letzten Regenwälder, um sich die Kenntnisse der dort noch lebenden indigenen Völker und ihrer Heilkundigen über nützliche Pflanzen und deren Zubereitung anzueignen. Doch erst jetzt werden diese Schätze wirklich wertvoll. Denn bislang gab es keine Exklusivrechte auf wilde Pflanzen, und für Nutzpflanzensorten gab es nur ein eingeschränktes Schutzrecht, den Sortenschutz, der anderen Züchtern die kostenfreie Verwendung für weitere Züchtungen und den Bauern die Wiederaussaat für den Eigenbedarf erlaubte. Diese Ausnahmeregelungen spielen eine große Rolle: In Deutschland und Frankreich beispielsweise werden bei Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Ölsaaten etwa 50 Prozent, in ärmeren EG-Ländern wie Portugal, Griechenland oder Irland nur 20 Prozent des Jahresbedarfs an Saatgut gekauft. Der Rest wird von der eigenen Ernte zurückbehalten.

Schon das 1961 in vielen westlichen Ländern eingeführte Sortenschutzrecht hatte zunächst einen solchen finanziellen Anreiz geboten, daß bis 1970 mehrere tausend Saatguthersteller von Chemiemultis wie Sandoz, Ciba Geigy und Shell aufgekauft wurden. Doch angesichts der Notwendigkeit, die kostspieligen Investitionen in Gen- und Biotechnologie abzusichern, gerieten diese Sortenschutzrechte wegen ihrer großzügigen Ausnahmeregelungen unter Druck – mit Erfolg: Als erstes konnten die Industrienationen vor kurzem eine Revision der Sortenschutzrechte durchsetzen: Bauern müssen demnächst die Saatguthersteller für die Wiederaussaat geschützter Sorten entschädigen. Damit nicht genug: Die USA drängten, um den Biotechnologie-Boom auch auf den Exportmärkten sicherstellen zu können, auf die weltweite Ausdehnung des Patentschutzes für Lebewesen. Doch Verhandlungen über Schutzrechte und Patente werden auf Grund internationaler Vereinbarungen innerhalb der »Weltorganisation für geistiges Eigentum« geführt, ei-ner UN-Organisation, in der die Entwicklungsländer die Stimmenmehrheit besitzen. Die USA erklärten daher die Patentierung von Lebewesen zu einer wichtigen Angelegenheit des internationalen Handels – also zu einem Verhandlungsgegenstand innerhalb des Gatt-Abkommens.

Zu Beginn der letztjährigen Gatt-Runde lehnten die Entwicklungsländer rechtliche Schutzsysteme für Pflanzen und Tiere rundheraus ab, während die USA und die Schweiz strikt auf einer Patentierbarkeit beharrten. Akzeptiert wurde schließlich ein von den europäischen Ländern vorgeschlagener Kompromiß. Danach müssen alle Mitgliedsländer Patente auf Mikroorganismen und Pflanzenteile zulassen, Pflanzensorten müssen mindestens durch Sortenschutzrechte geschützt

werden können. Nach Abschluß der Verhandlungen Ende letzten Jahres haben jetzt hinter den Kulissen harte Auseinandersetzungen darüber begonnen, wie diese Schutzrechte für Pflanzensorten aussehen sollen. Mexiko wurde von den USA bereits dazu gezwungen, Pflanzensorten zum Patent zuzulassen. Aber selbst wenn eine Regierung nur die Minimalforderung erfüllt, könnte die Patentierung von Pflanzenteilen und Genen die Sortenschutzrechte aushebeln. Denn wer das Patent auf ein Gen in einer Pflanze hält, hat damit automatisch auch die Möglichkeit, über die Verbreitung der Pflanze zu entscheiden.

Die weltweite Ausdehnung des Patentschutzes für Lebewesen erlaubt es jetzt, das Erbgut von Wild- und Nutzpflanzen wie Neuland in Besitz zu nehmen. Die Agrarmultis können über Pflanzen, deren Teile und Gene und selbst über Verfahren zur Herstellung neuer Sorten exklusiv bestimmen. Für Millionen von Bauern in den Entwicklungsländern, die westliches Saatgut verwenden, bedeutet diese Neuerung, daß sie nicht mehr wie bisher frei über die Samen der auf ihrem Boden gezogenen Pflanzen verfügen können. Bislang werden beispielsweise in Indien 60 Prozent des jährlichen Saatgutbedarfs durch Tausch oder Teile der eigenen Ernte gedeckt und der geerntete Samen als Ausgangsmaterial für neue Züchtungen benutzt. Damit wird es in Zukunft vorbei sein, und dementsprechend riesig ist das kommerzielle Potential. Experten schätzen, daß die »Dritte Welt« in Zukunft jährlich etwa 60 Milliarden Dollar allein an Lizenzgebühren für patentierte Pflanzen ausgeben muß.

Auch die Gene selbst werden zur Handelsware – nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Sektoren, etwa der pharmazeutischen Industrie. Neue Screening-Methoden sind in der Lage, potentielle Heilpflanzen innerhalb von Wochen zu Tausenden auf Wirksamkeit durchzutesten. Hier bilden die Regenwälder das vermutlich wertvollste Reservoir an Pflanzen. Mehr als zwanzig Pharmafirmen und Forschungsinstitute haben inzwischen Sammlungsprojekte initiiert und sich dabei bisweilen vertraglich ganze Urwälder zur exklusiven Ausbeutung gesichert. Die kanadische Rural Advancement Foundation International (RAFI) hat über siebzig Fälle zusammengetragen, in denen diese Aktivitäten zur Isolierung und Patentierung lukrativer Gene und Inhaltsstoffe führten.

Die Privatisierung von Lebewesen und deren Genen wird die Erzeugung von gentechnisch manipulierten Pflanzen und Nahrungsmitteln erst richtig in Gang bringen, denn nur Pflanzen, die durch gentechnische Eingriffe verändert sind, haben Chancen auf ein Patent. Mit der Gentechnik läßt sich Erbmaterial beliebiger Herkunft in Nutzpflanzen einschleusen – Gene für Krankheitsresistenzen, zur Schädlingsabwehr oder für ganz neuartige Eigenschaften. So gibt es bereits Pflanzen mit dem Gen für ein Skorpiongift, das Freßfeinde abtöten soll, und Nutzpflanzen, die nur noch im Paket mit Herbiziden und Wachstumsregulatoren des gleichen Konzerns taugen. Die Bauern sind gezwungen, nicht nur das Saatgut, sondern auch die vorgeschriebenen Chemikalien zu erwerben. Fast jeder Herbizidhersteller entwickelt gegenwärtig Nutzpflanzen, die gegen das eigene Produkt resistent sind. Die dadurch erwarteten Umsatzsteigerungen beziffern einzelne Konzerne auf über 100 Millionen US-Dollar jährlich. Die Innovationsspirale dreht sich ohnehin immer schneller: Eine weltweit in Monokultur angebaute moderne Hochleistungssorte ist heute nach ca. sechs Jahren verschlissen – danach haben Krankheitserreger und Schädlinge die eingekreuzten Resistenzen überwunden.

Die genetische Manipulation bietet außerdem die Möglichkeit, die Pflanzen so zu verändern, daß der Patentschutz nicht mehr umgangen werden kann: Das Saatgut eignet sich nicht mehr zur Neuaussaat. Zahlreiche patentierte Erfindungen der letzten Zeit beschäftigen sich mit der Herstellung von neuartigen Hybridpflanzen und der Einführung von Sterilitätsfaktoren. Es ist damit zu rechnen, daß in einigen Jahrzehnten das Hochleistungssaatgut aller Nutzpflanzen für jeden Anbauzyklus neu gekauft werden muß; herkömmliche Sorten werden, da sie weit weniger lukrativ sind, vom Markt verschwinden.

Die Bauern der »Dritten Welt« haben indessen schon mit den neuen Pflanzen der »Grünen Revolution« schlechte Erfahrungen gemacht. Zwar stiegen die Erträge, doch die auf Hochleistung gezüchteten Pflanzen benötigten auch mehr Dünger und Pestizide, und ihre genetische Uniformität machte sie extrem empfindlich gegen Schädlinge. Patentgeschütztes neues Saatgut, das aus technischen oder rechtlichen Gründen nicht mehr ausgesät werden kann, macht die Bauern im übrigen noch abhängiger von der Saatgutindustrie. Steigende Preise oder schleppende Belieferung können kleinere Betriebe rasch in den Ruin treiben. Für die Kleinbauern sind Lizenzgebühren und regelmäßige Saatgutkäufe ohnehin Posten, die in ihrer Kostenrechnung bislang nicht auftauchen. Andererseits wird sich die kapitalkräftige Konkurrenz die in Zukunft fälligen Lizenzgebühren auf patentgeschützte Sorten leisten können. Dann werden mit den herkömmlichen Sorten kaum noch Erträge zu erzielen sein. Die Bauern befürchten daher, durch die Patentierung in einen neuen Zyklus von Abhängigkeit und Verdrängung zu geraten.

Durch diese Entwicklung wird die Nahrungsmittelproduktion, die weltweit schon jetzt von wenigen Konzernen beherrscht wird, weiter konzentriert. Immer mehr Menschen, die gegenwärtig noch zu einer eigenständigen Existenz in der Lage sind, wird diese Lebensgrundlage entzogen werden. Gleichzeitig geht dadurch die Verantwortung für die Welternährung in die Hände einiger weniger Konzerne über.

Daß dies keine aus der Luft gegriffenen Befürchtungen sind, belegen zwei Patenterteilungen, die einem einzigen Konzern die Rechte auf eine ganze Pflanzenart erteilen. Die Firma Agrarcetus, eine Tochter des US-Konzerns W. R. Grace, erhielt

im Oktober 1992 ein Patent auf sämtliche gentechnisch veränderten Baumwollpflanzen. Das Patent gilt seit Unterzeichnung des Gatt-Abkommens in Regionen, deren Produktion 60 Prozent des Weltbedarfs deckt, und betrifft mindestens 190 Millionen Menschen, die vom Baumwollanbau leben. Damit nicht genug: Das Europäische Patentamt erteilte Agrarcetus in diesem Jahr ein weiteres Patent, und zwar auf sämtliche gentechnisch veränderten Sojabohnen. Agrarcetus kann jetzt alle Veränderungen von Baumwolle und Soja monopolisieren.

Doch inzwischen regt sich Widerstand gegen solche Piraterie. Indien, der drittgrößte Baumwollproduzent nach den USA und China, hat bereits erklärt, daß es trotz Unterzeichnung des Gatt-Abkommens den Patentanspruch nicht anerkennen wird. Die indische Regierung reagiert damit auf den massiven öffentlichen Druck der Bauern, die sich seit einigen Jahren mit riesigen Massendemonstrationen und in direkten Aktionen gegen die Patentierung von Lebewesen und gegen die Plünderung ihrer genetischen Ressourcen zur Wehr setzen.

Auf den Protestdemonstrationen wurde der Vorwurf des Mißbrauchs geistigen Eigentums umgedreht. Bauern beschuldigten die westlichen Saatgutkonzerne, über Jahrzehnte die in Generationen erworbenen Kenntnisse und Sorten der Kleinbauern ohne Kompensation genutzt zu haben. Auf diesem »kollektiven geistigen Eigentum« beruhen tatsächlich alle westlichen Neuzüchtungen, für die jetzt teuer bezahlt werden soll.

Viele Bauernorganisationen hatten gehofft, daß das 1992 in Rio vereinbarte »Abkommen über genetische Vielfalt« ihnen eine Kompensation für diesen Gentransfer sowie Zugang zu den Genbanken und Technologien der Industrieländer garantieren würde. Die USA und der Rat der Europäischen Union haben jedoch inzwischen erklärt, daß sie die Konvention nur mit einer »interpretierenden Erklärung« ratifizieren wollen. Darin soll festgehalten werden, daß die Industrieländer weiterhin das genetische Material der »Dritten Welt« patentieren dürfen, um es anschließend in »veredelter« Form gegen Lizenzen wieder dorthin zu verkaufen.

Auf einer internationalen Konferenz über die Rechte von Bauern der »Dritten Welt« im Oktober 1993 verabschiedeten Delegierte von Bauernorganisationen aus Afrika, Asien und Lateinamerika ein Aktionsprogramm gegen die Patentierung von Lebewesen und erklärten das Saatgut, die Pflanzen und den gesamten biologischen Reichtum der »Dritten Welt« zum »gemeinsamen intellektuellen Besitz der Völker der Dritten Welt«. Sie kamen überein, Informationen über Alternativen zur »Grünen Revolution« und den neuen landwirtschaftlichen Technologien auszutauschen. Saatgut soll in Zukunft vermehrt getauscht und in gemeinschaftlichen Saatgutbanken gesammelt werden.

Wer verfügt über die biologische Vielfalt der Erde? Die Frage der Patentierung von Lebewesen muß endlich auch in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Bislang hat weder in den USA noch in Deutschland oder in der Europäischen Union ein Parlament oder eine Regierung beschlossen, daß derartige Patente erteilt werden können. Die noch nicht abgeschlossene Diskussion über die Patentierungsrichtlinie des Europäischen Ministerrats bietet momentan den wichtigsten Anknüpfungspunkt. Es geht nicht an, diese elementare Frage noch länger Juristen, Rechtsabteilungen von Firmen und Spezialisten der Patentämter zu überlassen.

Ludger Weß schrieb in KONKRET 3/94 über Menschenversuche mit radioaktiven Substanzen in den USA

Konkret 09/94, S. 44

Gerhard Henschel

Kunst & Gewerbe

Zeitgeschmack I

Die Nazifilmerin Leni Riefenstahl, 91, soll für den Regisseur Volker Schlöndorff tätig werden. In Schlöndorffs Filmprojekt »Die Silberpfeile« soll Riefenstahl, die für Hitler einen Reichsparteitag der NSDAP und die 36er Olympiade verfilmte, die Aufnahme von 30er-Jahre-Rennszenen mit zeitgenössischen Rennwagen leiten. Schlöndorff habe Riefenstahl um Rat gebeten, weil sie »die Optik der damaligen Zeit beherrscht«, wird der Regisseur zitiert.

Zeitgeschmack II

Schlöndorffs Argument würde sicher auch der »Frankfurter Allgemeinen« einleuchten, die in einem Kommentar zum Urteil in Sachen Helmut Newton / »Emma« anmerkt:

Tatsächlich hat Newton über einige seiner Bildmotive gesagt: »So, wie die Mädels dastehen, die ganze Auffassung – da könnte man sagen, faschistisch.« Dann folgt aber der entscheidende Zusatz: »Sie müssen sehen, den Begriff ›faschistisch‹ verstehe ich ästhetisch.« Newton benutzt den Terminus »faschistisch« also als kunstgeschichtlichen Epochenbegriff, er meint das weibliche Schönheitsideal jener Zeit, den Zeitgeschmack. Was er nicht meint, sind Gaskammern, Folterkeller und neonazistische Exzesse.

Die man allerdings bei der »FAZ«, recht betrachtet, auch nur aus Gründen des Zeitgeschmacks degoutant findet, bleibt doch, wie Johannes Gross im »FAZ Magazin« kürzlich lehrte, »der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik«.

Springer I

Jürgen Richter, 52, von Leo Kirch als neuer Vorstandsvorsitzender der Springer AG durchgesetzt, hat sofort Hand an die entscheidenden Stellen gelegt. In seine Zuständigkeit fällt das Ressort Buchverlage. Wichtigster Bestandteil: die Verlagsgruppe Ullstein Langen Müller des rechtsextremen Verlegers Herbert Fleissner (siehe dazu Otto Köhlers Beitrag in KONKRET 10/93).

Springer II

Und kaum war Richter im Amt, durfte der Edelfaschist Rainer Zitelmann wieder zuschlagen. Zitelmann, der als Cheflektor bei Ullstein begonnen hatte, war seit 1. Dezember letzten Jahres Ressortleiter der Kulturbeilage des Springer-Flaggschiffs »Die Welt« (»Geistige Welt«).

Nachdem er die gesamte antiwestliche Karlheinz-Weißmann-Posse dort eingeführt hatte, bewirkten Interventionen von Teilen der Redaktion und der Springer-Erben, daß Zitelmann gemaßregelt und vom altgedienten Hausliberalen der »Welt«, Jost Nolte (nicht verwandt), beaufsichtigt wurde.

Am Samstag nach Richters Inthronisation schrieb Zitelmann, der mittlerweile bei der »Welt« als Ressortleiter »Zeitgeschichte« firmiert, den Aufmacher der »Geistigen Welt« (Thema: der 80. Jahrestag des Beginns des I. Weltkriegs). Zufall?

Die Chefredakteure der »Welt«, Peter Gillies und Gerhard Mumme, die auf die Entsendung Zitelmanns im letzten Jahr etwas gereizt reagiert hatten, werden demnächst angeblich durch einen potentiellen Zitelmann-Verbündeten ersetzt: Man spricht von Thomas Kielinger, früher Chef des klerikal-reaktionären »Rheinischen Merkur«.

Familienzusammenführung

Zitelmanns junge Garde kommt einstweilen nicht richtig in die Gänge. Die Salonfaschisten der »Jungen Freiheit«, im Januar als Wochenzeitung gestartet, blieben beim Einzelverkauf im für sie enttäuschenden vierstelligen Bereich. Für den Sommer hat die Zeitung eine relativ defensive Bettelkampagne ausgerufen (Slogan: »Unfaßbar: Eine Zukunft ohne die JF? Ohne mich!«).

Auch der Kommanditgesellschaft, mit der sich die »JF« das nötige Kapital für die Finanzierung einer geeigneten Immobilie (Investitionsvolumen: 10 Millionen Mark) besorgen wollte, ist nicht der erwünschte Erfolg beschieden gewesen. Vor einem Jahr hieß es, bis zum Oktober 93 werde die KG mit 2 Millionen Mark Einlagen gegründet sein: »Wer sich bis dahin nicht beteiligt hat, ist selber schuld«, tönte Verlagsleiter Götz Meidinger.

Die notarielle Gründung der Kommanditgesellschaft erfolgte erst am 13. Januar, zu diesem Zeitpunkt waren erst für etwa 500.000 Mark Anteile gezeichnet. Für ein Grundstück, auf dem ihre Immobilie stehen soll (nur »einen Steinwurf« von Schloß Sanssouci entfernt), unterzeichneten die Edelnazis einen Vertrag mit Vorkaufsrecht. Jetzt betteln Meidinger und Chefredakteur Dieter Stein weiter um Kapital.

Familie Stein aber ist jetzt wenigstens wieder beisammen. Der Arbeitgeber von Dieters Papi, das Militärgeschichtliche Forschungsamt, folgt der »Jungen Freiheit« von Freiburg nach Potsdam.

Derrièregarde

Harald Frickes Kritik der Potsdamer Martin Kippenberger-Retrospektive in KONKRET 8/94 (»Schlüpferstürmer«) hat einige Aufregung verursacht. Vor allem in der Kölner »Spex« / »Texte zur Kunst« / Wohlfahrtsausschuß-Szene fühlten sich nicht nur die von Fricke kritisierten Diedrich Diederichsen und Jutta Koether persönlich angegriffen, sondern selbst Kolleginnen und Kollegen, die in dem Text gar nicht vorkamen (und die übrigens auf Nachfrage mindestens versichern, daß sie »Kippi« uninteressant finden, wenn nicht Schlimmeres). Es grassierten Spekulationen darüber, was KONKRET wohl damit bezwecke, ob die Zeitschrift hier etwa neue linke PC-Standards ausgeben oder einfordern wolle und vieles mehr.

Dabei ist das gar nicht so kompliziert: Es geht uns nicht um eine Kippenberger-Debatte und nicht um Köln-bashing. Es geht uns darum, ob sich durch veränderte Kontexte (sagen wir mal, um nur einen möglichen Ansatz zu nennen: Früher waren im Kunstbereich Tätige vielleicht nicht automatisch links, aber sie mußten doch wenigstens suchen, um eine explizit rechte Szene zu finden; heute sind sie nicht automatisch rechts, aber sie müssen suchen, um eine linke Szene zu finden. Nenn' es Hegemonie) die Arbeiten, die Rezeption, die Strategien, die Wirkung von Kunst verändert (wenn ja: wie, wenn nein: wie nicht).

Vielleicht haben wir ja alles falsch verstanden, aber wir dachten doch, daß es über die Notwendigkeit einer solchen Sichtung inkl. Diskussion einen Konsens auch mit jenen Leuten gäbe, die jetzt doch arg dünnhäutig reagieren. Die Erfahrung, die wir machen, ist aber leider, daß dieser Konsens immer nur so lange Bestand hat, wie keine Namen fallen. Geht man an Beispiele, dann ist man unverzüglich wieder ein irgendwie Altlinker, der nix von Kunst versteht. So geschah es schon Stefan Ripplinger wegen seines Artikels über Rainald Goetz (KONKRET 10/93), und so geschieht es jetzt der Kippenberger-Kritik.

Also: Frickes Text ist kein Fehdehandschuh, auch kein Stöckchen, über das wir andere Leute schicken wollen, sondern ein Beitrag zu einer Debatte. Wer will, kann sich dazu äußern. Wer es friedlicher haben möchte, wird in Zukunft zum Gesangbuch greifen müssen.

Informal Enemy

Und damit erst gar keiner auf die Idee kommt, zu verschnaufen, legen in diesem Heft Michael Hahn und Günther Jacob in Sachen Nation of Islam (NOI) nach.

Public Enemy, eine der mit der NOI sympathisierenden HipHop-Bands, hat im August ihr langerwartetes neues Album »Muse Sick N Hour Mess Age« (Phonogram) vorgelegt. Bandleader Chuck D (Carlton Ridenhour) äußert darauf mehrfach seine Unzufriedenheit mit der Entwicklung des HipHop. In dem Song »So Whatcha Gone Do Now« kritisiert er Gangsta Rapper als »slaves to the rhythm of the master«, er fordert Rapper auf, wieder politischere Texte zu schreiben, mehr »black consciousness« zu zeigen, distanziert sich von der mittlerweile gängig gewordenen ironischen Selbstbezeichnung »Nigger«.

Der aus eher bürgerlichen Verhältnissen stammende Chuck D (Hochschulabschluß in Grafikdesign) hatte zwar schon immer seine Probleme mit dem Boyz N The Hood-Image. Dennoch zögerte er in einem seiner letzten Interviews nicht, den Fall des schwarzen Footballstars O.J. Simpson, der zur Zeit in Los Angeles des Mordes angeklagt ist, mit dem Ausdruck »slave hunt« zu belegen. An Sklavenjagd hatten auch schon der schwarze Wallstreet-Star Joseph Jett und Clarence Thomas, als Bundesrichter von George Bush durchgesetzt, gedacht, als sie in Bedrängnis kamen: Jett wurde nach einer rasanten Karriere gefeuert, und Thomas' Berufung stand eine Zeitlang wegen des Vorwurfs sexueller Belästigung auf dem Spiel.

Zwar gab es in beiden Fällen tatsächlich massiven Rassismus in der Berichterstattung, doch erfüllt der Ausdruck »Sklavenjagd« für das schwarze Bürgertum auch die Funktion, andere, quer verlaufende Widersprüche zugunsten einer umfassenden schwarzen Identität einzuebnen.

Dabei ist Chuck Ds Charakterisierung »slave to the rhythm of the master« für die Gangsta Rapper ja gar nicht mal verkehrt: Sie ästhetisieren das Elend und bedienen damit auch die Bedürfnisse des weißen Mainstreampublikums. Nur müßte Chuck D dann schon etwas genauer argumentieren und die Strukturen einer Branche offenlegen, in die er selbst

verstrickt ist.

Private Eye

Karlheinz Deschner, der einzige Sektenbeauftragte der Welt, der keiner Sekte angehört, hat Jahrzehnte seines Lebens darangesetzt, Beweismaterial gegen die christlichen Kirchen zusammenzutragen. Zwei Jahrtausende lang haben sie Aberglauben, Totschlag und Blödheit befördert und gepredigt, und es ist kein Ende abzusehen. Daß hier und dort ein liebenswürdiger Pfarrer gebrechlichen Senioren tröstend aufhilft oder den Nachwuchs mit Schnitzeljagden und Kuschelecken für den Aberglauben begeistert, wiegt die Verbrechen des Christentums nicht auf; und selbst die fürsorgerischen Funktionen hat es gewaltsam an sich gebracht und hält sie konquistadorisch besetzt.

Wie das vor sich ging, dokumentiert Karlheinz Deschner in seiner vielbändigen *Kriminalgeschichte des Christentums* (bislang erschienen vier Bände bei Rowohlt). In ihrem Filmporträt »Im Grunde bin ich ein aus lauter Zweifeln bestehender gläubiger Mensch« (Kaos Film- und Videoteam, 94 Minuten, 60 Mark), zeigen Marianne Tralau und Peter Kleinert den stillen Privatdetektiv Deschner, der dem Feindbild seiner eifernden Kontrahenten keineswegs entspricht, und abergläubische Herder-Autoren, die sich bei dem Versuch, den unabweisbaren Indizien irgendetwas entgegenzusetzen, um Kopf und Bäffchen reden. Es sei halt eine andere Zeit gewesen damals, als Hexen und Ketzer massakriert wurden, eine Zeit ohne Menschenrechtskonventionen. An den Wortlaut und das Alter der zehn Gebote muß Deschner die sich verhaspelnden Abergläubischen erst noch erinnern.

Den im Film als Zeugen der Verteidigung Deschners interviewten, mit blitzblauer Iglu-Swatch-Haribo-Brille bewehrten Schriftsteller Peter Roos hätte es allerdings auch nicht gebraucht. »Deschner wird in den Himmel kommen, und wenn es nur mein himmelblauer Kindergottesdiensthimmel ist« (Roos). Das hat Deschner nicht verdient. »Ich sehe da einen Menschen, diesen Deschner, der unbeirrbar, gnadenlos und kompromißlos versucht, seine eigene Identität zu wahren, seine Haut zu retten« (Roos). Gnadenlosigkeit und fanatische Unbeirrbarkeit sind ja gerade die vornehmsten Eigenschaften der kriminellen, sektiererischen Idioten, die Deschner bekämpft.

Das Gleichnis vom Hautretten und Identitätwahren gehört in katholische Postwurfsendungen. Und dieser Film, trotz Roos, in Ihren Videorecorder.

Gerhard Henschel

Konkret 09/94, S. 46

Sabine Grimm

Sexismus ohne Sex?

Die moderne Theorie des Rassismus hat die Erkenntnis populär gemacht, daß biologische Rassen nicht existieren. Dagegen ruft die Behauptung Irritation hervor, daß dem Sexismus nicht wirklich zwei verschiedene Geschlechter zugrundeliegen. In einem Beitrag zum Kongreß der Wohlfahrtsausschüsse im Juni letzten Jahres ist unsere Autorin dem Phänomen nachgegangen

Das Problem vieler linker Theorien besteht genau betrachtet nicht darin, daß das Thema Sexismus selten auftauchen würde, sondern darin, wie es behandelt wird. Zwei Varianten der Thematisierung sollen hier betrachtet werden, die einem in der aktuellen Diskussion immer dann begegnen, wenn Sexismus mit Rassismus verglichen wird.

Erstens die ideologiekritische Analogisierung: Irgendwie funktionierte Sexismus wie Rassismus, quasi als Sonderform oder als Nebenwiderspruch. Man könnte diese Variante auch als Entlarvungsdiskurs bezeichnen. Er kritisiert die Stereotypen von »Rasse« und »Geschlecht« aus aufklärerisch-universalistischer Perspektive und wittert überall dort, wo von Besonderheit, Verschiedenheit oder – noch schlimmer – Differenz die Rede ist, Rassismus und Sexismus. Die in diesem Zusammenhang auftauchenden Formeln von der »Naturalisierung sozialer Verhältnisse« oder der »sozialen Konstruktion« werden dabei meist im Sinne von Schein oder falschem Bewußtsein eingesetzt – ich gehe später auf dieses (bewußtseinsphilosophische) Mißverständnis ideologie- und diskurstheoretischer Ansätze noch genauer ein.

Dieser Entlarvungsdiskurs hat innerhalb der Linken zu einer Form von pauschaler Kritik geführt, die keinen Unterschied mehr macht zwischen Multikulturalismus und Ethnopluralismus und ebenso nicht mehr differenziert zwischen feministischen Theorien über sexuelle Differenz und konservativen, rechten Geschlechterideologien. Zu nennen wären hier der für den KONKRET-Kongreß geplante Titel der Feminismussektion (»Die deutsche Frauenbewegung – ein etwas anderer BDM?«) und der Frankfurter Wahlkampf der »Ökolinken« um Jutta Ditfurth gegen den »multikulturellen Rassismus«, in dem sie Daniel Cohn-Bendit zum Hauptfeind erklärten. Gleichsetzungen von Cohn-Bendit und Alain de Benoist sind hier durchaus üblich.

Die zweite Variante ist die essentialistische Unterscheidung. Sie dominiert innerhalb der Linken eher. Wird auf einer allgemeineren Ebene von der Analogie ausgegangen, tauchen, sobald man sich dem Phänomen »Geschlecht« nähert, essentialistische Argumentationen auf, nach dem Muster: »Rassen« gibt es nicht, »Geschlechter« schon, was sich bereits darin ausdrückt, daß man von Rasse nur in Anführungszeichen redet, die Kategorie »Geschlecht« dagegen selbstverständlich zu sein scheint.

Ich gebe zwei Beispiele von Theoretikern, die sonst ideologie- bzw. diskurstheoretisch argumentieren, jedoch auf Natur, Biologie und ähnliches rekurrieren, sobald es um »Geschlecht« geht. Das erste findet sich in einem Text von Wolfgang Fritz Haug, in dem er über Anti-Rassismus nachdenkt und dabei auch grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Rassismus und Sexismus anstellt: »Das Komplementär-Verhältnis der beiden Geschlechter findet bei den unterschiedlichen Phänotypen von Menschen, die der Rassismus zu ›Rassen‹ totalisiert, keine Entsprechung ..., weil ... die beiden Geschlechter gerade in ihrer ›Differenz‹ unmittelbar aufeinander verwiesen sind, was als ›natürliches Gattungsverhältnis‹ etwas anderes ist als ein bloßer Unterschied und insofern mit dem Verhältnis unterschiedlicher ›Rassen‹ nicht verglichen werden kann ... .« Mit dem »natürlichen Gattungsverhältnis« bezieht sich Haug auf Marx' Satz: »Das unmittelbare, natürliche, notwendige Verhältnis des Menschen zum Menschen ist das Verhältnis des Mannes zum Weibe.« Während also für Haug »Rassen« erst durch den Rassismus konstruiert werden, entspringt der Sexismus umgekehrt einer »unmittelbar« gegebenen Grundlage: der auch für ihn »natürlichen« und »notwendigen« Heterosexualität. Dabei ist Haug sicher nur einer von vielen ehemaligen Marxisten, die zwar ausgiebig den Ökonomismus der Marxschen Theorie kritisieren, deren naturalistische Vorstellung von Materialismus aber noch immer in dieser Tradition steht. Besonders deutlich wirkt dieses Erbe des Marxismus dort nach, wo es um die Frage des Geschlechterverhältnisses geht. Und das betrifft nicht nur alte Neue Linke wie Haug, sondern auch »neue« Neue Linke.

Zum Beispiel Robert Miles, den britischen Rassismustheoretiker. Miles sieht die Verknüpfung von Rassismus und Sexismus darin, daß »die biologische Reproduktion ja die entscheidende Grundlage für die Reproduktion der ›Rasse‹ abgibt«. Miles, der im übrigen mit der Unterscheidung von »sex« und »gender« (biologisches/soziales Geschlecht) argumentiert, knüpft – wie Haug – den Begriff der Reproduktion an das »biologische Geschlecht« (»sex«). Beide reißen damit die generative Reproduktion aus ihrem sozialen Zusammenhang und stellen sie in den Horizont einer imaginären Natur, statt sie als soziale Praxis zu begreifen. Die Annahme einer jeden Gesellschaft vorgängigen »natürlichen« Reproduktion macht zugleich die Zurückweisung eines der Kategorie »Rasse« entsprechenden Substrats fragwürdig, denn: Wenn sich (nationale) Gemeinschaften über die »Biologie« reproduzieren, dann fragt sich doch, welcher Art das hier Reproduzierte sein soll, wenn nicht »biologisch«.

Der Mythos der Genealogie

Meine These ist: Wenn die Kategorien »Geschlecht« und »Reproduktion« in der linken Theorie weiterhin essentialistisch fundiert werden, verstellt dies die Kritik von Rassismus und Nationalismus an einem zentralen Punkt, den ich mit dem Begriff der Bevölkerungspolitik im folgenden nur andeuten möchte.

Der symbolische Kern der Idee der »Rasse«, der es ermöglicht, die Individuen zu einem homogenen »Volk« zusammenzuschließen, ist das Schema der Genealogie, die Vorstellung, daß die Verkettung der Individuen dazu führt, daß jede Generation der anderen eine biologische oder geistige Substanz übermittelt. Die übermittelte Substanz ist biologisch oder geistig, weil die essentialistische Vorstellung eines gemeinsamen »Ursprungs« sowohl biologistisch als auch kulturalistisch (wie im Topos der »deutschen Kulturnation«) artikuliert werden kann. Die Grundlagen, über die dieses Schema auf die imaginäre Gemeinschaft des »Volkes« projiziert werden kann, sind zum einen das System der Heterosexualität, also die Normierung des sexuellen und generativen Verhaltens der Menschen im Sinne einer Verschmelzung von Sexualität und Fortpflanzung, sowie jener Prozeß der Durchsetzung einer bestimmten Form des Zusammenlebens, den Balibar als »Nationalisierung der Familie« bezeichnet hat – also die Durchsetzung der bürgerlichen Kleinfamilie, deren Zerfall derzeit von Konservativen bis hin zu Linksliberalen wie Leggewie beklagt wird. Hier liegt die historische Verbindung von Rassismus und Sexismus, die zugleich ein Grund für die sexuelle Überdeterminiertheit rassistischer Diskurse ist, für die ideologische Konstruktion der »rassischen« Differenzen über Metaphorisierungen der »sexuellen Differenz«.

Der Rassismus ist in dieser Hinsicht als Produktionsweise zu begreifen, als Form der Herstellung von Homogenität – und die für das Geschlechterverhältnis zentralen Fragen der Reproduktion, der »Familie« und der »Mutterschaft« erhalten hier entscheidende Bedeutung. (Gerade dieser Zusammenhang wird aber von den meisten Rassismus-Theorien entweder weitgehend ignoriert oder gar affirmiert. Eine einsame Ausnahme stellen Balibars Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Rassismus und Sexismus dar, auf die ich mich hier u.a. stütze.) Daß es kaum rassistische Diskurse gibt, die nicht in irgendeiner Weise von sexualisierenden Metaphern durchzogen sind, heißt jedoch nicht, daß beide Phänomene einfach zu analogisieren oder aufeinander abzubilden wären. Im Gegenteil: Um die Produktion und Reproduktion der nationalen Gemeinschaft sozial und nicht essentialistisch bestimmen zu können, ist es vielmehr nötig, Rassismus und Sexismus zu unterscheiden. Erst dann läßt sich ihr Zusammenwirken und ihre gegenseitige Verstärkung beschreiben.

Kommen wir also zu den Unterschieden: Ein grundlegender besteht darin, daß als dominantes Prinzip des Sexismus zunächst der *Einschluß* der Frauen, ihre Unterordnung innerhalb der rassisch und national gekennzeichneten Gemeinschaften bestimmt werden kann. Das dominante Prinzip des Rassismus ist dagegen die *Ausgrenzung*, von der sich Formen des Einschlusses der »Anderen« – wie Assimilation und Minorisierung – ableiten; wie andererseits Formen des Ausschlusses von Frauen (vom Wahlrecht, in Form ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt etc.) Effekte ihrer Unterordnung im Einschluß sind. In diesem Kontext stellt nun die Bevölkerungspolitik ein Dispositiv dar, über das die sexistische Einschließung und die rassistische Ausgrenzung gleichermaßen reguliert werden.

In der Bevölkerungspolitik der BRD, wie sie sich etwa in der Neuregelung des Paragraphen 218 darstellt, in deren Zentrum der »Schutz des Lebens« steht, ist die Artikulation einer rassischen/nationalen Gemeinschaft implizit immer vorhanden. Zuweilen wird sie auch explizit, etwa wenn rechtspopulistische Politikerinnen und Politiker den Rückgang der »deutschen Geburtenrate« beklagen oder wenn Friedrich Karl Fromme in der »FAZ« den »volkserzieherischen« Charakter des Karlsruher Urteils betont.

Mit dem Begriff der Bevölkerungspolitik meine ich aber nicht nur den Paragraphen 218, sondern prinzipiell alle Praktiken und Diskurse, die auf die soziale Reproduktion der nationalen Gemeinschaft zielen, also auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach dem Muster »Deutsche zuerst«. Dabei stellt allerdings die Normierung des generativen und sexuellen Verhaltens der Individuen eine zentrale Ebene dar. Zum Dispositiv der Bevölkerungspolitik gehören nicht nur die staatlichen Einrichtungen des Standesamtes und des Erbrechts, die demographischen Techniken zur Geburtenkontrolle und zur Messung der Bevölkerung (also auch jene Statistiken, die die sogenannte »Überfremdung« der Deutschen so anschaulich illustrieren), gesundheitspolitische und medizinische Maßnahmen etc., dazu gehört auch die scheinbar private Ebene der sexuellen Praktiken und des Heiratsverhaltens der Individuen. Die Normierung erfolgt nicht nur von »oben«, vielmehr basiert sie größtenteils auf der Grundlage der freiwilligen Unterwerfung der Individuen unter die nationale Gemeinschaft – wie etwa dann, wenn eine Frau ihrer Tochter nahelegt, sich nicht mit einem Türken einzulassen.

Um die Vorstellung einer ursprünglichen Gemeinschaft der Deutschen anzugreifen, ist es nötig, den Begriff der Reproduktion nicht selbst essentialistisch aufzuladen – wie es etwa geschieht, wenn kritisiert wird, daß der Rassismus in der BRD auf eine »Reinhaltung der Deutschen« ziele – als hätte es etwas »Reines« je gegeben. Das »reine Deutsche« muß vielmehr immer erst hergestellt werden, und hier spielt der Sexismus, die Unterordnung der Frauen innerhalb ihres Einschlusses in die nationale Gemeinschaft, eine zentrale Rolle.

Rassismus ohne Rassen –

Sexismus ohne Sex?

Ich habe mich gefragt, wieso viele vom »Rassismus ohne Rassen« reden, es aber vermutlich auf größeren Widerstand stoßen würde, von einem »Sexismus ohne Sex« zu reden. Mir fiel in diesem Zusammenhang eine Formulierung in einem Papier des Hamburger Wohlfahrtsausschusses auf, die mir die Verfahrenheit der Kontroverse um Essentialismus oder Konstruktivismus schlagartig zu beleuchten schien, als ich versuchte, den Begriff »Rasse« einmal probehalber durch »Geschlecht« zu ersetzen. Die Formulierung lautet: »Weil es menschliche Rassen nicht gibt, sprechen wir von einem Rassismus ohne Rassen. Rassen werden sozial konstruiert ...« – die andere Version würde lauten: »Weil es menschliche Geschlechter nicht gibt, sprechen wir von einem Sexismus ohne Sex. Geschlechter werden sozial konstruiert ...« Meine Vermutung ist, daß diese Formulierung für viele, die der ersten Version (»Menschliche Rassen gibt es nicht«) uneingeschränkt zustimmen würden, unglaubwürdig klingt. Warum?

Weil es gerade die Evidenz der Kategorie »Geschlecht« ist, über die der Sexismus funktioniert. Mit Evidenz meine ich die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der Individuen als Frauen oder Männer identifiziert werden und sich selbst identifizieren, ein Vorgang, der im Gegenteil hochgradig voraussetzungsreich und – eben – »sozial konstruiert« ist, so daß diese Evidenz nicht als Grundlage, sondern vielmehr als Effekt der Bedeutungskonstitution von »Geschlecht« zu verstehen ist. Als Effekt auch der zu ihrer Reproduktion immer wieder notwendigen Anerkennung der bestehenden Geschlechterverhältnisse.

Diese Evidenz gilt ebenso für die Kategorie der »Rasse« – der Hinweis darauf, daß die Wissenschaft die Vorstellung von biologischen Rassen widerlegt hat, hat noch keinen Rassisten davon abgehalten, genau zu wissen, wen er angreift. Und für die Individuen, die als »Rasse« identifiziert werden und sich zum Teil selbst identifizieren, ist es ziemlich egal, ob die Biologie oder der Diskurs, Natur oder Kultur, als Erklärungen dafür herangezogen werden, daß sie ausgegrenzt, stigmatisiert oder verbrannt werden. Die scheinbar »objektive« (natur-)wissenschaftliche Widerlegung aber hatten die Autoren im Kopf, als sie den Satz formulierten: Menschliche Rassen gibt es nicht. Und dies scheint mir auch ein Grund dafür, daß viele Linke selbstverständlich »Rasse« für »fiktiv« halten, bei »Geschlecht« jedoch argumentieren, daß es sich hier doch zweifellos um einen »grundlegenderen Unterschied« oder eine nicht zu leugnende »Tatsache«, kurz: um eine »Realität« handle. Meine Vermutung ist, daß, wenn die Formulierung »Rassismus ohne Rassen« in dieser ideologiekritischen Weise eingesetzt wird, also im Sinne von »Wie uns die Wissenschaft gesagt hat, gibt es menschliche Rassen nicht«, im Hintergrund immer noch eine naturalistische Vorstellung von Materialismus steht, die Materialität nicht über die soziale Praxis, sondern als Gegebensein denkt und letztlich dem hegemonialen biologischen Diskurs verhaftet bleibt. Und diese Vorstellung tritt vorzugsweise dann zutage, wenn es um »Geschlecht« geht.

So wird zwar einerseits viel von Diskurstheorie, von Diskursanalyse und von der performativen Funktion diskursiver Praktiken geredet, dennoch existieren auf der anderen Seite weiterhin naturalistische Vorstellungen von Materialität. Ich denke, daß dies nur dann möglich ist, wenn man die diskurs- oder ideologietheoretischen Ansätze bewußtseinsphilosophisch mißversteht und den in diesem Kontext verwendeten Begriff der ideologischen Konstruktion mit »falschem Bewußtsein« übersetzt. Das hiermit verbundene dichotome Modell von Basis und Überbau, von »harten Fakten« und »ideologischem Schein« (Sein vs Bewußtsein, Realität vs Fiktion etc.) versuchen diese Ansätze gerade zu verlassen, indem sie Sprache selbst als soziales Verhältnis fassen, das Realität nicht einfach »abbildet«, sondern selbst konstituiert. »Rasse« und »Geschlecht« sind in diesem Sinne real, gerade weil sie ideologisch konstruiert sind. Ich verstehe Ideologie hier als »imaginäres Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen« (Althusser). Dieses »imaginäre Verhältnis« ist nicht einfach eine innerliche Vorstellung, vielmehr ist es eingelassen in institutionell regulierte Praktiken, die die diskursiven Konstruktionen von »Geschlecht« und »Rasse« materialisieren – wobei Materialität nicht als Essenz, sondern als soziale Praxis und als Herrschaftsverhältnis, mithin als »Materialität der Zeichen« (Volosinov) zu verstehen ist. Ideologie und Praxis sind dabei nicht zu trennen, sie bilden einen unauflösbaren Zusammenhang.

In diesem Sinne davon auszugehen, daß die Kategorie »Geschlecht« von ihrer diskursiven Konstruktion nicht zu trennen ist, heißt nicht, zu behaupten, daß Diskurse die Wirklichkeit hervorbringen. Es bedeutet nicht, die »Materialität des Körpers« zu verleugnen – ein Vorwurf, der vor allem in der feministischen Diskussion den sogenannten Konstruktivistinnen oft gemacht wird. Es heißt lediglich, davon auszugehen, daß »Geschlecht« von Anfang an eine normative Kategorie, ein »regulatives Ideal« (Foucault) ist, und daß die Vorstellung, man könnte eine »wertfreie Geschlechtsnatur« fixieren, die erst nachträglich kulturell überformt wird, verkennt, daß damit immer eine bestimmte soziale Formierung von Materialität, eine bestimmte Normierung der Körper festgeschrieben wird (z.B. Heterosexualität). Aus dieser Perspektive erscheint auch die Trennung von »sex« und »gender«, von »biologischem« und »sozialem Geschlecht« unzureichend, denn: Wo ist die Grenze zu ziehen? Ist die Dichotomie von Natur und Kultur nicht gerade die flexible Matrix, über die der Sexismus (wie auch der Rassismus) funktioniert – nicht nur, indem Natur als unveränderliches Gegebensein und Kultur als veränderliches Gewordensein konstruiert werden, sondern auch, indem umgekehrt Kultur wiederum »naturalisiert«, als Unveränderliches fixiert werden kann?

Wenn man Balibars These vom »Rassismus ohne Rassen« so versteht, wie er sie einsetzt, nämlich als rhetorischen Hinweis auf eine Verschiebung der dominanten rassistischen Artikulationsweisen hin zu einem kulturalistischen Neorassismus, ließe sich die Analogie (Sexismus ohne Sex) in verschiedener Hinsicht weitertreiben: So wäre zum einen, vergleichbar dem in der aktuellen Rassismustheorie diskutierten Substitutionsverhältnis der Kategorien »Rasse« und »Kultur«, ebenso von einem gegenseitigen Determinierungsverhältnis der Begriffe »sex« und »gender« auszugehen. Auch hier könnte man von einer »Ambivalenz des Sexismus« reden, wie Balibar sie für den Rassismus feststellt: einem ständigen Changieren zwischen biologistischen und kulturalistischen Artikulationen von »Geschlecht«. Ebensowenig wie rassistische Aussagen explizit von »Rasse« reden müssen, müssen sexistische vom »biologischen Geschlecht« reden.

Meiner Ansicht nach ist zweitens auch hinsichtlich des Sexismus eine Verschiebung der dominanten Artikulationsweisen zu beobachten: Ähnlich wie beim Neorassismus sind in die aktuellen Formen des Sexismus feministische Argumentationen eingegangen, gibt es Retorsionseffekte und eine Verschiebung hin zu kulturalistischen Artikulationen. Vorherrschendes Thema ist nicht mehr die Inferiorität der Frau, sondern ihre Andersartigkeit. Der sexistische Universalismus, der Mensch sagt und Mann meint, tritt zurück hinter dem sexistischen Partikularismus, der die Unterschiede betont. Insofern könnte man auch von einem Neosexismus reden, der aus Feminismus und Antifeminismus gelernt hat und dessen zentrales Thema nicht mehr die Überlegenheit des Mannes ist, sondern der sich darauf »beschränkt«, die »Schädlichkeit jeder Grenzverwischung« und die Komplementarität und Unvereinbarkeit der Geschlechter zu behaupten.

Die gegenwärtige Situation erscheint paradox: Einerseits sind viele feministische Themen in den gesellschaftlichen Konsens eingegangen, und selbst die CSU kann es sich heute nicht mehr erlauben, das »Frauenthema« auszulassen, andererseits lassen sich verschiedene Entwicklungen der letzten Jahre, wie die ideologische Refamiliarisierung oder die Entscheidungen zum Paragraphen 218, nur als »Backlash« begreifen. Ideologisch funktioniert dieser sexistische Gegenschlag jedoch nicht einfach nur über antifeministische Argumentationen, vielmehr finden sich darin auch Versatzstücke aus feministischen Diskussionen, vor allem solche, die die »Geschlechterdifferenz« betonen. Wenn meine These vom Neosexismus, der selbst universalismuskritisch argumentiert, zutrifft, stellt sich die Frage, inwiefern der Differenz-Feminismus der 80er Jahre an der Verschiebung der Artikulationsweisen beteiligt war, indem er die andere, »weibliche« Moral, Sprache, Sexualität etc. beschwor und dabei gängige Weiblichkeitsstereotypen affirmierte. Das soll nicht heißen: der Feminismus ist an allem schuld – das liefe auf eine Verkennung der Machtverhältnisse hinaus. Allerdings ist nun, im Unterschied zur Situation Ende der 60er Jahre, von einer qualitativ anderen Stufe feministischer Theorie und Praxis auszugehen: ihrer gegen Ende der 70er Jahre einsetzenden und während der 80er Jahre vorangetriebenen Institutionalisierung, Akademisierung und Etatisierung. Gleichzeitig wurde nicht erst mit dem Ausbleiben einer radikalen Kritik am Karlsruher Urteil deutlich, daß es eine Frauenbewegung nicht mehr gibt. Feministinnen, die an der Kritik des Geschlechterverhältnisses festhalten, sehen sich nun nicht mehr allein vor die Aufgabe gestellt, (Neo-)Sexismus und Antifeminismus anzugreifen, zugleich sind sie zur Kritik dessen gezwungen, was derzeit unter den Etiketten »Feminismus« und »Frauenpolitik« läuft.

Vorabdruck aus dem in Kürze erscheinenden Band: Wohlfahrtsausschüsse (Hg.): »Etwas Besseres als die Nation«. Edition ID-Archiv, 200 Seiten, 24 Mark. Im Oktober erscheint bei der Edition ID-Archiv eine von Sabine Grimm mitherausgegebene Sammlung von Texten zum Feminismus unter dem Titel »Gender Killer« (200 Seiten, 24 Mark)

Sabine Grimm schrieb in KONKRET 5/93 über das Revival der Kleinfamilie 25 Jahre nach »68«

Konkret 09/94, S. 50

Klaus Bittermann

Neutrinos in der Krise

Wie die Identität unter die Deutschen kam – ein Beitrag über die Linke als Geburtshelfer nationaler Gefühle

Wer weiß, vielleicht fing ja alles schon 1971 an. Damals klagte Ulrike Meinhof als Voraussetzung revolutionärer Praxis »politische Identität« ein, und zwar als »permanente Integration von individuellem Charakter und politischer Motivation«. Bekanntlich wollte man damals das »Konzept Stadtguerilla« praktisch auf seine Tauglichkeit prüfen. Nachdem dann alle RAF-Mitglieder der ersten Stunde hinter Gittern saßen, hätte die Einsicht nahe gelegen, daß die »permanente Integration von individuellem Charakter und politischer Motivation« nicht ausreicht, um den Sturz der Verhältnisse zu bewerkstelligen. Dennoch wurde der bewaffnete Kampf weitergeführt. Immer häufiger geisterte nun im Jargon der RAF die »politische Identität« herum, und in den Kampagnen zu den Haftbedingungen der Gefangenen spielte sie eine wichtige Rolle. In diesen Kampagnen wurde die »Zerstörung der politischen Identität« der Gefangenen angeprangert und daraus ein Argument für ihren Sonderstatus als »Kombattanten« gemäß der Genfer Konvention abgeleitet.

Weil aber niemand im Ernst davon ausgehen konnte, daß die BRD freiwillig eingestehen würde, der Unrechtsstaat zu sein, für den ihn die RAF hielt, kam hinter der Anklage etwas ganz anderes zum Vorschein: die Forderung nach Erhalt der »politischen Identität«. Man verlangte also vom Staat, daß er zum Sozialarbeiter werde und die Bemühungen der RAF, ihn abzuschaffen, honoriere, d.h man trat an die Gefängnisverwaltung mit dem Ansinnen heran, im Anstaltsvollzug doch bitte die Voraussetzungen revolutionärer Praxis zu erfüllen und den Gefangenen freie Persönlichkeitsentfaltung zu garantieren. Dieses Mißverständnis führte schließlich dazu, daß aus dem beabsichtigten Umsturz der Verhältnisse ein Kampf um politische Identität wurde, der so erbittert geführt worden ist, weil Identität als Selbstverwirklichung bekanntlich keine Konzessionen zuläßt und jedes Zugeständnis bereits als Verrat an der Sache gedeutet wurde. Kein Wunder daher, daß der bewaffnete Kampf länger dauerte als etwa das Dritte Reich.

Aber auch die sich undogmatisch nennende Linke sorgte sich, etwa in Frankfurt, um ihre einzige und unverwechselbare Identität. Damals gab es noch die normale, d.h. deformierte und fremdbestimmte Identität, weshalb es die eigene erst noch zu finden oder, wie man damals auch gerne sagte, zu erfinden galt. Mitte der siebziger Jahre grübelte der damalige Spontichef Cohn-Bendit ausführlich darüber nach, wer oder was er eigentlich sei: »Unsere Identität ist das Ergebnis vielfältiger Erfahrungen, ganz besonders aber der Lebensumstände unserer Kindheit. In der Zelle der Familie sind keimhaft alle sozialen Ungerechtigkeiten bereits vorhanden, außerdem wird die Bildung unserer Identität durch viele äußere Einflüsse mitbestimmt: Die Gesellschaft zwingt mir eine männliche Rolle auf – ich bin ein Junge, später ein Mann (da hilft nur Geschlechtsumwandlung, K.B.) – die Rolle des deutschen Juden, die eines mehr oder weniger hübschen Rotschopfes. Solchen Bedingungen kann ich mich nicht entziehen, sie beeinflussen ständig meine Beziehungen zu anderen Menschen. Um meinen Platz im gesellschaftlichen Leben zu bestimmen, muß ich lernen, meine Identität zu entziffern, denn die widersprüchlichen Erscheinungen der modernen Gesellschaft haben sich in der Widersprüchlichkeit vieler Züge meiner Persönlichkeitsstruktur niedergeschlagen.«

Im nachhinein ist es unverständlich, weshalb sich damals niemand die Mühe gemacht hat, darauf hinzuweisen, was hinter den hartnäckigen Identitätsproblemen der RAF und den Zweifeln Cohn-Bendits steckte. Heute, wo man weiß, was aus der linksradikalen Geschichte geworden ist, liest sich das autobiographische Brüten Cohn-Bendits wie ein zwar verquastes, aber freimütiges Bekenntnis, wie eine Bestätigung dessen, was die Linke schon immer gewollt hat, einen »Platz im gesellschaftlichen Leben« nämlich. Wie jede Therapie, die zum Ziel hat, dem Patienten bestimmte unerwünschte Verhaltensweisen und Vorstellungen abzugewöhnen, lassen sich auch die oppositionellen Bestrebungen der Linken als großangelegte selbsttherapeutische Maßnahmen begreifen. Während aber in der Inkubationszeit unter Identität Charakter, mitunter auch Charakterlosigkeit oder selbstquälerische Ungewißheit verstanden werden konnte, diente in der Folgezeit die Anrufung der Identität zur Therapierung der Sinnkrise des linksliberalen Mittelstandes.

Anfang der achtziger Jahre machte die Friedensbewegung aus der Identität als individuellem Problem eine Angelegenheit von nationaler Bedeutung und übersetzte Robert Lembkes Sparschweinfrage in ein Bedrohungsszenario, in dem die Deutschen kollektiv als Opfer auftraten. Die von den atomaren Supermächten ausgehende fiktive Gefahr reichte aus, um aus ratlosen Individuen einen neuen Volksgemeinschaftsverband zusammenzuschweißen.

Die Medien waren begeistert und die Öffentlichkeit schwer beeindruckt. In der Ornamentalisierung der Massen, wie sie die Friedensbewegung zustande gebracht hatte, kam ein neues patriotisches Wir-Gefühl zum Ausdruck, an das sich anknüpfen ließ, wenn später auch die Regierung mal der Ansicht sein würde, Nation und Vaterland wären bedroht und müßten verteidigt werden. Lange also hatte man im linksalternativen Spektrum die Identität begutachtet, zergliedert, erforscht und untersucht und dadurch die Voraussetzungen für die erstaunliche Karriere dieses Begriffs geschaffen.

Nicht nur weil seit Gründung der Grünen alles nur eine Frage der richtigen Identität war und viele Linke damit große Fortschritte und gute Ergebnisse erzielt hatten, sondern auch weil in der Rede vonder Identität allerlei Nationalbewußtsein

schlummerte, gelangte sie als erfolgverheißendes Konzept schließlich auch in den Verlautbarungswortschatz der Politiker und in die Spalten des Feuilletons. Als Beschwörungsformel war der Verweis auf nationale bzw. deutsche Identität, der in keiner Sonntagsrede Weizsäckers fehlte, ein idealer Ersatz fürs traditionelle nationalistische Vokabular, das seine zweifelhafte Herkunft nie leugnen konnte. Ein Terminus, der harmlos und dennoch bedeutend klingt und der es – ohne unangenehme Assoziationen zu wecken – dem ehemaligen Bundespräsidenten ermöglichte, z.B. von der »prägenden Rolle (der Kultur) für Selbstbewußtsein und Identität der Deutschen« zu schwafeln, von der »geachteten Kulturnation« Deutschland, »die unsere Identität stärkt«.

Weil jenseits der schwabbeligen Rede Identität nur negativ einen Sinn ergibt und deshalb alles beinhaltet, was sich als das Fremde oder das Andere ausschließen läßt, weil Abgrenzung also die einzige konkrete Voraussetzung einer begrifflichen Bestimmung von Identität ist, wurde Weizsäckers Bildungsbürgerprosa keinesfalls etwa mißverstanden, als der Deutsche Musikverlegerverband (DMV) »die kulturelle Identität der Europäer gefährdet« sah: »Der DMV wirbt mit einem □Deutschen Tag□ in Cannes um Unterstützung im Kampf gegen die US-Dominanz«, berichtete das Berliner »Volksblatt« im Januar 1988. Als »Geheimwaffen gegen den US-Rock« wurden Grönemeyer, Falko und Nena gehandelt, und an diesen ebenso rührenden wie vergeblichen Bestrebungen kann man ablesen, daß die nun auch in der Kultur entdeckte Identität manchmal zur eigenen Karikatur wird. Als Retter der »kulturellen Identität« auf dem Deutschen Tag in Cannes oder anderswo nämlich sind die Aushängeschilder deutschen Kulturguts hervorragend geeignet, die Befürchtung, daß aus Deutschland noch was werden könnte, aus dem Weg zu räumen, und dafür muß man den zwar nervtötenden, aber keinesfalls gefährlichen Geheimwaffen dankbar sein – solange sie singen und tanzen, wird die »geachtete Kulturnation« eine Lachnummer bleiben.

Die deutsche Identität war also schon lange im Gespräch und von der Linken gesellschaftsfähig gemacht worden, als die Wiedervereinigung mit dem Ruf »Wir sind ein Volk!« die im Westen eher in Intellektuellenzirkeln und Zeitschriften des gehobenen Mittelstandes geführte Diskussion auf einen simplen Nenner brachte. Als die vergreiste DDR-Nomenklatura, deren »gutgeölter Apparat« laut »FAZ« übrigens deshalb nutzlos war, weil ihn kein »Identitätsgefühl« durchdrang, in einem Akt falsch verstandener Menschlichkeit gegenüber dem grölenden Mob in Leipzig den Löffel abgab, hielt die »Zeit«, angesteckt vom Überschwang nationaler Größe, eine Ansprache, bei der man das Gefühl bekam, Goebbels sei wieder auferstanden: »Hier und jetzt aber sollten wir, die wir uns Deutsche nennen, darüber nachdenken, was uns berechtigt, uns als Deutsche zu bezeichnen, und wozu uns dieses Deutschsein verpflichtet. Wir können und wollen aus der Geschichte nicht aussteigen, die einen Teil auch der individuellen Identität ausmacht ... Wir sollten unsere Zugehörigkeit zu einem Volk dankbar und zugleich hilfsbereit bejahen. Die Deutschen, die jetzt aus dem Osten zu uns kommen, haben die wirklichen Opfer gebracht.«

Erst mit der Wiedervereinigung begann also der endgültige Siegeszug der Identität, erst jetzt nämlich hatte auch der Letzte begriffen, was es mit diesem wolkigen Begriff auf sich hatte. Daß es dabei um Volk, Vaterland und Nation ging, wußte man zwar schon vorher, aber gerade deshalb konnte man im Westen so wenig damit anfangen, weil seit Gorbatschow die Bedrohung aus dem Osten fehlte und nicht einmal die Bundeswehr einen gleichwertigen Gegner ausmachen konnte, der die Gefahr hätte verkörpern können, die notwendig ist, um aus der in Einzelinteressenten zerfallenden Bevölkerung eine Volksgemeinschaft zu machen. Als die Mauer fiel, hatte man sich plötzlich um fast ein Drittel der Fläche und der Einwohner vergrößert, ein Grund für »Bild«, in Schwarz-Rot-Gold zu erscheinen. Über Nacht, so glaubte man, war man reich geworden und durfte den Traum vom neuen und unberührten Land träumen, das einem ohne Zutun in die Hände gefallen war. Aber die patriotischen Gefühle hatten nur kurzfristig Konjunktur, und schon die Feiern zum offiziellen Zusammenschluß der deutschen Staaten zeichneten sich mehr durch Überdruß als durch Überschwang aus. Der Traum von Macht, Reichtum und Einfluß war geplatzt und die kurze Euphorie teuer erkauft, als, statt Rendite und Profite zu kassieren, Solidarzuschläge und Sanierungsabgaben gezahlt werden mußten, um den »Aufschwung Ost« zu finanzieren.

Die Verarbeitung dieser Enttäuschung, die viele an der großen und einigen Identität zweifeln ließ, nahm nun unterschiedliche Formen an. Vor allem im Westen hat man nach dem Wiedervereinigungsflop damit begonnen, sein Heil in der ganz persönlichen Identität zu suchen, d.h. seine Neurosen zu pflegen, weshalb die Identität in allen möglichen Kombinationen einen unglaublichen Aufschwung nahm. Sie wurde zu einem Modeartikel, in den man geradezu vernarrt ist. War man früher bloß schwul, lesbisch oder heterosexuell, so trägt man heute seine »schwule«, »lesbische«, »heterosexuelle« oder irgendeine andere »Identität« wie ein Abzeichen für besondere Verdienste. Wenn es darum geht, »die kommerzielle Vermarktung typischer Oktoberfestsouvenirs in rechtlicher Hinsicht abzusichern«, dann steht gleich die »Identität des Oktoberfestes in allen Kontinenten« auf dem Spiel.

Identität ist in die Werbung eingesickert und spukt als »Identitätskrise der Neutrinos« auch in den »Natur und Wissenschaft«-Spalten der »FAZ« umher. Das Tempolimit ist nicht bloß Gegenstand einer Bundestagsdebatte, sondern ein »wichtiger Identitätspunkt der SPD«, und wenn im »Tagesspiegel« irgendein öder Riemen über die Geschichte einer Stadt zu lesen ist, dann kann man sicher sein, daß da einer oder etwas »auf der Suche nach der eigenen Identität« ist. Als »identitätslos« hingegen wird einer bezeichnet, der schüchtern und farblos wirkt. Um eine rein private Identitätsmarotte handelt es sich hier jedoch deshalb nicht, weil jeder damit hausieren geht und auch danach beurteilt wird. Aus der Identität

als Begriff einer Bildungselite, die in ihr höhere Werte ausfindig machen und mit ihr erhebende Gefühle wecken wollte, wurde eine Weltanschauung für viele einzelne, die ihr Selbstwertgefühl aus ihrem Beruf, einem persönlichen Defekt, Wahn oder sonst irgendeiner Eigenschaft, die sie von anderen unterscheidet, ziehen. Als Demokratisierung des Elends läßt sich deshalb bezeichnen, was die Persönlichkeit des einzelnen hervorheben sollte.

Unbeirrt von dieser Modeerscheinung und ungeachtet der Tatsache, daß von nationaler Identität, wenn sie zur Erscheinung kommt, zu allerletzt die Linke profitiert, versuchen die guten und fortschrittlichen Kräfte im Lande, die im Vereinigungsgetümmel verlorene Meinungsführerschaft wieder zurückzugewinnen. Tilman Fichter, der noch »für die Freiheit der Andersdenkenden« eintritt, wenn Rainer Zitelmann selbst für seine konservativen Freunde nicht mehr tragbar ist, pocht unverdrossen darauf, die »Frage der nationalen Identität offensiv« anzugehen. Weil das nichts Neues und kein Blumentopf damit zu gewinnen ist, erinnert sich Fichter wehmütig an die guten alten revanchistischen Zeiten unter Schumacher und Ollenhauer, als deren rüde nationalistische Phrasen Adenauer noch gemäßigt erscheinen ließen.

Die Grübeleien, Forderungen, Aufrufe, Mahnungen, Podiumsdiskussionen und Denkschriften nehmen kein Ende, und wenn dies ein Zeichen dafür wäre, daß von Identität bald niemand mehr hören oder reden will, würde man Fichter und seinen Freunden das Spielzeug gerne lassen. Anläßlich des 75jährigen Jubiläums des Schauspielhauses in Bochum im April 94 waren sich Claus Peymann und seine Mitdiskutanten auf einer Vortragsveranstaltung darüber einig, »daß die Frage der nationalen Identität nicht verdrängt und nicht den Rechten überlassen werden dürfe« (»Taz«, 20.4.94). In einem »Plädoyer für eine Besinnung auf die Kulturnation« dringt Wolfgang Thierse auf einen »für den Zusammenhalt einer zivilen Gesellschaft notwendigen Raum von Identitätswahrung und Identitätsfindung«, und vorsichtig tastet sich auch Hildegard Hamm-Brücher an das heikle Thema »Neue Identitäten braucht das Land« heran: »Wir müssen unsere Identität schon ernsthaft versuchen, neu zu beschreiben« als »ein Gefühl für unsere geistigen und kulturellen Leistungen«. Mit einer Plakataktion warb unter dem Motto »Das Land sind wir« u.a. Ignatz Bubis mit dem Spruch »Wenn ich etwas an Deutschland kritisiere, meine ich nur das Haar in der Suppe. Die Suppe finde ich sehr gut.« Die unfreiwillige Komik dieser Äußerung macht jedoch deutlich, daß man im linksliberalen Spektrum im Bemühen, mit den Rechten gleichzuziehen, noch mit Anpassungsschwierigkeiten an die politisch korrekte Wortwahl zu kämpfen hat.

Im Osten macht sich derweil jeder seinen eigenen Reim darauf, was es mit der deutschen Identität auf sich hat, nur ein bißchen anders, ein bißchen schnörkelloser und mit Sinn für das Praktische. Da die Rechtsradikalen wirklich identisch mit sich selbst nur dann sind, wenn sie Ausländer jagen und totschlagen, läßt man sie bis auf Ausnahmen auch gewähren, denn in der Regel verhalten sich die Strafverfolgungsbehörden im Osten merkwürdig passiv, wenn sie rechtsradikale Übergriffe aufklären sollen. Nicht unbegründet war schon der Verdacht, daß von staatlicher Seite die Einwände gegen die rechtsradikale Interpretation von Identität so groß nie waren, mit der Asylgesetzgebung der Regierung ist er endgültig bestätigt worden. Mit viel Verständnis können die rechtsradikalen Schlägerbanden deshalb rechnen, weil ihre Vorstellungen einer praktischen Definition von Identität als Absonderung und Ausrottung alles Andersartigen und Fremden nach Überzeugung von Politikern und Sozialarbeitern doch nur die Sorgen und Ängste vor Überfremdung und Arbeitslosigkeit der Bevölkerungsmehrheit zum Ausdruck bringen, tatsächlich aber nur die Konsequenz des eigenen endlosen Geredes darüber sind.

Die ostdeutsche Identität, die hinter der westlichen Entwicklung noch zurückliegt, hatte ihre Sternstunde in Rostock und Hoyerswerda, als sie der rechtsradikalen Avantgarde hilfreich zur Hand ging. Seither haben sich die Ossis jedoch schmollend zurückgezogen. Der ehemalige Bürgerrechtler und spätere Umweltminister von Sachsen, Arnold Vaatz, vermutet hinter diesem störrischen Verhalten, daß »unsere Identität derzeit nicht geklärt (ist). Identität eines Volkes umfaßt das Wissen darum, woher man kommt und wohin man geht. Da wir Deutschen unserer Identität nicht mehr sicher sind, sind wir in wichtigen Fragen ohne Orientierung.« Aus diesem Grund strafen die Ostdeutschen die Westparteien mit Verachtung, d.h. sie wählen die PDS, deren Vorläufer immerhin der angebliche Grund war, weshalb sie sich nichts sehnlicher wünschten als den Anschluß an die BRD.

Die unvorstellbare Summe von 600 Milliarden Mark wurde nach Angaben von Finanzminister Waigel für die deutsche Einheit verpulvert (wahrscheinlich liegt die Zahl noch weit höher). Das psychologische Befinden der damit Bedachten hat sich dadurch nicht geändert. Noch immer gehen sie davon aus, daß die Lasten der Einheit allein von ihnen getragen werden, und statt dankbar zu sein, fühlen sie sich als Bürger 2. Klasse, die von den Westdeutschen kolonisiert und unterdrückt werden, weshalb – wie das ZDF-Heute-Journal am 15.7.94 mitteilte – »die Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt mit SPD und Grünen die Identität der Ostdeutschen besonders berücksichtigen will«. Je mehr sich der Westen jedoch um die Ostdeutschen sorgt, je größer die Zugeständnisse und je intensiver die Streicheleinheiten, desto bockiger werden jene, weshalb ihre Identität der eines zurückgebliebenen Minderjährigen ähnelt, der soziale oder moralische Kategorien nicht kennt oder aus Dummheit durcheinanderbringt. So behauptete Elfriede Brüning, Mitglied des proletarischen DDR-Schriftstellerverbandes, in einem Vortrag, daß die Nazis nur die Bücher der Juden verbrannt hätten, nach der Wiedervereinigung aber das Kulturgut einer ganzen Generation vernichtet worden wäre.

Wohin sich die Identität der Deutschen zukünftig entwickeln wird, läßt sich noch nicht sagen, weil unklar ist, ob die unterschiedlichen Vorstellungen von Identität zusammenfinden werden oder ob sie sich gegenseitig neutralisieren, ob die »auf Granit gebaute« Identität, die sich aus den kleinen alltäglichen Niederlagen speist, sich als kollektives Ressentiment aktivieren läßt und welche Faktoren dazu notwendig sind. Fest steht nur, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nichts Gutes von den Ostdeutschen zu erwarten ist, die die besten Voraussetzungen mitbringen, daß aus ihrer Überzeugung, betrogen worden zu sein, mehr als nur nostalgische Gefühle entstehen. Weil sich die Ressentiments bisher noch gegen die aus dem Westen richten, bleibt die gesamtdeutsche Identität als kollektiver Wahn blockiert, und weil man sich die Hand nicht zu beißen traut, die einen füttert, veranstaltet man Pogrome gegen jene, die man für noch schwächer als sich selbst hält, und testet im Kleinen, was im Großen noch nicht möglich ist.

Die Frage ist, ob die depressive Stimmung nicht auch mal auf die Westdeutschen übergreift. Die Asylbewerber, von denen nur noch wenige über die deutsche Grenze kommen, reichen als innerer Feind auf die Dauer für eine gemeinsame Identitätsbildung nicht aus, und ein äußerer Feind, der nachhaltig volksgemeinschaftsbildend wirken könnte, ist noch nicht in Sicht. Vielleicht genügt ja bereits der wirtschaftliche Niedergang, um die nationale Identität zu beleben. Vielleicht erleidet sie auch, wie nach der Wiedervereinigung, einen erneuten Rückschlag, bevor sie zu sich selbst finden und sich stabilisieren kann. Eine Konstante, mit der zu rechnen ist, bleibt sie jedoch, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie wieder virulent und zur Gefahr für andere wird.

Gekürzte Version eines Beitrags, der Ende September in dem Band »Identität und Wahn – Über einen nationalen Minderwertigkeitskomplex« (Edition Tiamat) erscheinen wird

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 8/94 über den Kulturtourismus nach Sarajevo

Konkret 09/94, S. 54

Jürgen Schild

Die Macht der Zeilen

»Jung und zeitgemäß« will er sein, der neue 24bändige Brockhaus. Unser Autor hat sich in ihm umgetan

Die 19. Auflage der Brockhaus Enzyklopädie von A (1986) bis Z ist jetzt komplett: 260.000 Stichwörter, 150.000 Verweise, 25.000 Abbildungen auf 17.000 Seiten. Jeder 6. Band enthält aktualisierte Nachträge. Neu sind ca. 10 Prozent der Eintragungen sowie die Rubrik Schlüsselbegriffe, eine Art Zeitspiegel ohne Mode, Sex, Not und Moral. Die 24 Bände kosten 4.752 Mark, pro Band 198 Mark, die Seite für 28, die Spalte für 14 Pfennig – in Farbe, mit Buckramleinen an Halbleder und 23 Karat Goldlettern.

»Hauptkriterium bei der Auswahl ist zunächst der heutige Bekanntheitsgrad eines Menschen.«* Sechs Bände des Gesamtwerks stehen für Biographien zur Verfügung. »Die Redaktion (hat sich) bemüht, möglichst alle die Wörter zu bringen, denen man in Unterhaltungen, in den Medien und in der modernen Literatur begegnet.« Wir wollen sehen.

Illustration

»Das Bild steht grundsätzlich beim Stichwort.« Iwo! Weder auf der gleichen noch auf der gegenüberliegenden Seite. »Keines der Bilder ist Dekoration oder bloße Illustration.« **Dali**-Bilder finden wir unter dem Meister selbst, unter **spanische Kunst** und unter **Surrealismus.**

Nach welchem Kriterium werden Gesichter veröffentlicht: Wiedererkennungswert, Schmuck, Aktualität oder Fundus? »Selbst das Porträt illustriert nicht die Biographie, sondern vermittelt einen ergänzenden Eindruck.« Geschickt formuliert. Was ist nicht alles zu ergänzen. Eines wäre dem »Jahrhundertwerk« zuzutrauen: Lebende aktuell abzubilden und vor allem eine Datumsangabe der Aufnahme. »Sie erhalten Informationen, die es Ihnen ermöglichen, sich Ihr eigenes Urteil zu bilden.« Das optische Urteil schmeichelt unseren Zeitgenosssen enorm. Ilse **Aichinger** verjüngt, **Achternbusch** schwer zu erkennen, **Genscher** jugendlich wie kaum zu erinnern, **Hochhuth** konturlos, Paul **Newman** mit absurd erleuchteter Stirn. H.C. **Artmann** auf Frischzellenkur. Akzeptabel allenfalls das Lausbubengesicht des fotoscheuen **Pol Pot.**

Brockhaus' eigene Kartographie liefert zig Stadtplan-Segmente. Also, ich kann mir nicht vorstellen, nach Basel Bd. 2 einzuschleppen. Wozu ein Plan von Mannheim, wieso nicht von Barcelona? Warum verschiedene Maßstäbe? Amsterdam 1:20 000, Tokio 1:35 000, Großraum Paris 1:300 000; Hongkong mit Kilometerskala. Da soll mir keiner erzählen, das hätte nichts mit Deko zu tun. Zur Proportion der Erde: Arno *Peters* hatte mit dem europazentrischen Weltbild aufgeräumt und die paritätische Darstellung aller Länder und Kontinente projiziert. Brockhaus ignoriert ihn, will den eigenen Atlas verkaufen.

Die Illustrationssucht fällt besonders im technischen Bereich ins Auge. Daß ein **Traktor** unter **Ackerschlepper** (Brockhaus »registriert den Sprachgebrauch«) eine farbige Zeichnung zur Erläuterung braucht, geht mir nicht ein. Ebenso die Platzvergeudung **Feuerwehr** (2 S.) mit drei Löschfahrzeugen, die sich pressemappenmäßig ähneln. 5 Lokomotiven auf gut 3 Seiten (!), 4,5 Seiten **Bergbau**. Eine Farbseite für **Dienstgradabzeichen**, eine halbe für **Dienstgradbezeichnungen**. Die Vernarrtheit ins Militärwesen beschert uns u.a. Großartikel über **Gewehre, Geschütze** und **Maschinenwaffen** – so blödsinnig wie die Abbildung von ASU-Plakette und ec-Karte.

Fehler

Fehler im Lexikon? Unglaublich. »Die Fahnenkorrektur ist außerordentlich aufwendig. Alle Fahnen durchlaufen in drei Korrekturgängen das Korrektorat.« Das müßte reichen. Von wegen. Schon im Klappentext steht ein (!) Vielzahl. **Montherlant**, Graf und Weiberhasser, verändert sich unter seinem Foto zu **Montherland**. Die Schriftstellerin **Le Guin** gibt's auch als **LeGuin**. Margarethe von **Trotta** erscheint mal ohne h. Wo kämen wir hin, falls wir diese Schnitzer hochrechneten?

Lebenshilfe

Unter **Domina** finden wir Stiftsvorsteherin. *Femidom* fehlt. **Spanner** sind Schmetterlinge. »Fortbewegung durch ›Spannen‹« ist synchron in Wort und Bild beschrieben. **Beschäler** ist ein Deckhengst, **SM** die Abk. für Societas Mariae; **S.M.** Abk. für Seine Majestät. *S/M* oder S/M-Szene – Niete. *Cybersex* existiert nicht im Brockhaus, zwei Seiten Chemie unter Cy..., halt hier: **Cyborg**, das hat doch was damit zu tun: »in der Futurologie Bez. für einen Menschen, in dessen Körper techn. Geräte als Ersatz oder zur Unterstützung nicht ausreichend leistungsfähiger Organe integriert sind.« Aha. Unter **virtuelle Realität** lesen wir: »Bezeichnung für eine mittels Computer simulierte Wirklichkeit oder künstliche Welt (›Cyberspace‹), in die Personen mit Hilfe technischer Geräte versetzt und interaktiv eingebunden werden.« Bei **virtuell** tritt

eine feine Sinnmutation zutage, »ursprünglich ›Tüchtigkeit‹, ›Mannhaftigkeit‹« und dann degradiert zu: »nicht wirklich; scheinbar; der Anlage nach als Möglichkeit vorhanden«. *Crossdressing*, akuter Begriff für **Transvestismus**, klärt Brockhaus ebensowenig wie *Transvestophilie* oder *Crossover.* Die berühmte Transsexuelle Renée *Richards*, Ärztin und Tennisspielerin, scheint so unbekannt wie der ihr aufgenötigte *Barrbody*-Test, Abstrich der Mundschleimhaut zwecks Geschlechterbestimmung.

Aktualität

Das Drama **AIDS**. Inkubationszeit (Bd.1): 2 – 5 oder mehr Jahre; unter **Infektionskrankheiten** (Bd. 10): 0,5 – 5 Jahre. Im Nachtrag Bd. 6 (Redaktionsschluß April 88) werden Infektionszahlen und Risikogruppen geschätzt, Strategien möglicher Bekämpfung und Diskriminierungen, Impfproblematik und Zweifel am Infektionsstatus thematisiert, »da die durch die meisten Testverfahren erfaßten Antikörper sich erst 6 Wochen, z.T. erst über ein Jahr nach Infektion bilden«. Am Ende der Hinweis auf die zunehmende Bedeutung psychoimmunologischer Faktoren. Im Nachtrag Bd. 12 (März 90) kein Wort mehr über Testunsicherheiten oder Inkubationszeit. In Nachtrag Bd. 18 (März 92) nichts, Bd. 24 (März 94) nur noch Schätzungen.

Kultisches

Werden wir **Konkret**, »radikalsozialist. Zeitschrift ... hg. von H. L. Gremliza«. Wer steht wo? *Mapplethorpe* ist keine Zeile Bio. gewidmet, sein Name erscheint unter **Akt-Photographie**, die »einen Schwerpunkt im künstler. Schaffen bedeutender Photographen« bildete. *Leibowitz* hab ich auch nicht gefunden. Wie steht's mit H. R. *Giger*, dem Gestalter geilgrauser Chimären und Biomechanoiden? Nein, ich such jetzt nicht unter Graphikern, das wird mir allmählich zu albern. Der Designer des ›ALIEN‹ gehört anscheinend ebensowenig zu den »brockhauswürdigen« Künstlern wie dessen Regisseur Ridley *Scott*, *Cameron* und *Jarmusch*. Ich fürchte, »das große repräsentative Nachschlagewerk unserer Zeit« frönt urdeutschen Traditionen in E und U. Kultfiguren ohne Bio: Grace *Jones*, Vamp-Androgyne, Sängerin und Actrice. Aleister *Crowley*, Kabbalist, Tarot-Designer und Bergsteiger. R. A. *Wilson*, Timothy *Leary*, Chico *Mendes,* Quentin *Crisp, Divine* oder Chevalier *d'Eon*, dessen Verhalten den *Eonismus* prägte. Topmodels, en vogue in Mode, Industrie und Schönheitskult – nix. Wie anschaulich wäre der Wandel von *Twiggy* über *Iman* zu *Patitz. Witzigmann*, Koch des Jahrhunderts – welch ein Titel aus Frankreich! – Pustekuchen. Die legendärsten Weine der Welt, *Romanée-Conti* und *Pétrus* – kein Schluck.

Zeilen-Pop

Kiddies und *Skippies* (School kids with income and purchasing power) werden sich wundern über den Anspruch »jung und zeitgemäß« ohne *Rave, HipHop, Grunge, Groove, Techno*. Popgruppen sind Trendsetter. Zählen wir die Zeilen. *King Crimson* (0). **Led Zeppelin** (9), **Jethro Tull** (8), **Gentle Giant** (10). Die Kreativität dieser drei zusammen reicht nicht an **Penderecki** (50) oder **Janacek** (30) heran. Tull entspricht **Górecki** (8), der neuerdings in den Klassik-Charts spielt. **Charts** sind »graphische Darstellungen des bisherigen Kursverlaufs und des Umsatzvolumens von einzelnen börsennotierten Aktien«.

Es wird noch toller, die Pop-Ikonen unserer Zeit – ich such jetzt zum dritten Mal – *Prince, Madonna,* Michael *Jackson* (für *Vanity Fair* der »unübertreffliche Crossover-Künstler«) sind so brockhausunwürdig wie Nigel *Kennedy* und das *Kronos*-Quartett. Robert **Schumann** füllt 2 Seiten, Gattin **Clara** ein Fünftel dessen. »Klassikern« hängt immer eine Werksliste an, oft auch ein unlesbares Noten-Faksimile.

Es wird ja in den letzten Jahren »gesampled« wie wild. Also **Sampling**, »in Statistik oder empirischer Sozialforschung: das Auswahlverfahren« – weiter, **Sampler**, genauer **Sound Sampler**, »Geräte ... die verschiedene Schall- oder Klangspektren ... in digitaler Form speichern und wiedergeben können«. Nun zu **Zappa**s (19 Z. inkl. »Bobby Brown«) Komponiercomputer *Synclavier.* Kein Mucks im Brockhaus, dito *Physical Modeling* (Echtzeitberechnung physikalischer Vorgänge zur Nachbildung eines Klangs, altbekanntes Verfahren aus der Materialforschung, an dem alle größeren Keyboardhersteller werkeln).

Sit-In kennt der Brockhaus, *Sitcom*, die TV-Belustigung unserer Zeit, noch nicht. Komik von Rowan *Atkinson*, Benny *Hill, Monty Python, Otto, Erhardt, Hallervorden* ist ausgelassen. Das schnellste Spiel der Welt ohne Protagonisten: *Howe, Gretzky, Nedomansky, Jagar, Tretjak und Bure* sind vom Eis.

Dichter-Lese

Thomas **Mann** (1 Seite), Hans Henny **Jahnn** (20 Z.), Schriftsteller, Orgelbauer und Hormonforscher, dessen Biographie (1986 von Thomas Freeman) in Bd. 11 (90) nicht aufgeführt ist. Sein Werk wird mit Platitüden »schwer deutbar, heftig umstritten, verzweifelte Suche, Utopie, heidnischer Vitalismus« vernebelt.

Lewis **Carroll** – »Seine schriftstellerischen Hauptwerke über die Abenteuer der kleinen Alice ... sind klassische Beispiele der Nonsensliteratur.« Dem Redakteur sei Arno Schmidts Essay über die moderne Literatur und ihre Gründerväter empfohlen. **Unsinnsliteratur** – »literarische Gestaltungen ... die durch absurde Vorstellungen, unlogische Gedankenverbindungen oder bloße Klangspiele verblüffen. Sie ... haben sich besonders seit dem 19. Jahrhundert durch die Werke ... Carrolls literarisch etabliert.«

H. P. *Lovecraft*, Poet des Grauens, »literarischer Kopernikus« (Fritz Leiber), Beschwörer der Urängste – zeilenlos. Unheimlich. Wo ist Philip K. *Dick*, Autor des Blade Runner? **Science-fiction** beginnt mit Laßwitz, Verne, Wells, Asimov, Bradbury und Sprague de Camp (holla, der Lovecraft-Biograph), weiter mit Adams, Aldiss – potzblitz da ist er: Philip K. Dick als »wichtige]r Vertreter«. Bei Sf-Filmen tauchen u.a. Wells und Verne sowie Dick als Vorlagengeber, Cameron mit ›Terminator‹ und Ridley Scott mit ›ALIEN‹ auf, gefolgt von Enterprise und Raumpatrouille. **Fantasy** gilt als »Nebenzweig der Science-fiction«. Carroll, diesmal als »Vorläufer oder Begründer der Fantasy« mit »Alice's adventures« und nochmal als Autor für den Film »Alice«. **Phantastische Literatur** führt nach 12 Zeilen Definitionsdelirium den Schauerklassiker »Otranto« von Walpole auf, u.a. folgen Hauff, Hoffman, Poe, Shelley, Stoker und wieder Verne und Wells. Später heißt es: »Unter dem Einfluß psychoanalytischer und linguistischer Theorien wurde das Phantastische im 20. Jahrhundert zunehmend als notwendiger kreativer Teil konzeptueller Wirklichkeitserfassung angesehen und zur literarischen Gestaltung visionärer bzw. alternativer Weltsichten eingesetzt, u. a. bei Amery, King, H.P. Lovecraft ...« Makaber, der Horror-Dichter unter ferner liefen.

Forscher-Vergleich

Gesucht sind Alex *Jeffries*, Erforscher des genetischen Fingerabdrucks, Louise *Brown*, das erste Retortenbaby, Jim *Peebles*, Vater des Urknalls, Hacker-Guru Richard *Cheshire*, Ru 486-Entwickler Etienne *Baulieu*, Carl *Djerassi*, Vater der Anti-Baby-Pille.

Ich vermisse Immanuel *Velikovsky* (1895-1979), von Einstein bewunderter Katastrophentheoretiker und Psychoanalytiker, der sich in seinen Büchern beweiskräftig gegen die uniforme Evolution wandte. Unter **Katastrophentheorie** ist **Cuvier** verzeichnet. Dessen Gegenpart **Lyell** antizipierte eine stringente und damit nachvollziehbare Entwicklung (**Aktualismus** – s'war immer so), die **Darwin** (halbe Seite) bereitwillig in seine Biologie transponierte. Über Alfred Russel **Wallace** (11 Z.) heißt es: »Seine Veröffentlichung über die natürliche Zuchtwahl durch Auslese im Kampf ums Dasein (1858) veranlaßte C.R. Darwin, seine eigenen Forschungsarbeiten zu publizieren.« Um Hierarchie-Zweifeln vorzubeugen, steht bei Darwin: »Wallace, der die Priorität D.s voll anerkannte, prägte später den Begriff ›Darwinismus‹.« Zu den Abhandlungen der beiden Gelehrten vor der »Linnean Society« in London nur eins: Während Darwin eine bessere Notizensammlung von sich gab, enthielt die Ternate-Abhandlung (nach der Vulkaninsel, wo Wallace während eines Malaria-Anfalls die Vision vom Überleben des Fittesten (!) hatte) die erste vollständige Darlegung von »Abstammung und Divergenz mit Modifikation durch Variation und natürliche Selektion«, Kern der darauffolgenden »Darwin'schen Evolutionstheorie«.

Nachtrag

Da mir nicht drei Fahnenkorrekturen unterlaufen sind, könnte ich ein Stichwort übersehen haben, was jedoch Gevatter Trend nicht erschüttert. Wie *Crowley* sich hinter **Satanismus** verbarg und *Leary* in **New Age**, firmiert vielleicht der Vater des Urknalls unter Atavismen des Liebesakts, das *Synclavier* als Alternative zur Elfenbeintastatur, *Physical Modeling* unter Frauendesign mit Verweis auf Grace *Jones* oder *Jackson* unter Schönheitschirurgie, denn im Brockhaus »lauert die Information dort, wo der Benutzer sie nach aller Voraussicht sucht«. Eine Benutzerin existiert nicht. Dafür aber **Buschmannfrauen** ...

*Brockhaus-Verlautbarungen und Zitate aus Lexikon-Artikeln sind in Anführungszeichen gesetzt; gesuchte und gefundene Stichwörter erscheinen **»fett«**; vermißte *»kursiv«*

Jürgen Schild ist Journalist und lebt in Mönchengladbach

Konkret 09/94, S. 57

Franziska Roller, Klaus Schönberger, Michael Zaiser

Gewalt,Lügen & Videotapes

Während die Aufrüstung und Militarisierung der bundesdeutschen Politik weiter vorangetrieben wird, häufen sich die Forderungen nach einer Abrüstung auf den Bildschirmen

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 12. Juli, daß Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland verfassungsmäßig sind. An den Staatsgrenzen verhindert der Bundesgrenzschutz mit Gewalt die Zuwanderung von Menschen mit nichtdeutschem Paß. Sinti und Roma sind von den gewaltsamen Übergriffen besonders betroffen. Die staatlichen Gewalttäter berufen sich auf das Ausländergesetz und das geänderte Grundgesetz. Der Tod eines sechzehnjährigen kurdischen Jugendlichen zeigt ziemlich eindringlich, was in der Bundesrepublik staatliches Gewaltmonopol und finaler Rettungsschuß bedeuten.

Offene Gewalt wird wieder zu einem diskutablen Mittel der Politik. Insbesondere Bundesminister zeigen sich anfällig für die Propagierung und den Einsatz von Gewalt. Außenminister Kinkel will den freien Welthandel und den ungehinderten Zugang zu den Rohstoffressourcen notfalls mit Gewalt sicherstellen. Wie kommt es zu so etwas? Haben die zuviel Fernsehen und Videos geguckt?

Wenn wir dem gegenwärtigen Medien-Diskurs Glauben schenken, gehören Gewalt & Medien zusammen wie Rock & Roll. »Gewalt« lautet das Zauberwort, mit dem landauf, landab konservative Politikerinnen, Landeszentralen für politische Bildung, GEW, berufsmäßige Psychodeutebolde und die linksliberalen (oder rot-grünen) Bewußtseinszurichtungsagenturen ein altes Stekkenpferd der feuilletonistischen Kulturkritik wieder zureiten. In kulturpessimistischer bis reaktionärer Abscheu vor der industriellen Massenkultur, insbesondere vor den Massenmedien, erklären sie einvernehmlich den Medienoutput zur hauptsächlichen Ursache von Gewalt. Bildungsbürgerlicher Elitedünkel und Mittelklassenhaß auf den »Mob« lassen in diesem Diskurs ihrem gemeinsamen Ekel vor der »Masse« freien Lauf.

Im Kampf gegen Gewalt in den Medien bildet eine Große Koalition von Politikern die Vorhut. Der bayrische Ministerpräsident Stoiber (CSU) beschwört »die Gefahr einer Zerreißprobe« für die Gesellschaft, »wenn über bestimmte Massenmedien ständig die Lösung von Konflikten mit Fäusten, Messern und Revolvern propagiert wird«. Bundesinnenminister Kanther (CDU) forderte, »die Gewaltdarstellung im Fernsehen und auf Videos ›drastisch‹ einzuschränken, sonst sei langfristig eine ›Verrohung der Gesellschaft‹ zu befürchten ...«.

Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Hanna Wolf, assistiert: »Ich bin dafür, den Jugendschutz durch Indizierung von Filmen auszudehnen.« Es sei wissenschaftlich belegt, daß es einen Zusammenhang zwischen Jugendgewalt und Gewalt in den Medien gebe. Deswegen müsse man auch »stärkere Kontrollen einführen, um zu verhindern, daß verbotene Filme unter dem Ladentisch gehandelt werden«.

Die Behauptung, daß die Medien für die »Verrohung« der Jugend verantwortlich seien, weiß selbst der hinterletzte Sozialarbeiter nutzbringend in seine Argumentationen einzubauen. Nicht nur bei Veranstaltungen des CDU-Frauenverbandes über die Zunahme von Gewalt gelten die Medien als beliebtester Grund: »Als Ursachen für die zunehmende Brutalität nannten die Experten unter anderem gewaltverherrlichende Videos sowie Filme im Fernsehen. ›Bis zum 18. Lebensjahr haben Jugendliche etwa 20.000 Morde auf dem Bildschirm gesehen.‹«

Mit von der Partie sind auch die wöchentlichen Magazine. Der sonst keinem noch so bluttriefenden Photo abgeneigte »Stern« (51/1993) titelt in der friedensheischenden Weihnachtszeit: »Gewalt auf dem Bildschirm – Ein Mordsvergnügen«. Reißerisch heißt es: »Videospiele, in denen geschlagen, getreten, getötet wird, stehen auf den Wunschzetteln vieler Kinder ganz oben. Und zahlreiche Jugendliche finden Gefallen an scheußlichen Horror-Videos. Wieviel Brutalität halten junge Leute aus, ohne selbst zu verrohen?« Auch der »Spiegel« (42/1993) schildert vorzugsweise Kinder und Jugendliche als hilflose Opfer von Gewalt in den Medien: »Gleich morgens in der Gruppe müssen viele Kinder ihre Begegnungen mit Video- und Fernsehhelden nachspielen, um das Gesehene überhaupt verkraften zu können. Gegenseitig schlagen sie sich den Kopf auf den Boden oder an die Wand. Nicht selten tritt der Stärkere auch dann noch einmal kräftig zu, wenn der andere zu Boden geht oder aus der Nase blutet.« »Focus« (26/1994) illustriert seinen Aufmacher (»Kanal Brutal«) gleich mit Dutzenden von Photos aus den inkriminierten Fernsehgenres (»Krieg – Horror – Mord – Sex«) und spielt sich zum Anwalt einer behaupteten Mehrzahl von TV-Konsumenten auf: »Der Bildschirm quillt über vor Gewalt.«

Ende 1993 eskalierte der mediale Diskurs über Mediengewalt anläßlich der Tötung des zweijährigen James Bulgar in Liverpool durch zwei elfjährige Jungen. In seinem Urteilsspruch äußerte der Richter die Vermutung, daß der Film »Chucky 3« das Vorbild für die Tat abgegeben habe. Nun wußten es von »Spiegel-TV« bis »FAZ« auf einmal alle ganz genau. Laut »Spiegel-TV« hatten die beiden Täter »nach einem Drehbuch gehandelt«. Noch in seinem Jahresrückblick behauptet der »Spiegel«: »Das Video ›Child's Play 3‹ verwirrte die zehnjährigen Robert Thompson und Jon Venables aus Liverpool so, daß sie den zweijährigen James Bulgar umbrachten.« Alles gelogen: Laut dem ermittelnden Polizeibeamten »gab es nichts

– keinen Plot, keinen Dialog – worauf man zeigen und wovon man sagen könnte: Das hat den Jungen beeinflußt« (»Süddeutsche Zeitung«). Der angebliche Inhalt des Films wurde gemäß dem Tatverlauf zurechtgebogen.

Dieses Muster ist nicht neu. Die von den Medien verführten Mörderkinder sind ein feststehender Topos in der Geschichte kulturpessimistischer Medienkritik. Bereits 1912 wußte der Universitätsprofessor Robert Gaupp in seinem Vortrag »Der Kinematograph vom medizinischen und psychologischen Standpunkt« über die schädlichen Auswirkungen von Kinokonsum zu berichten: »Ein ganz grotesker Fall wird aus New York berichtet: Dort hatten drei italienische Knaben im Kino eine Szene gesehen, bei der ein Missionar von Kannibalen gebraten und verspeist wurde. Sie beschlossen, sich dasselbe Vergnügen zu machen. Ein kleiner Junge wurde niedergeschlagen, bewußtlos auf einen präparierten Scheiterhaufen gelegt; die Brandwunden erweckten ihn wieder zum Leben; auf sein Jammern und Schreien eilten glücklicherweise einige Erwachsene herbei, die den Knaben vor dem Tode retten konnten; doch blieb er infolge der schweren Brandwunden ein Krüppel.«

Der Kampf gegen mediale »Schund«- und Gewaltdarstellungen erlangte seine Bedeutung spätestens, als deren Massenkonsum durch die Industrialisierung möglich wurde. Massenmedien wurden bereits mit ihrem Aufkommen im Kaiserreich für alles Unbill dieser Welt verantwortlich gemacht.

Hintergrund der Argumentation war und ist fast immer die Annahme eines Nachahmungseffekts oder die Behauptung, daß ständige Gewaltdarstellung einen emotionalen und mentalen Abstumpfungsprozeß zur Folge habe. Die Vorstellung, daß ein Verhalten nur deshalb nachgeahmt werde, weil es gezeigt wird, findet sich bereits bei Platon (»Politea«).

Freilich gehört die Kritik dieses Modells inzwischen zu den medienwissenschaftlichen Standards. Moderne Medien wirken komplexer, als es das mechanische Modell der Nachahmung unterstellt. Sowohl die Vorstellung eines Nachahmungseffekts als auch die ebenfalls beliebte Abstumpfungsthese verschwenden keinen Gedanken an die unterschiedlichen sozialen und individuellen Situationen, in welchen Medien konsumiert werden. Dennoch halten sich Nachahmungs- und Abstumpfungsthese hartnäckig, nicht zuletzt deswegen, weil sie eine wichtige Entlastungsfunktion erfüllen. Beide Konzepte unterstellen, daß Gewalt in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften ein Sonderfall oder eigentlich ein Unfall sei. Menschen, die Gewalt anwenden, müssen in dieser Vorstellungswelt von Instanzen wie den Medien dazu ange- oder verleitet worden sein. Der strukturell gewaltförmige Charakter dieser Gesellschaft und ihrer Dominanzkultur wird systematisch ignoriert. Denn die naheliegende Überlegung, daß die Bereitschaft Gewalt auszuüben in erster Linie ein Effekt der gesellschaftlichen Grundstrukturen ist, daß sie aus der zugespitzten Ellenbogenmentalität resultiert, würde die gegenwärtig verbreitete Erfolgsstory des universellen Kapitalismus erheblich in Zweifel ziehen.

Nach allgemeinem Dafürhalten bestehen die der Mediengewalt schutzlos ausgelieferten TV- und Videokonsumentinnen hauptsächlich aus jugendlichen Unterprivilegierten, nicht etwa aus Mitgliedern der Eliten oder der aufstrebenden Mittelschichten. Im Diskurs über Mediengewalt geraten gerade jene Bereiche aus dem Blickfeld, in denen sich die Gewalt aus dem Zentrum der Gesellschaft äußert. Während die CDU-Regierung die sowohl innen- als auch außenpolitische Aufrüstung vehement vorantreibt, fordert Angela Merkel: »Wir brauchen eine ernsthafte Abrüstung auf den Bildschirmen.« Das »moderne Nachrichtenmagazin« und CDU-Organ »Focus« fragt auf der bereits zitierten Titelseite: »Wer stoppt die Gewalt im Fernsehen?« und jubelt gleich darunter, in Erwartung des Blauhelm-Urteils: »Deutsche dürfen im Ausland kämpfen.« So wird der Begriff der Gewalt von staatlichem Handeln abgetrennt und über die Medienschelte entsorgt.

Vor den hier problematisierten Einschätzungen medialer Darstellungen sind auch Linke nicht gefeit. Zuletzt zeigten dies die Reaktionen auf den Dokumentarfilm »Beruf Neonazi«. Einige Monate nach Erscheinen des Films brach ein Sturm der Empörung los, der von linksradikal bis konservativ-liberal alle Lager erfaßte. Es wurde moniert, daß der in »Beruf Neonazi« porträtierte Nazi Bela Althans unkommentiert zu Wort kam, dem Regisseur wurde mangelnde Distanz vorgeworfen, und der Kameraführung wurden Prädikate von überhöhend über erotisch bis hin zu »Leni-Riefenstahlig« zugeschrieben. Linksradikale Kommandos (»Filmriß«) versuchten, die Kinoaufführungen zu verhindern, womit sie sich in bestem Einvernehmen mit Teilen der Justiz befanden. In Hessen gelang es der Staatsanwaltschaft sogar, die Vorführung des Films einige Tage zu verbieten.

Man braucht den Film nicht gut zu finden, um bei dieser Einhelligkeit stutzig zu werden. Der Grund für die seltsam anmutende Allianz zwischen Autonomen und Jurisprudenz erklärt sich unseres Erachtens daraus, daß die Linke (ganz allgemein) angesichts eines so kompakten und leicht greifbaren Feindbilds in hektischen Aktionismus verfällt, um sich ihre sonstige Hilflosigkeit im politischen Vorgehen gegen den Rechtsruck nicht eingestehen zu müssen. Und staatlicherseits bot das Verbot des Films die wohlfeile Gelegenheit, Aktivität gegen Nazis zu demonstrieren, ohne tatsächlich gegen die von denselben Politikerinnen geschürten rassistischen und nationalistischen Ressentiments vorgehen zu müssen.

Natürlich gilt es zu bedenken, daß ein Film wie »Beruf Neonazi« unter Umständen dazu beiträgt, die Diskussion über die »Auschwitzlüge« salonfähig zu machen: einfach dadurch, daß sie ein weiteres Mal medial gestreut wird und damit als eine

zulässige oder diskussionswürdige Annahme erscheint. Es stellt sich aber die Frage, ob in diesem Fall durch den bundesweiten Medienrummel nicht gerade das Gegenteil erreicht wurde, also das Gewäsch von Althans eine Publizität erlangte, die es aufgrund einiger Passagen in einem drittklassigen Dokumentarfilm allein niemals erhalten hätte.

Es ist verlogen, den Film anstelle des Nazis aus dem Verkehr zu ziehen. Die linke Diskussion um »Beruf Neonazi« folgt derselben Logik, mit der in der Mediengewaltdebatte symbolische Repräsentationen von Gewalt angeprangert werden, um von deren strukturellen Ursachen absehen zu können. Linke sollten dagegen ein Interesse daran haben, den Unterschied zwischen realen politischen Ereignissen (z.B. einem öffentlichen Auftritt von Schönhuber oder Althans) und medialen Repräsentationen (wie »Beruf Neonazi« oder »Der Stau«) nicht zu verwischen. Diese Gefahr besteht, wenn Linke einvernehmlich mit den Verantwortlichen für die rassistische und nationalistische Politik in dieser Gesellschaft ein Verbot des Films über Althans fordern oder seine Aufführung verhindern. Statt dessen wäre die politische Praxis eines Althans anzugreifen, vor allem aber die rassistische und nationalistische Grundstruktur der Gesellschaft praktisch und konsequent zu bekämpfen, die für einen Neonazi wie Althans überhaupt erst Wirkungsmöglichkeiten schafft. Wer hauptsächlich gegen die Fiktion angeht, im Glauben, damit die Realität zu verändern, ist dem multimedialen Zeitalter schon auf den Leim gegangen.

Dieser Artikel basiert auf dem Beitrag »Kritik der Medienkritik. Rassismus & Gewalt – Fernsehen & Videotapes«, im Band: autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe/mittlerer neckar (Hg.): »Medienrandale. Rassismus und Antirassismus. Macht der Medien und Ohnmacht der Linken.« Trotzdem Verlag 1994.

Franziska Roller und Klaus Schönberger sind Kulturwissenschaftler/in (Tübingen), Michael Zaiser ist Physiker (Stuttgart)

Konkret 09/94, S. 60

Stefan Ripplinger

Sarajevo as usual

Hat Zlata Filipovic, die »Anne Frank von Sarajevo«, ihr Tagebuch selbst geschrieben? Eigentlich ganz egal – Kriegshetze ist es sowieso

Schon vor dem Bürgerkrieg, schreibt Bernard Fixot, der Verleger, der Zlata Filipovic, die »Anne Frank von Sarajevo«, berühmt machte, »wollte Zlata Journalistin« werden, am liebsten bei einem Frauenmagazin. Die »enorm sprachbegabte« (»Kölnische Rundschau«), die »erstaunliche Schriftstellerin« (»Buchjournal«) Filipovic, könnte sich, eilte sie nicht nach dem enormen Erfolg ihres Tagebuchs aus Sarajevo »von Termin zu Termin« (»Stuttgarter Zeitung«), ohne weiteres bereits heute ihren Berufswunsch erfüllen – das zarte Mädchen formuliert schon als Zwölfjährige wie eine altgediente Feuilleton-Schabracke: »Mit der schrecklichen Gewalt eines Krieges, der mich mit Abscheu erfüllt«, heißt es in des Kindes Bestseller, »versucht man, mich plötzlich und unerwartet vom Ufer des Friedens fortzureißen, vom Glück der wunderbaren Freundschaften, vom Spiel, von der Liebe und den Freunden ... Bringen Sie mich bitte an das Ufer der Kindheit zurück – dort wo ich es warm hatte, dort wo ich glücklich und zufrieden war – , wie alle Kinder, deren Kindheit man zerstört und die das Recht, mit Freude zu leben, nicht mehr haben.«

Daß derlei nicht sehr jungmädchenhaft daherkommt, konstatierte – nachdem das deutsche Feuilleton Frl. Filipovic monatelang gefeiert hatte – Arno Widmann (»Taz«/»Vogue«/»Taz«). Nach 47 Seiten habe er die Lektüre abgebrochen, bekannte Widmann in der »FAZ«: »Angeblich handelt es sich um das authentische Tagebuch eines Mädchens aus Sarajevo. Ich glaube kein Wort davon.«

Das konnte nicht ungestraft bleiben. Ohne Widmanns Namen zu nennen, entrüstete sich Wolfgang Koydl fünf Tage später in der »Süddeutschen Zeitung«: »Mit Vorliebe schlachten die Medien ihre eigenen Produkte.« Als ob Zeitungen eine ethische Verantwortung für ihre eigenen Kreaturen hätten, forderte Koydl nun Gerechtigkeit für die »kleine Zlata«, auch dann noch, wenn das Tagebuch, wie er selbst glaubt, »redigiert, auf die Bedürfnisse des mitteleuropäischen Lesers zugeschnitten worden ist«.

Selbst wenn Filipovics Diarium also gefälscht wurde (oder gerade dann?), müsse es »Pflichtlektüre für jeden Heranwachsenden im sicheren Mitteleuropa« werden. »Aber auch für Erwachsene hält die kleine Zlata Lebensweisheiten bereit, wie sie nur ein Kind formulieren kann und die – eben weil sie naiv sind – Gültigkeit haben.«

Es waren jedoch gerade die mit äußerster Penetranz verabfolgten »Lebensweisheiten« der Zwölfjährigen, die Widmann zweifeln ließen, ob das »nur ein Kind formulieren kann«, mehr noch, ob einem Kind solches jemals in den Sinn hätte kommen können. »Der Krieg ist dem Menschen fremd«, heißt es da wie vom Kalenderblatt stibitzt, oder »die Mächte des Krieges kennen die Liebe nicht«. Mit den Sentenzen eines Siebzigjährigen beschwört das greise Kind seine schöne verlorene Kindheit, die »Kindheit, die man mir gestohlen« hat. Was Unschuldigen niemals über die Lippen kommen dürfte, hier spricht es sich aus: »Wir sind unschuldig.«

Ob dieses altbackene Zeug dem Kind von seinem Verleger oder von einer Lehrerin in den Mund gelegt wurde, oder ob die artige Einserschülerin – »danke Mama, danke Papa« – selbst am besten wußte, wie man das Herz der Journaille erwärmt, scheint gegenüber dem offensichtlichen Zweck, den die Herausgabe des Buchs verfolgt, die weniger interessante Frage zu sein; und Widmann, der neue Chefredakteur der serbenfeindlichen »Taz«, tat gut daran, seine Lektüre nach 47 Seiten abzubrechen. Danach erst wird die politische Stoßrichtung des den Heranwachsenden anempfohlenen Werkes deutlich.

Das Mädchen, das keine Unterschiede zwischen Serben, Kroaten und Moslems kennen will und die Serben meist »die anderen« nennt, wohnt etwa der Umwidmung der Vasa-Miskin-Straße in »Straße des Widerstandes gegen den Neofaschismus« bei (im französischen Original noch deutlicher »Straße des antifaschistischen Widerstands«). Einen Tag später notiert es: »Folge des Faschismus von gestern: In Papas Büro sind keine Fensterscheiben mehr.«

Zlata Filipovic wurde eben nicht von der Journalisten-Meute »flugs auf eine Stufe mit Anne Frank gestellt«, wie Koydl behauptet, sie oder ihr Ghostwriter haben die Parallele systematisch aufgebaut; selbstverständlich wurde sie gerne übernommen. Nachdem erste »Krawalle« in Sarajevo erwähnt werden, lesen wir im Tagebuch unter dem 30.3.1992: »Anne Frank hat doch ihr Tagebuch Kitty genannt, warum soll ich Dir nicht auch einen Namen geben? Mal sehen ... Ich hab's! Du wirst ... MIMMY heißen.«

Mimmy muß von diesem Tage an getreu den Sermon der Anne Frank aus Sarajevo aufnehmen, jene feuilletongerechte Erzählung vom Krieg der faschistischen Serben gegen die neuen Juden, die unschuldigen Bewohner Sarajevos. Wenn auch in der deutschen Ausgabe die tendenziösen Fußnoten des französischen Originals und das von Filipovic in ihr Poesiealbum kopierte Bosnien-Gebet von Faruk Jazic fehlen – »Oh, mein Gott, erhalte mein Bosnien« – , ist doch die Kriegspropaganda nicht zu übersehen, der auch dieser Kitsch zu dienen hat: »Europa muß jetzt etwas tun, sonst ist es für Sarajevo zu spät«, sagte die Filipovic in Köln während einer Promotion-Tour.

Kindern glaubt man gern, und so zog Zlata jene Horde von Journalisten an, die in Sarajevo auf eine Geschichte mit *Human touch* warten. Janine di Giovanni von der »Sunday Times« schloß Freundschaft mit Zlata. In der Einleitung zur britischen Ausgabe des Tagebuchs beschreibt di Giovanni ihre erste Begegnung mit der Tagebuchschreiberin: »Eine kleine Person mit hellblauen Augen sprang enthusiastisch mit ausgestreckter Hand auf mich zu und sprach mich auf englisch an.« Der kleine Springinsfeld hat aber nicht hellblaue Augen, sondern, wie auf allen Fotografien deutlich zu erkennen, dunkelbraune. So entstehen Sarajevo-Reportagen.

Auch in Deutschland hat die Rechtsanwaltstochter ihre AnhängerInnen. »Zlata verdient es, ernst genommen zu werden«, weiß einfühlsam das Mädchen- und Frauenmagazin »Emma«. Für »Emma« ist Zlata zwar »keine Anne Frank, und sie muß es auch nicht sein – auch wenn ihre so (alt)klugen Augen und ihr Schalk um den Mund an Anne erinnern«. Honni soit qui mal y pense. Selbst Zlata waren Frauenmagazine nach zwei Jahren Krieg nicht mehr »seriös« genug. Inzwischen möchte sie, wie ihr Verleger Bernard Fixot mitteilt, zu einer richtigen Zeitung. Und zwar in den Kulturteil.

Zlata Filipovic: Ich bin ein Mädchen aus Sarajevo. Lübbe 1994, 192 Seiten, 29,80 Mark

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 7/94 über die zentrale Gedenkfeier zum 20. Juli

Konkret 09/94, S. 61

Wiglaf Droste

Breitreifenbremsstreifen

Die Heckspoilersorte Mensch hat ein neues Idol: den Rennfahrer Michael Schumacher

Weil Sport an sich noch nicht unangenehm genug ist, gibt es Sportjournalisten. Seit Menschengedenken ergießen sie sich in den Äther: »Ein frühes Tor würde dem Spiel guttun«. Sie zerren Menschen, in deren Schädel es noch gähnender zugeht, als in ihren eigenen, vor Kameras und lassen sie dort »na gut« oder »ja gut« sagen. Oder, wie der Fußballspieler Andreas Möller 1990: »Vom Feeling her hatte ich ein gutes Gefühl.«

Keine Frage: Eine Welt ohne Jörg Wontorra und Reinhold Beckmann, um stellvertretend nur zwei der Aufdringlichsten zu nennen, wäre eine bessere, eine schönere Welt, in der es dann vielleicht auch den chronischen »gefühlvollen Heber« nicht mehr geben müßte; evtl. könnte man sogar aus dem Mund des ins Co-Kommentatorenfach gewechselten Karl-Heinz Rummenigge einmal diesen Satz hören: »Und jetzt Riedle, mit einem gefühllosen, ja extrem gefühlskalten, ach, was rede ich, mit einem geradezu frigiden Heber...« Das würde mir gefallen besser jedenfalls, als ständig miterleben zu müssen, wie die Tennisspieler Stich und Becker nahezu pausenlos »der Elmshorner« und »der Leimener« genannt werden.

Seit 1991 gibt es auch »den Kerpener«; seitdem nämlich fährt Michael Schumacher Formel 1-Rennen. Mit viel Getöse im Kreis herumgejuckelt ist er aber schon als Vierjähriger; sein Vater betrieb eine Kartbahn mit dem Namen »Graf Berghe von Trips«, benannt nach, was für ein Name!, Wolfgang Graf Berghe von Trips, der 1961 in Monza tödlich verunglückte (und an dessen Todestag ich geboren wurde, weshalb ich natürlich auch mit dem »Rennsport« genannten Krach und Gestank nichts am Helm habe).

Von einem, der sein Leben fast ausschließlich mit Kavaliersstart und Treibstoffvergeudung verbracht hat und selbst im Alter von 25 Jahren keine Ambitionen erkennen läßt, damit aufzuhören, kann und darf man Intelligenz nicht verlangen noch erwarten. Für das, was Schumacher und seine Kollegen tun, reicht der IQ einer Scheibe Knäckebrot vollkommen aus. Was muß so einer schon können: Bleifuß aufs Gas stellen, an die Boxen fahren, auftanken lassen, Magnumflasche Brause schwenken, junge Frauen in Badeanzügen umarmen; insgesamt niederschmetternd stupide Tätigkeiten, zumal für einen erwachsenen Menschen. Doch Schumacher hat es nicht anders gewollt: »Wir leben in einer Demokratie«, sagt er in einem Interview mit der »Wochenpost« vom 28.7.1994, »und jeder kann frei entscheiden, welche Sportart er machen möchte«. Donnerschlag wo hat er das nur aufgeschnappt? Vielleicht bei einem der »Verhaltens- und Rhetorikkurse«, die er Anfang der 90er Jahre während seiner Zeit als Testfahrer bei Mercedes Daimler-Benz absolvierte?

Jetzt ist der Demokrat, Rhetoriker und »Schumi« genannte Liebling der Breitreifenfreunde dieser Welt in Verruf geraten: Er und sein Rennstall »Benetton-Ford« sollen betrogen, manipuliert und die großen Siege bloß erschwindelt haben! Mit Computertricks! Das ist ja schrecklich vor allem schrecklich langweilig. Ob Rennfahrer siegen, verlieren, beschummeln oder die Freundlichkeit besitzen, sich zügig totzufahren, ist ganz uninteressant; spannender ist schon der Versuch, Schumacher zu einer Art Jung-Siegfried aufzubauen, einem urdeutschen Helden, der nur durch Verrat, durch den Dolchstoß quasi, besiegt werden kann.

Nachdem Schumacher in Silverstone regelwidrig fuhr und deshalb für zwei Rennen gesperrt wurde, schäumte in der »Welt« vom 27.7.94 ein Heinz Horrmann: Von »greisen Verbandsherren« werde, da ist es wieder: »der Kerpener« künstlich gestoppt, »wo es den Konkurrenten auf den Pisten der Welt nicht mehr gelingen mag«; nein, wenn ein Deutscher die Weltherrschaft, und sei es auch nur die im Autofahren, anstrebt, dann kann er nur mit unfairen, mit welschen, heimtückisch-hinterrücksen Mitteln gestoppt werden. Schade nur, daß Horrmann nicht noch historisch vergleichend den *Knebel- und Schandvertrag von Versailles* ins Feld führte.

Ein Volksheld aber ist Schumacher und deshalb muß man sich mit dem gedankenabsorbierenden Gewürge überhaupt nur befassen ohnehin für eine große, radikale Mehrheit: deutsche Autofahrer, die nur ein Menschenrecht kennen und verlangen: Auto fahren zu dürfen, wann, wo und wie schnell auch immer sie wollen. Grinsend, wie sie nur grinsen können, sitzen sie, eine Hand am Skrotum, von Hosenträgergurten auf lammfellbespannten Sitzen festgezurrt, in tiefergelegten, bespoilerten und getuneten Automobilen: potentielle Totmacher, die Airbag und ABS anschaffen, nur um selbst so ungefährdet wie möglich andere mit dem Tode bedrohen zu können; die Linke ist mit der Lichthupe verschweißt, und den Kopf ziert eine auch von innen vollverspiegelte Sonnenbrille; überflüssig wie ein Kropf, geht ein alter Autofahrerschnack!

Aller Stigmatisierung, aller Witze zum Trotz hält sich der Typus des autofahrenden Aggressors hartnäckig; anläßlich des Ozon-Alarms in Hessen wünschte sich sogar der »Taz«-Journalist Klaus-Peter Klingelschmitt, dessen Daseinszweck sonst im Verherrlichen rot-grüner Koalitionen besteht, die *BMW*-Typen (wie Bösewicht Mit Wichsgesicht) aller Marken persönlich bestrafen zu dürfen: Mit dem Vorschlaghammer wollte er ihnen die Kühlerhauben einschlagen oder ihnen, als Wachtmeister verkleidet, lebenslang die Pappe wegnehmen. Ein verständlicher Wunsch, geboren aus nackter Hilflosigkeit, denn nicht *Gorleben ist überall*, sondern das seinen Wagen als Waffe auffassende Arschloch.

Was tun? Während Michael Schumacher wenigstens nur auf abgelegenen, eigens dafür hergestellten Strecken herumbrettert, bewegen sich seine Jünger, wie das im linken Jargon heißt, »in unseren ganz konkreten Lebenszusammenhängen«. Das ist zwar entsetzlich enervierend, macht aber auch, mit Marcel Reif gesprochen, »die Wege kürzer«: Gleich um die Ecke, in der Nachbarschaft (»Neighbourhood«), sieht man herrenlos abgestelltes, aufgetakeltes Kriegsgerät herumstehen, immer häufiger mit dem an Widerwärtigkeit schwerlich zu übertreffenden »Eure Armut kotzt mich an«-Aufkleber. Es muß ja nicht gleich der Klingelschmittsche Vorschlaghammer sein (der ohnehin zu auffällig ist). Ein Paar Arbeitsschuhe, schon für ca. 100 Mark im Berufsbekleidungsgeschäft zu haben, leistet da gute Dienste und macht schöne Beulen, mit ein bißchen Übung und Geschick sogar richtige Löcher. Wer fragt da noch nach Michael Schumacher?

Wiglaf Droste schrieb in KONKRET 3/93 über »Lichterketten«

Konkret 09/94, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Oswald Kolle, der sich die Dankbarkeit der Nation mit Hinweisen verdient hat, was ihre Mitglieder mit ihren Gliedern tun sollen, damit es ordentlich juckt, gibt im Magazin der »FAZ« Auskunft über die restlichen Aspekte seiner Persönlichkeit. Was wäre für ihn das größte Unglück?

Wenn die Nazis zum zweitenmal in meinem Leben alles kaputtmachen würden.

Wie möchte er sterben?

Durch eine gnädige Euthanasie-Spritze.

Welche geschichtlichen Gestalten verachtet er am meisten?

Hitler, Himmler, Heydrich, Honecker.

Und wer oder was hätte er sein mögen?

Der große, blonde, breitschultrige dumme Marineoffizier, den meine Mutter wollte.

Und wer kann ihm nun, da Honecker tot ist, noch verweigern, was ihm dazu fehlt: die schicke blaue Uniform?

Der Worte sind genug gewechselt, wenn das atomare Inferno vor der Redaktionstür steht? Nicht bei der »Hamburger Morgenpost«:

Plutonium-Dealer will plaudern

So ist’s recht, von einem Verbrechen gleich zum nächsten.

Daß Italiens Kulturminister verboten hatte, zugunsten der Sicherheitszonen an der Rennstrecke von Monza 524 Bäume zu fällen, ließ den ehemaligen Rennfahrer Lauda sagen:

Wenn ich die Wahl habe zwischen einem toten Menschen und einem toten Baum, ist die Entscheidung für mich klar.

Gut gesprochen. Bis zu fünfzig Bäumen und einem Ayrton Senna gehe ich mit. Bei 524 Bäumen und einem Michael Schumacher aber überkommt mich ein leichtes Kribbeln, das als ein Erwachen zarter Gefühle für die italienische Kulturverwaltung zu deuten ich keinem verwehren will.

Armes Amerika:

Das FBI hat den Komponisten und Dirigenten Leonard Bernstein dreißig Jahre lang wegen dessen Sympathien für kommunistische und pazifistische Gruppen überwacht.

So etwas könnte uns nicht passieren. Unsere Bernsteins hießen Furtwängler und Karajan. Sie hatten keine Sympathien. Und wenn einer doch, dann heißt er Masur und überwacht sich selber.

Ein Witzbold hat einem dicken Tenor in der »FAZ« die Bildunterschrift verpaßt:

Die Menschen freuen sich, wenn Pavarotti singt, und die Pferde freuen sich, wenn er nicht reitet.

Es ist aber so: Wenn er singt, freuen sich die Pferde, und ich freue mich, wenn er reitet.

Ein Ossi dreht den Spieß um:

Ex-Minister Krause kauft Kieler Bank.

Seine ehemaligen Bonner Kollegen haben immer gewartet, bis eine Bank sie gekauft hat. Denn als Krause Unterricht in Gesellschaftswissenschaft bekam, hatten sie bloß Gemeinschaftskunde.

Einige hatten so lange gezweifelt, ob er wirklich einer der besten sei, daß der Schriftsteller selber schon nicht mehr wußte wie und ob oder was, bis eines schönen Tages ein Bote kam:

Martin Walser ist mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet worden. Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel würdigte Walser als einen der besten deutschen Schriftsteller.

Na also.

Die Namen von Straßen und Plätzen sind das Steckenpferd des Gert Boysen, Sprecher der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft:

Noch heute schimpft er auf den Allende-Platz an der Uni, der dem von Putschisten ermordeten sozialistischen Präsidenten Chiles gewidmet ist: Allende erfülle »unter demokratischen Gesichtspunkten keine Vorbildfunktion«. Zeitgeist habe den Senat geleitet: »Links und ermordet – das reichte.«

Als wären Boysen und seine Christenbrüder mit dieser Kombination nicht selber stets ganz glücklich gewesen.

What a wonderful world:

Am letzten Tag, das Kreuzverhör durch Gottis Anwälte hatte Gravano nicht erschüttern können, wandte Gotti sich den Reportern zu, die über die Verhandlungen berichteten. Er deutete auf Gravano und sagte: »Müll«. Dann stach er sich mit übertriebener Gestik mehrmals eine imaginäre Spritze in den Arm.

Was für eine Welt voller Wunder, in der ein Lektor einer Verlagsanstalt, deren Justitiar, ein Korrektor, ein Redakteur eines nachdruckenden Nachrichtenmagazins, dessen Justitiar, ein Mitarbeiter des Archivs, ein Chefredakteur und mindestens vier Schlußredakteure diesen Absatz lesen und auf den Weg zu Millionen Lesern begleiten, ohne daß einer von all diesen publizistischen Verantwortungsträgern sich fragt, welchem unbekannten Glaubensritual ein Mann wohl huldigen mag, der »Müll« sagt, bevor er sich mit übertriebener Gestik mehrmals eine imaginäre Spritze in den Arm sticht, wenn schon keiner draufkommt, daß der »Müll« des Übersetzers aus dem Amerikanischen im Amerikanischen »junk« geheißen haben dürfte, ein Wort mit mehreren Bedeutungen, wovon eine einen gewissen Zusammenhang mit der übertriebenen Gestik des Paten Gotti ergäbe – genug der Belehrung, sonst bin ich nachher schuld, wenn uns die Droemersche Verlagsanstalt demnächst »junk food« in »Fixer-Diät« übersetzt und der »Spiegel« es nachdrugt.

Eine kleine, aber feine Software-Firma aus dem Schwäbischen hat ein Programm entwickelt, das nach der Eingabe eines Stichworts (wie Gesamtwirtschaft, Export, Geldverkehr usw.) druckreife Texte für Festreden, Gastbeiträge, Essays und ähnliches auswirft. Es heißt »Modern Talking Heads« und läuft als »Winheads« besonders anwenderfreundlich unter Windows. Leseprobe für eine Festrede, Stichwort »Zukunftsverantwortung«:

Eine Politik, die Verantwortung über das tagespolitische Geschäft hinaus trägt, muß auch für längerfristige Zeithorizonte konzipiert und tragfähig sein. Dies schließt als konstitutive Bestandteile Risiko- und Zukunftsvorsorge ein. Verläßlichkeit im Sinne von Grundsatztreue gegenüber bewährten Handlungsprinzipien und Umsicht bei der praktischen Umsetzung vertragen keine abrupten Kursänderungen und Regimewechsel. Gerade bei der notwendigen Zukunftsorientierung können ordnungspolitische Grundeinsichten, die den Härtetest der Geschichte bestanden haben, wichtige Orientierungshilfen geben. Die Notwendigkeit, Kollektivgüter mit hohen positiven externen Effekten vor tagespolitischem Mißbrauch zu schützen, stellt sich vor allem dann, wenn Zeitaspekte bei wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen ein großes Gewicht bekommen. Ihr gesamtwirtschaftlicher, ja gesamtgesellschaftlicher Rang ergibt sich daraus, daß sie aufs engste mit längerfristig spürbaren allokativen Nebenwirkungen verbunden sind ...

Einer der ersten Benutzer der nicht ganz billigen Software, der Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, hat sich beim Hersteller in überschwenglicher Form bedankt. Er habe den »Modern Talking Head«-Text, dessen erste Zeilen hier zitiert sind, als Dankrede für die Verleihung der Ehrendoktorwürde vorgetragen und nicht nur die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität München damit begeistert, sondern auch die Wirtschaftsredaktion der »Frankfurter Allgemeinen«, die ihn herzlich um Erlaubnis ersucht habe, die Rede vollständig nachdrucken zu dürfen, bis hin zu dem großartigen Schluß, den das Programm unter dem Subtitel »Das Heute und Morgen in ethischer Betrachtung« erstellt habe:

Der Wert einer offenen Gesellschaft bestimmt sich nicht zuletzt danach, wie sie materiell mit dem Recht, aber auch der Pflicht der kommenden Generation umgeht, über ihr eigenes Schicksal selbst zu bestimmen und sich den sozialen Frieden und einen ihnen erstrebenswerten Lebensstandard selbst zu verdienen.

Auf die Nachfrage eines Flensburger Versandhauses für Galanteriewaren hat die Herstellerfirma inzwischen geantwortet, daß es nur einer geringfügigen Änderung des Programms bedürfe, »Modern Talking Head« auch für speziellere Anforderungen einzurichten. Insbesondere sei es sehr leicht möglich, die Probleme der offenen Gesellschaft auf die der offenen Hose umzuschreiben.